

Schweiz

Raumplanung

Die Schweiz verschandelt die schönen Landschaften

Viele Kantone nehmen ihre Aufgabe in der Raumplanung kaum wahr und verstossen damit gegen die Verfassung. Dies ergibt eine Studie von Avenir Suisse.

Von David Schaffner, Bern
Die Landschaftsschützer von Pro Natura und Thomas Held von Avenir Suisse sind ein und derselben Meinung - dieses ungewohnte Bild der Harmonie ergab sich gestern nach der Veröffentlichung der neusten Studie des liberalen Thinktanks. Darin kommt die wirtschaftsnahe Organisation zum Schluss, dass viele Kantone «ihre Aufgaben in der Raumplanung nur bedingt wahrnehmen». Tatsächlich wächst in der Schweiz die Siedlungsfläche schneller als die Bevölkerung. Jedes Jahr überbauen Bauarbeiter eine Fläche in der Grösse des Walensees - Tendenz steigend.
Avenir Suisse stellt daher fest: Die Entwicklung ist «wenig nachhaltig und läuft dem Verfassungsziel des haushälterischen Umgangs mit dem Boden zuwider». Um mehr Transparenz in die Umsetzung des nationalen Raumplanungsgesetzes durch die Kantone zu bringen, hat der Thinkthank erstmals die verschiedenen Instrumente der Siedlungsplanung verglichen. Das Ranking zeigt eklatante Unterschiede (siehe Grafik rechts): Gut schneiden städtische Kantone wie Zürich, Genf und Bern ab. In kleinen Kantonen wie Glarus oder Innerrhoden hingegen ist die Umsetzung der Raumplanung so schlecht, dass «kaum von einer Steuerung der Siedlungsentwicklung gesprochen werden kann». Avenir Suisse fordert, dass die schlechten Kantone künftig von den guten lernen.

Verbände werben für Initiative
Die Umweltverbände reagierten mit Jubel auf diesen unerwarteten Befund aus der liberalen Ecke: Raimund Rodewald von der Stiftung Landschaftsschutz und Otto Sieber von Pro Natura interpretierten die Studie als Argument für die Annahme ihrer Landschaftsinitiative. Diese fordert, dass die Gesamtfläche der schweizerischen Bauzonen während 20 Jahren nicht mehr wächst und die Kantone künftig verdichtet bauen.
Angesprochen auf den Jubel der Verbände, wand sich Held gestern etwas: Die Hälfte der Studienmitarbeiter unterstütze die Initiative, gab er zu. Er hingegen nicht. Held setzt darauf, dass das Parlament einen guten Gegenvorschlag zum Volksanliegen ausarbeitet und neue Mindeststandards festlegt sowie dafür sorgt, dass die Stände künftig überkantonale planen (siehe Interview unten). Laut dem Bundesamt für Entwicklung (ARE) sind im Gegenvorschlag bisher vor allem konkretere Vorgaben für die kantonalen Richtpläne vorgesehen.

Nachgefragt

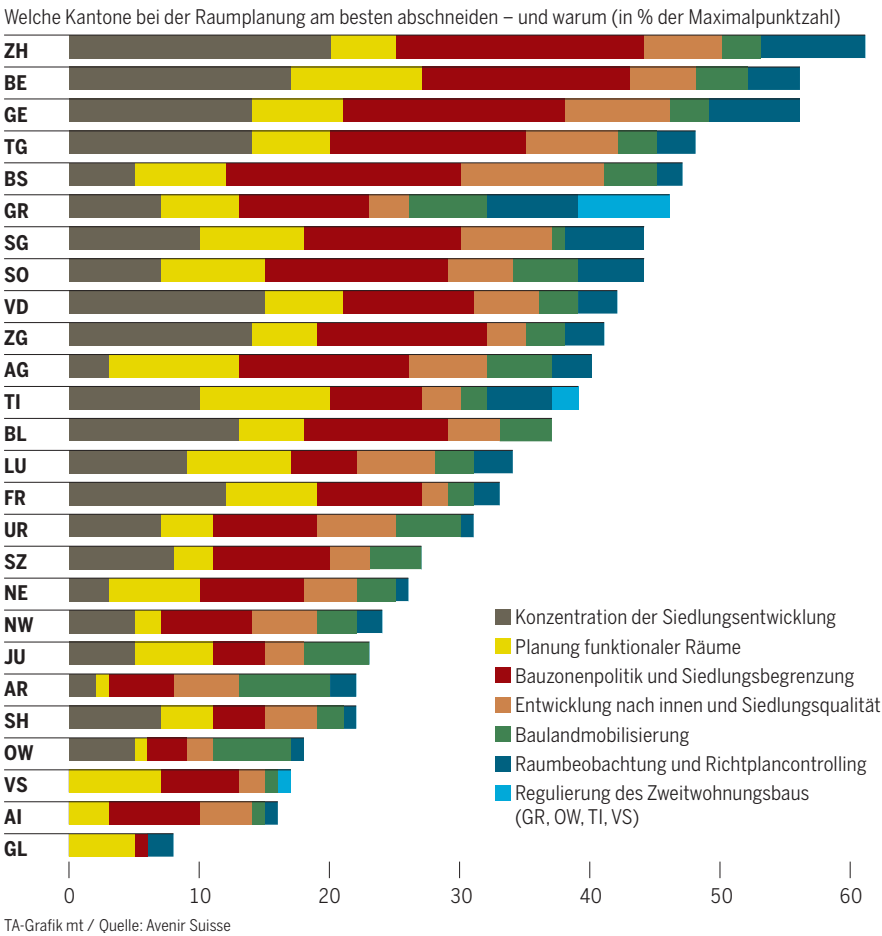
«Warum keine Sonderzonen, in denen nur die Gesetze der Baukunst gelten?»

Etliche Kantone verschwenden ihr Land entgegen der verfassungsmässigen Maxime vom haushälterischen Umgang mit dem Boden. Was muss sich politisch tun?
Wir brauchen keine neuen Gesetze, müssen aber die bestehenden Regeln konsequenter umsetzen. Der Bund soll bei den Instrumentarien der Raumplanung Mindeststandards einführen, etwa bei der Planung funktionaler Räume oder der Begrenzung von Bauzonen. Bis heute gab es kaum Vergleiche zwischen den Kantonen. Dank der Studie wissen wir, wer es gut macht. Dies sorgt für den nötigen Reformdruck.
Die Kantone wollen Firmen und Einwohner anziehen. Viele sehen in einer schlechten Umsetzung der Regeln einen Wettbewerbsvorteil.



Das kommt in der Studie gut weg: Verdichtetes Bauen in Zürich. Foto: Nicola Pitaro

Vorbild Zürich, Schlusslicht Glarus



Zürich oder Bern schneiden in der Studie bereits heute gut ab, weil sie die verschiedenen Instrumentarien insgesamt ziemlich gut anwenden. Sehr gut sind sie bei der Konzentration der Siedlungsentwicklung und der Bauzonenpolitik. Zürich punktet überdies bei der Raumb Beobachtung und Bern bei der Planung funktionaler Räume.
Allerdings erreichen auch die Klassenbesten nicht mehr als zwei Drittel der möglichen Punktzahl. Der ehemalige ARE-Vizedirektor Fritz Wegelin sagte daher während der Vorstellung der Studie, die er lektoriert hatte: «Auch das Spitzenfeld kann noch lernen.» Sämtliche Kantone müssen also darauf achten, dass sie die wichtigsten Instrumente der Raumplanung konsequenter umsetzen oder überhaupt erst einführen.
● Konzentration der Siedlungsentwicklung: Erfolgreich sind Kantone, die den Gemeinden beispielsweise verbieten, unkontrolliert Gewerbegebiete einzuzonen, den Zentren einen höheren Bauzonenbestand erlauben als den Peripherien oder darauf achten, dass die Siedlungsentwicklung und der Ausbau von Verkehrsnetzen parallel verlaufen.
● Planung funktionaler Räume: Die ökonomische Entwicklung führt dazu, dass Kantonsgrenzen und Wirtschaftsräume nicht mehr überlappen. Kantone, die gemeinsame Gewerbegebiete oder Naherholungsgebiete definieren, können hier punkten.
● Bauzonenpolitik und Siedlungsgrenzen: Von grosser Bedeutung ist, ob die Kantone bei der Genehmigung von neuen Zonen durch die Gemeinden streng verfahren. Fast alle Gemeinden wollen neue Zonen, um Firmen und Einwohner anzulocken. Konflikte sind laut der Studie an der Tagesordnung. Geben die Kantone kein Gegensteuer, entstehen wie im Wallis Bauzonenreserven für gegen 30 Jahre, obwohl das Gesetz nur Reserven für 15 Jahre erlauben würde.
● Raumb Beobachtung: Nur Kantone wie Zürich, die über eine breite Datenbasis zur Siedlungsnutzung verfügen, können effektiv überprüfen, ob sie ihre Ziele in der Raumplanung erreichen. Zürich gibt sich alle vier Jahre Rechenschaft in einem speziellen Bericht.
Gelassen reagierte gestern der Sprecher von Glarus auf die miserable Platzierung seines Kantons: «Wir wissen, dass wir Arbeit vor uns haben. Deshalb haben wir uns eine Reform der Raumplanung vorgenommen.» Im Zusammenhang mit der radikalen Fusion von vielen Gemeinden will Glarus bis 2014 die Siedlungsplanung neu gestalten.

Kantonsvergleich
Zwei ungleiche gleiche Nachbarn
Zug und Schwyz schneiden im Ranking von Avenir Suisse trotz ähnlicher Voraussetzungen unterschiedlich ab. Eine Gegenüberstellung.

Von Fabian Renz
Die Agglomerationskantone Zug und Schwyz wollen das Gleiche auf die gleiche Weise: gut betuchte Neuzuzüger, angelockt durch attraktive Steuersätze. Die raumplanerischen Folgen dieser «auf Wachstum ausgerichteten Standortpolitik», wie es in der neuen Avenir-Suisse-Studie heisst, bewältigt Zug jedoch ungleich besser: Respektable 41 Punkte erhält der Kanton im Ranking, wohingegen Nachbar Schwyz mit 27 Punkten ins untere Mittelfeld verwiesen wird. «Während man in Schwyz dem Siedlungswachstum weitgehend freien Lauf liess, wurde es in Zug stärker kanalisiert», bilanzieren die Autoren der Studie.
Wie, wo und warum hat Zug raumplanerisch sorgfältiger gewirtschaftet als Schwyz? Ein Detailvergleich fördert folgende wichtige Unterschiede zutage:
Gemeindeautonomie: In Zug sind die Kommunen weniger eigenständig als in Schwyz. Laut Avenir Suisse können die Zuger Regierungsräte dadurch wirksamere raumplanerische Instrumente anwenden als ihre Schwyzer Kollegen. Dass sich eine ausgeprägte Gemeindeautonomie schlecht auf das Landschaftsbild auswirkt, wird in der Untersuchung mehrfach festgehalten. Denn in den Gemeinden dominierten bei Bodennutzungsfragen häufig Einzelinteressen.
Konzentrierte Siedlungsentwicklung: Zug gehört zu jenen Kantonen, in denen laut Studie die Bereitschaft für eine «differenzierte» Bauzonenpolitik besonders ausgeprägt ist. Das bedeutet: Gemeinden dürfen nicht einfach nach eigenem Gusto Wohn- und Gewerbeviertel aus dem Boden stampfen, sondern nur in Übereinstimmung mit einer zentralen raumplanerischen Konzeption.
Siedlungsgrenzen: Zug arbeitet gemäss Studie konsequent mit «Siedlungsbegrenzungslinien» und «Siedlungserweiterungsgebieten». Nur innerhalb dieser Gebiete dürfen die Gemeinden neue Bauzonen beantragen. Schwyz ist da legerer. 2004 erteilte der Bund dem Kanton gar eine Rüge, weil dieser die Einführung sogenannter Siedlungstrenngürtel (die das Zusammenwachsen von Siedlungen verhindern sollen) den Gemeinden überliess. Schwyz hat darauf zwar reagiert - doch die seither eingeführten Trenngürtel sind laut Studie so ausgestaltet, «dass sie auf viele Jahre hinaus keinerlei siedlungsbegrenzende Wirkung entfalten werden».

Dass den Zugern Raumplanung wichtig ist, zeigt vielleicht auch ihre Reaktion auf die Avenir-Suisse-Publikation. Trotz ordentlichem Schlussresultat beklagte sich der Kanton gestern per Communiqué über eine zu schlechte Einstufung.

Anzeige

Operation! Wie weiter?

KLINIK SCHLOSS MAMMERN
Akutspital für Innere Medizin mit integrierter Rehabilitation
Tel. +41 52 742 11 11
Fax +41 52 742 16 11
8265 Mammern, Thurgau
mail@klinik-schloss-mammern.ch
www.klinik-schloss-mammern.ch
www.swissleadinghospitals.ch



AMÉNAGEMENT: les cantons peuvent faire mieux pour le territoire

Le territoire bâti ne doit plus s'étendre, préconise Avenir Suisse. Ce forum de réflexion de l'économie suisse souligne que la plupart des cantons pratiquent «une politique élastique» en matière de zones à bâtir. La manière dont le sol est utilisé en Suisse n'est ni durable, ni rationnelle, donc non conforme à la Constitution fédérale, constate Avenir Suisse dans une étude de 150 pages publiée jeudi à Bâle. Celle-ci s'appuie en particulier sur des entretiens avec des experts de chaque canton. Elle dresse notamment l'inventaire des instruments cantonaux de gestion de l'urbanisation. La plupart des cantons urbains, tels Genève, Zurich ou Bâle-Ville, disposent d'instruments efficaces, ce qui n'est pas toujours le cas des cantons plus petits. En résumé, cette étude observe que la plupart des cantons et communes appliquent insuffisamment les dispositions de la Loi fédérale sur l'aménagement du territoire (LAT). Ce déficit a vu l'aboutissement il y a deux ans de l'Initiative pour le paysage lancée par les milieux écologistes. Ce texte préconise que les zones à bâtir -d'ores et déjà surdimensionnées- ne puissent plus être agrandies. A l'instar des initiants, Avenir Suisse estime qu'il est nécessaire d'agir au niveau de la loi. La révision de la LAT a d'ailleurs été récemment débattue au Parlement comme contre-projet à l'Initiative pour le paysage. — (ats)

Le Temps
1211 Genève 2
022/ 799 58 58
www.letemps.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 45'506
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 260.15
Abo-Nr.: 1045855
Seite: 10
Fläche: 18'260 mm²

«Les paysages sont un avantage dans la compétition internationale»

Questions à



KEYSTONE

Xavier Comtesse

Directeur romand
d'Avenir Suisse

Avenir Suisse s'inquiète du laxisme des cantons en matière d'aménagement du territoire. Alors que les cantons urbains, Zurich et Genève en tête, font bien leurs devoirs, beaucoup de cantons, sur le Plateau notamment, n'ont pas adapté leurs outils de planification. La surface urbanisée progresse ainsi à une cadence qui dépasse largement la croissance démographique et les zones à bâtir sont surdimensionnées. Avenir Suisse, dans une étude présentée jeudi à Berne, appelle à un renforcement de la loi fédérale sur l'aménagement du territoire, qui doit servir de contre-projet à l'initiative populaire demandant une utilisation judicieuse et mesurée du sol.

Le Temps: Avenir Suisse se montre très sévère avec les cantons romands, qui, à l'exception de Genève, ferment la marche du classement...

Xavier Comtesse: Oui, cinq des six cantons disposant d'une trop grande réserve de zones à bâtir sont romands (FR, JU, NE, VD et VS). Ils ont beaucoup de peine à limiter l'extension de l'urbanisation. Vaud s'en sort pas si mal, mais sa gestion des zones à bâtir, pour lesquelles il n'a aucune stratégie, l'a relégué.

– Genève arrive deuxième du classement général, derrière Zurich, une surprise?

– C'est logique. Zurich, Genève et Bâle sont très bien placés. Ces cantons urbains, pour faire face à une croissance démographique forte, ont dû très tôt se donner des instruments de planification.

– Pourquoi Avenir Suisse part-il en croisade contre le mitage du paysage?

– Notre discours sur les métropoles n'a pas varié. Nous sommes persuadés qu'il faut densifier les villes. Mais il faut aussi des zones de respiration, sinon, c'est Los Angeles! Pour les infrastructures, il n'est pas rentable d'avoir une urbanisation qui gagne des zones toujours plus grandes. Ensuite, en termes de positionne-

ment international, c'est mauvais pour attirer cadres et personnes créatives. La qualité de vie passe aussi par des paysages intacts, c'est un avantage pour l'économie que la Suisse ne peut pas gaspiller.

– Avenir Suisse demande des règles plus strictes, et surtout qu'elles soient mieux appliquées par les cantons. Des recommandations que ne renieraient pas les organisations écologistes?

– Il faut mieux protéger le paysage, mais ne pas geler toute activité, comme le demande l'initiative populaire. Un moratoire fige la discussion. Nous disons: on ne peut pas construire n'importe où mais, en contrepartie, on doit pouvoir construire plus vite.

– Et pourquoi voulez-vous que les cantons aient des compétences renforcées face aux communes dans l'application de la loi?

– Ça permettrait d'arrêter les combines locales. Quand un propriétaire voit son terrain passer en zone à bâtir, il gagne beaucoup. Une part de cette plus-value devrait revenir à l'Etat, qui finance les infrastructures. C'est une part du problème valaisan, où le canton n'est pas arrivé à créer des règles plus contraignantes pour les résidences secondaires. **Propos recueillis par Catherine Cossy**

Schlampigkeit im Vollzug und wie dieser zu begegnen wäre

Avenir Suisse zum Umgang der Kantone mit der Raumplanung

Die Denkfabrik der Schweizer Wirtschaft plädiert für eine fiskalisch neutrale Mehrwertabgabe bei der Einzonung von Bauland und für verbindlichere Mindestvorgaben des Bundes in der Raumplanung.

P. S. Bern · Dass eine Organisation der Wirtschaft für eine Studie Applaus aus Naturschutzkreisen erhält, ist aussergewöhnlich. Anlässlich der Präsentation des neusten Papiers von Avenir Suisse am Donnerstag war das aber der Fall. Ausgangspunkt für die Anregungen der Vordenker hinsichtlich griffigerer eidgenössischer Vorgaben zur Raumordnung bot ein Inventar der kantonalen Instrumente zur Steuerung der Raumplanung und ihres Erfolges. Das Thema wird parlamentarisch vorberaten. Anlässe sind die Landschaftsinitiative, die ein Moratorium für Bauzonen auf 20 Jahre hinaus verlangt, und der bundsrätliche Gegenvorschlag dazu.

Wachstum kanalisieren

Der Handlungsbedarf ist unbestritten, und er wird durch die von Avenir Suisse aufbereiteten Zahlen unterstrichen. Die Siedlungsflächen wachsen weiter (um 7 Prozent allein zwischen 2002 und 2008). Verantwortlich dafür sind die Bevölkerungszunahme (im langjährigen Schnitt 50 000 Personen pro Jahr) und der steigende Flächenbedarf (über 400 Quadratmeter pro Einwohner). Avenir-Suisse-Direktor Thomas Held stellte klar, man stelle sich nicht gegen weiteres Wachstum. Dieses sei aber zu kanalisieren und zu konzentrieren, um das Fortschreiten der Zersiedelung einzudämmen und damit die landschaftlichen Standortvorteile der Schweiz nicht weiter zu reduzieren.

Während eines Dreivierteljahres haben sich die Ökonomen Daniel Müller-Jentsch und Lukas Rühli kritisch mit dem Wirken jener staatlichen Ebene auseinandergesetzt, auf der die Raumplanung in der Schweiz, basierend auf den vom Bund formulierten Grundsätzen, angesiedelt ist: mit den Kantonen.

Anhand von Interviews mit Kantonsplanern und unter Beizug von bestehenden oder neuen Erhebungen stellen sie das (Miss-)Verhältnis des Wachstums von Bevölkerung und Siedlung dar (vgl. Grafik), und sie bewerten die kantonalen Planungsinstrumente.

Sie tun das anhand von sieben Kriterien: der Konzentration der Siedlungsentwicklung, der Planung grenzüberschreitender funktionaler Räume, der Mobilisierung von Bauland, der Begrenzung des Siedlungsraums inklusive Bauzonen-Politik, der Entwicklung nach innen, der Beobachtung des Raums und (nur in den Kantonen mit einem einschlägigen Anteil von mindestens 25 Prozent) des Handlings der Zweitwohnungen. Dabei schneiden die städtischen Kantone tendenziell besser ab als die Agglomerationskantone und

die kleinen Stände. Spitzenreiter im Gesamt-Ranking ist mit 61 von 90 möglichen Punkten Zürich; es folgen Bern und Genf mit je 56 Punkten. Schlusslichter sind die Kantone Glarus (8 Punkte) sowie Appenzell Innerrhodens und Wallis (je 16 Punkte).

Jenseits der üblichen Toleranz

Die Autoren räumen ein, dass dabei immer auch Grundvoraussetzungen eine Rolle spielen, wie Problemdruck, Mentalitäten oder die Distanz zwischen dem Kanton und den Gemeinden, in denen oft partikuläre Interessen massgebend sind. Sie zeigen aber auch auf, dass zwischen regional oder strukturell verwandten Kantonen Unterschiede bestehen können – das verstärkte, nunmehr auf Konzentration setzende Zug contra Schwyz, oder das durch die Grossprojekte Neat und Andermatt planerisch proaktiv gewordene Uri contra Glarus. Zudem bestätigen Ausnahmen – Bern etwa als heterogener Kanton mit einem umfassenden Planungsinstrumentarium – die Regel.

Gravierend sind die schon früher von Fachleuten diagnostizierten Defizite beim Vollzug der Bundesvorgaben. Nach Ansicht der Autoren überreizen Kantone und Gemeinden die im schweizerischen Föderalismus ohnehin grossen Toleranzen, bisweilen überschreiten sie gar die Grenze zur Illegalität. Insbesondere dem Grundsatz des haushälterischen Umgangs mit dem Boden wird nicht nachgelebt; Grundübel sind die zu gross dimensionierten Bauzonen. Sie sollten auf nicht mehr als 15 Jahre ausgelegt sein. Im Waadtland etwa sind allerdings nur Sanktionen für Gemeinden vorgesehen, die die Bauzonen über mehr als drei Jahrzehnte hinaus ausrichten.

Aus diesen Erkenntnissen leiten die Autoren ein Plädoyer für zweierlei ab: einerseits für finanzielle Anreize, wie der Bund sie mit den Agglomerationsprogrammen für eine nachhaltige Verkehrsentwicklung bereits setzt. Andererseits postulieren sie konkretere und griffigere Grundsätze zur Siedlungsentwicklung seitens des Bundes. Sie weisen dabei auf die seit je enger gefassten raumplanerischen Vorgaben für die Land- und Forstwirtschaft. So schreibt etwa das Waldgesetz vor, dass nur nachwachsendes, nicht aber ererbtes Holz zu nutzen ist.

Strengere Vorgaben schlagen die Autoren konkret vor, was Neueinzonungen angeht. Hebel könnte hier die partielle Abschöpfung des Mehrwerts sein; diese Mittel liessen sich zur Entschädigung bei der Rückzonung überdimensionierter Bauzonen einsetzen. Klarere Vorgaben regt Avenir Suisse auch zur Ausdifferenzierung des Raums sowie zur planerischen Zusammenarbeit über Kantonsgrenzen hinweg an. Zudem, so die Autoren, könnten auch in besiedelten Regionen Pärke als Erholungsgebiete definiert werden.

<http://www.avenir-suisse.ch/de/themen/wachstum.html>

Bevölkerungswachstum und Siedlungsflächenwachstum

Angaben jeweils in Prozent



Genf und die Schweiz: zwei Seiten der «identité genevoise». Im Bild: Feier zur Genfer Restauration von 1813.

MAGALI GIRARDIN / KEYSTONE

Fern von Bern?

Die Beziehungen zwischen Genf und Bund sind komplexer, als sie scheinen

Die Libyen-Affäre hat zu Spannungen im Verhältnis zwischen Genf und Bund geführt. Nur: Diese Beziehungen waren schon immer von Distanz und Nähe zugleich geprägt.

Christophe Büchi, Genf

Der libysche Staatschef Muammar Ghadhafi möchte die Schweiz aufteilen und die deutsche Schweiz zu Deutschland, die italienische Schweiz zu Italien und die Romandie zu Frankreich schlagen. Ob ihm dies gelingen wird? Kaum. Aber eines hat er schon erreicht: den Kanton Genf gegen den Bund aufzubringen. Der Genfer Staatsratspräsident François Longchamp macht kein Hehl daraus, dass er das Ansinnen des Bundesrats, dem Kanton Genf einen Teil der auf 1,5 Millionen Franken festgelegten Entschädigung an Hannibal Ghadhafi aufzubürden, als Zumutung empfindet. Aber Genf wäre nicht Genf, hätte diese Einstellung nicht sogleich zu Polemiken vor Ort geführt. Die einen loben die feste Haltung des Staatsrats. Andere wiederum sehen im staatsrätlichen Bocken eine neue Demonstration typisch genferischer Rechthaberei.

Hadern mit Bundesbern

Die Spannungen zwischen der Genfer Regierung und dem Bundesrat sind allerdings keineswegs neu oder ungewöhnlich; die unselige Libyen-Affäre hat ihnen nur neue Nahrung gegeben. Hadern mit Bern gehört nämlich zum «courant normal» der Genfer Politik, ebenso wie das Pochen auf die eigene Selbständigkeit und Modellhaftigkeit. Wer das Leben der République et Canton de Genève verfolgt, stellt fest: Es gibt kaum eine Medienkonferenz der Regierung, in der es keine Seitenhiebe gegen die «autorités fédérales» absetzt, die von der Genfer Sonderart einfach nichts begriffen haben. . . .

Dieses bisweilen fast manische Bedürfnis, sich von Bern abzusetzen, hat seine Wurzeln tief in der Geschichte. Denn die stolze République, die in der Reformationszeit ihre staatliche Eigenständigkeit erlangt und danach – nicht zuletzt mit Hilfe der reformierten Schweizer Orte – hartnäckig verteidigt hat, ist spät und auch nur teilweise freiwillig zu einem integrierten Teil der Eidgenossenschaft geworden.

Wie Neuenburg und Wallis kam Genf erst 1814/15, beim Zusammenbruch des napoleonischen Regimes, zur Schweiz. Genfs Bundesbeitritt – in der patriotischen Geschichtsschreibung

manchmal schönfärbend als «réunion» (Wiedervereinigung) bezeichnet – war das Resultat von Kompromissen zwischen gegensätzlichen Interessen. Als die französischen Besatzungstruppen 1813 Genf verliessen, proklamierten Vertreter jener Genfer Führungsschicht, die in der Zeit der französischen Okkupation von der Bildfläche verschwunden war, die Unabhängigkeit Genfs. Bald merkten sie aber, dass nur eine Verbindung mit der Eidgenossenschaft langfristig die Genfer Souveränität – und en passant ihre eigene Macht – sichern konnte. Und so verwandelte sich Genf in einen Schweizer Kanton, ein Vorgang, der damals mit pikanter Zweideutigkeit als «cantonnement» bezeichnet wurde (siehe hierzu: Irène Herrmann, «Genève entre République et canton», 2003).

Ein Gefühl von Distanz

Auch wenn sich die Genfer Elite danach und vor allem ab Gründung des Bundesstaates 1848 heftig bemühte, in der Bevölkerung ein Schweizer Bewusstsein zu schaffen, so ist ihr dies bis heute nur teilweise gelungen. Sicher, die meisten Genfer wissen inzwischen, dass sie zur Schweiz gehören; dies heisst allerdings noch bei weitem nicht, dass sie sich alle als Schweizer fühlen. Mehr noch als in anderen Landesteilen – vielleicht sogar noch mehr als im Wallis, im Jura und in Graubünden – identifizieren sich die Leute hier in erster Linie mit ihrem Ort. Kaum ein Genfer, nach seiner Herkunft im Ausland befragt, würde mit «Nous venons de Suisse» antworten, denn die meisten sind überzeugt, dass ein stolzes «On est de Genève!» in der ganzen Welt verstanden wird und universale Sympathie weckt. Viele Genfer, wenn sie auf der eidgenössischen Landzunge Richtung Lausanne ostwärts fahren, sagen ja auch «Nous partons en Suisse».

Und doch ist dieses immer wieder betonte Gefühl der Ferne zur Schweiz – das natürlich im ausländischen Bevölkerungsteil noch ausgeprägter ist als bei den Alt-Genfern und den zahlreichen Confédérés – nur ein Teil der Wahrheit. Es gibt hier nämlich auch einen eidgenössischen Patriotismus, der, gerade weil er nicht selbstverständlich ist, regelmässig zelebriert wird. Genf dürfte der einzige Kanton der Schweiz sein, der seinen Bundesbeitritt alljährlich mit einer patriotischen Feier begeht. Am 1. Juni wird am Seeufer an jenen Junibeginn 1814 gedacht, an dem Freiburger und Solothurner Soldaten als Vorhut der Schweizer Truppen in Genf landeten und mit den Einheimischen fraternisierten. Zu einem schulfreien Tag reicht

es nicht, aber diese regelmässige Beschwörung der Bundestreue hat durchaus etwas Rührendes. An der Genfer Seepromenade steht auch ein Denkmal, auf dem zwei schöne steinerne Frauen den Genfer Bundesbeitritt, beziehungsweise die Verbindung zwischen Genf und Bund, darstellen. Die beiden sich umarmenden Frauen sind übrigens gleich gross, was bedeutet: Hier haben zwei gleichberechtigte Staaten zusammengefunden.

Diese eidgenössische Seite des Genfer Bewusstseins sollte man nicht vergessen, wenn man die derzeitigen Vorgänge rund um die Affäre Ghadhafi verfolgt. Wie auch immer man die Position des Genfer Staatsrats in diesem Dossier beurteilt: Es sei davor gewarnt, allzu rasch auf eine typisch genferische Eigenbrötlerei zu schliessen.

Sicher, einen gewissen Hang zur Selbstgerechtigkeit ist der Genfer Politik selbst beim besten Willen und bei aller Sympathie nicht abzusprechen – in Abwandlung einer berühmten italienischen Devise könnte dem Genfer Wappen statt des selbstbewussten «post tenebras lux» durchaus auch ein «Ginevra farà da se» beigegeben werden. Aber es ist auch eine Tatsache, dass die hiesige Politik in den letzten Jahren einiges unternommen hat, um sich Bundesbern anzunähern und die Beziehungen zur Bundespolitik und zur Bundesverwaltung zu pflegen und zu verbessern.

Jeder braucht den andern

Wie Staatsratspräsident François Longchamp in seiner Rede zur letzten 1.-Juni-Feier ausgeführt hat, benötigt Genf die Eidgenossenschaft – und umgekehrt. Er erinnerte bei dieser Gelegenheit daran, dass der Wohlstand Genfs ohne die Stabilität des Frankens und die solide rechtlich-soziale Ordnung des Landes nicht möglich wäre. Die Hochschulen, die Verkehrsinfrastruktur, die Armee und viele andere Schweizer Errungenschaften und Institutionen seien für Genf, seinen Finanzplatz und die internationalen Organisationen unabdingbar.

Diese Überlegungen mögen selbstverständlich scheinen. Aber wenn man sich daran erinnert, dass ein prominenter einheimischer Politiker einst sagen konnte, die Schweiz brauche Genf, Genf aber brauche die Schweiz nicht; und wenn man sich entsinnt, dass zeitweise eine – allerdings marginale – Genfer Unabhängigkeitspartei von einem Monaco am Genfersee träumte, so sagt man sich, dass auch das Selbstverständliche bisweilen ein Fortschritt ist. Genf ist mental in der Schweiz angekommen – Ghadhafi hin oder her.

Journal

Libyen-Affäre: Anzeige wegen Indiskretionen

BERN Die Indiskretionen um eine allfällige Geiselnbefreiung in Libyen werden ein Thema für die Justiz. Der Bundesrat hat beschlossen, bei der Bundesanwaltschaft eine Anzeige gegen unbekannt einzureichen. Die geheim gehaltenen Pläne waren durch Indiskretionen aus der Bundesverwaltung bekannt geworden. Verteidigungsminister Ueli Maurer sprach sich dagegen aus, die Elitetruppe AAD 10 abzuschaffen, wie es seine Partei, die SVP, gefordert hatte. Im Rahmen der Aufarbeitung der Libyen-Affäre stand Bundesrat Hans-Rudolf Merz einer Subkommission der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates während zweier Stunden für Fragen zur Verfügung.

Managed-Care-Modelle sind nicht beliebt

BERN Nur 28 Prozent aller Stimmberechtigten in der Schweiz erwägen in der Krankenversicherung ein Managed-Care-Modell. Das zeigt der «Gesundheitsmonitor 2010». Claude Longchamp von gfs.bern ortet deshalb «ein massives Problem» für die Politik, die grosse Hoffnungen in Managed-Care-Modelle setzt. Für deren Erfolg, also eine Senkung der Kosten im Gesundheitswesen, müsste die Zustimmung in der Bevölkerung «bei 60, 70, 80 Prozent» liegen. Das Forschungsinstitut gfs.bern hat im Auftrag von Interpharma, dem Verband der forschenden pharmazeutischen Firmen der Schweiz, 1200 Stimmberechtigte aus der ganzen Schweiz befragt.

Neuer Lehrplan für Volksschulen aufgegleist

BERN Bis 2014 soll der gemeinsame Lehrplan 21 vorliegen. Er wird die Ziele für den Unterricht an den Deutschschweizer Volksschulen festlegen. 19 Kantone haben vereinbart, diesen Herbst mit der Ausarbeitung zu beginnen. Von Basel-Landschaft und Uri wird die Unterschrift bis Ende Jahr erwartet. Die Kantone werden allerdings grossen Spielraum dabei haben, wie sie die Ziele erreichen wollen. Sie legen die Stunden tafeln fest, und sie bestimmen, wann mit welcher Fremdsprache begonnen wird. Unerheblich ist, ob ein Kanton dem Har moS-Konkordat beigetreten ist.

Verzicht auf Sonderflüge für Ausschaffungen gefordert

ZÜRICH Die Menschenrechtsgruppe Augenauf Zürich verlangt, künftig auf Ausschaffungen mit Sonderflügen zu verzichten. Diese Ausschaffungen, bei denen betroffene Ausländer ungewöhnlich stark gefesselt würden, seien menschenverachtend und für die Betroffenen traumatisierend. Der Bund will die Sonderflüge schrittweise wieder aufnehmen. Nach einem Todesfall sind sie gestoppt worden.

Avenir Suisse kritisiert die Kantone

Schlechte Noten erteilt die liberale Denkfabrik Avenir Suisse den Kantonen in puncto Raumplanung. Im Rahmen eines Kantonsrankings schneiden besonders kleine Kantone schwach ab.

VON ADRIAN SCHUMACHER

BERN Den Kantonen komme bei der Raumplanung eine Schlüsselrolle zu, da sie in erster Linie für die Umsetzung der Bundesvorgaben verantwortlich seien, hält Avenir Suisse in der Einleitung ihrer gestern präsentierten Studie fest. Diesen Vollzugsaufgaben kämen die Kantone indes nur bedingt nach. Die Folgen sind augenfällig: «Seit 2002 wird in der Schweiz jedes Jahr eine Fläche in der Grösse des Walensees neu überbaut», rechnete Avenir-Suisse-Direktor Thomas Held gestern vor. Gleichzeitig nehme auch die Zersiedelung der Landschaft weiter zu. Die Gründe dafür seien schon seit längerem bekannt, so Lukas Rühli, einer der beiden Verfasser der Studie. «In vielen Kantonen sind die Bauzonenreserven überdimensioniert und am falschen Ort.»

Avenir Suisse nahm den Istzustand zum Anlass, im Rahmen ihres neuesten Kantonsmonitorings zum ersten Mal

«In vielen Kantonen sind Bauzonenreserven zu gross und am falschen Ort»

Lukas Rühli
Mitverfasser der Avenir-Suisse-Studie

überhaupt eine vollständige Erhebung der kantonalen Instrumente zur Siedlungssteuerung zu erstellen. Unter anderem mittels Experteninterviews wurden damit 32 in den Kantonen angewendete Instrumente inventarisiert und in sechs Sachbereichen mit separaten Rankings gruppiert (Konzentration der Siedlungsentwicklung, Planung funktionaler Räume, Bauzonenpolitik/Siedlungsbegrenzung, Entwicklung nach innen/Siedlungsqualität, Baulandmobilisierung, Raumbeobachtung/Richtplancontrolling). Dies ermöglicht eine detaillierte Stärken-Schwächen-Analyse der einzelnen Kantone.

Stadtkantone gut, kleine schlecht

Sowohl in den Sachbereichen als auch in der abschliessenden Gesamtrangliste schneiden die städtisch geprägten Kantone Zürich und Genf sowie Bern auf den ersten Plätzen ab. Den Eindruck bestätigt Basel-Stadt (5.). Gemäss den Verfassern der Studie hätten sich in den Stadtkantonen schon seit längerer Zeit umfassende Instrumentarien zur



Avenir Suisse kritisiert die Zersiedelung der Schweizer Landschaft, hier eine Luftaufnahme von Dörflingen von 2001. Archivbild

Siedlungsentwicklung etabliert, zudem seien diese auch politisch akzeptiert. Relativiert werden die Spitzenplätze der städtisch geprägten Kantone durch deren Punktzahl im Ranking. Selbst der Klassenprimus Zürich hatte mit 61 nur zwei Drittel der insgesamt 90 möglichen Zähler erreicht.

Das Mittelfeld des Gesamtrankings besetzen in erster Linie die Agglomerationskantone des Mittellandes. «Viele dieser vormals ländlich geprägten Gebiete haben in den letzten Jahrzehnten ein rasantes Siedlungswachstum erlebt, verfügen jedoch kaum über die planerischen Instrumente zur Steuerung suburbaner Strukturen», heisst es im Kantonsmonitoring. Zum Teil hätten diese Kantone erst vor kurzem begonnen, ihr Regelwerk den neuen Verhältnissen anzupassen – so etwa der Kanton Aargau,

obschon er sich seit Jahren einem hohen Siedlungsdruck ausgesetzt sieht.

Am schlechtesten schneiden im Gesamt ranking die kleineren Kantone sowie die meisten Stände der Romandie ab. Das hänge zum Teil damit zusammen, dass diese Kantone räumlich weniger komplex sind und daher auch ein weniger ausdifferenziertes planerisches Instrumentarium benötigen. Mehr ins Gewicht fielen jedoch die Probleme einzelner kantonalen Behörden, sich im Rahmen ihrer Steuerungsaufgaben gegenüber den Gemeinden behaupten zu können. Und auch die fehlenden personellen Ressourcen spielen hier mit hinein: In manchen Kantonen stehen den Raumplanungsämtern weniger als zwei Vollzeitstellen für die Bewältigung der bemerkenswert vielfältigen Planungsaufgaben zur Verfügung.

Pro Natura, Mitinitiantin der Landschafts-Initiative, sieht sich in ihrem Vorhaben bestätigt und ist voll des Lobes über die Avenir-Suisse-Studie. Eine Plafonierung und Verkleinerung der Bauzonen, wie es die Initiative fordert, sei dringend notwendig, findet sie. Anders klingt es aufseiten der Bau-, Planungs-, und Umweltdirektorenkonferenz (BPUK). Es stimme zwar, dass die Kantone ihre Hausaufgaben im Bereich der Raumplanung zum Teil nicht gemacht hätten, doch seien einige methodische Aspekte der Studie zu hinterfragen. Die BPUK setzt ihre Hoffnungen auf bundespolitischer Ebene nun in die Änderung des Raumplanungsgesetzes, die in der kommenden Herbstsession im Parlament als indirekter Gegenvorschlag zur Landschafts-Initiative behandelt werden soll.

Kanton Schaffhausen Im kleinen Paradies bleibt viel zu tun – Rang 21.

BERN Der Kanton Schaffhausen findet sich im Gesamt ranking der Avenir-Suisse-Studie auf den hinteren Rängen wieder, obwohl der Siedlungsdruck hierzulande in der Vergangenheit relativ gering war, wie die Autoren feststellen. Dadurch habe der Kanton in den letzten Jahren mit beschränkten Instrumenten zur Siedlungssteuerung leben können. Doch mit der verbesserten Verkehrsanbindung an die Agglomeration Zürich dürfte sich das nun ändern. «Zumal sich der Kanton Schaffhausen neuerdings aktiv als Wohnkanton zu positionieren versucht. «Wer in den Zürcher Trams mit

dem Slogan «Schaffhausen – ein kleines Paradies» wirbt, tut gut daran, diesem auch in raumplanerischer Sicht Sorge zu tragen», mahnt Daniel Müller-Jentsch, Co-Autor der Studie, mit einem Augenzwinkern.

Sparen am falschen Ort

Um das erhoffte Siedlungswachstum zu kanalisieren, scheinen planerische Reformen dringend geboten, so Müller-Jentsch. Grund zur Hoffnung böte die anstehende Revision des Richtplans. Doch hier scheinen die Autoren skeptisch. Im Bericht heisst es wörtlich: «Oft sind die Budgets für ex-

terne Planungsaufträge knapp bemessen. In Schaffhausen beispielsweise wurden für die bevorstehende Richtplanüberarbeitung – das Herzstück der kantonalen Planung – 190 000 Franken beantragt, aber nur 140 000 genehmigt. Solche Beträge würden im Investitionsbudget eines Hochbauamtes kaum auffallen.»

Derzeit stünden im Kanton Schaffhausen für die eigentlichen raumplanerischen Arbeiten lediglich 1,2 Vollzeitstellen zur Verfügung – das sei viel zu wenig, finden die Autoren. Der Kantonsrat sei gut beraten, hier Gegensteuer zu geben. (as)

ANZEIGEN

Fundgrube

Neueröffnung: Sa., 26. Juni 2010

Cello's Brockestube. Bei Kaffee und Kuchen können Sie am Samstag von 9 bis 16 Uhr nach Krempel und Seltenem stöbern. Grubenstr. 77a, 8200 Schaffhausen A1250191

Schuhhaus Vetterli, Diessenhofen

Wir haben reduziert! Einzelpaare und Auslaufmodelle 20–70 %! Fussballschuhe zum ½ Preis, Taschen am Aussenständer 20–50 % Rabatt. A1250273

Kirschen selber pflücken

Familie Fürst, Dachsen. www.beeri.ch, Tel. 079 480 62 25. Täglich geöffnet, auch sonntags, 8 bis 20 Uhr A1250140

Pangasius Fischfilets, Fr. 8.95/kg

Amarillo, Plattenweg 2, auf d. Breite A1248010

Hat Ihnen der Zahnarzt beim Implantieren den Nerv in der Kieferhöhle zerstört,

A1249761

und jetzt haben Sie zeitweise Schmerzen im Bereich Gesicht, Augen, Nase und Stirn, dann melden Sie sich unter Tel. 052 319 18 95

Grosser Flohmarkt/Hausräumung

Samstag, 26. Juni 2010, von 10.00–16.00 Uhr Konservenstrasse 9, Hallau. Möbel, Kleider, Spielsachen, Haushaltsartikel, Bilder, Antiquitäten, Deko und vieles mehr!!! A1250272

Lenzerheide

Gemütliche 3-Zi.-Ferienwohnung (NR) mit Balkon, TV und Garagenplatz, an ruhiger Lage Nähe Talstation Scalottas/Sportbus. Max. 4–5 Personen, Fr. 1050.–/Woche. Juli–Okt. noch freie Termine. 079 509 69 13 A1250249

Platz für alli, Neuhausen

Sommerfest

Samstag, 26. Juni, ab 11.00 bis ca. 20 Uhr. Verschiedene Grilladen, Kuchen, Risotto mit Steinpilzen. Musik und Tanz mit Hubert. Sparverein Central und Familie Kessler A1250050

reduziert ... reduziert ... reduziert

Boutique Deuxième Kirchhofplatz 14, SH Tel. 052 624 99 44 A1250283 Di.–Fr. 9–11, 14–18 Uhr, Sa. 10–16 Uhr

Jeden Freitag im Factory-Shop:

Gläser aller Art, Glacecoupen, Porzellan, Besteck, Servietablets etc. Viele «Einzel-schnäpper» mind 50 % Rabatt! Thomas-Rosenthal-Show-Room von Mo.–Fr., 7.30–12 und 13.30–17 Uhr. STERNEGG AG, Hohlenbaumstrasse 18, Bus Nr. 3, Station Riet A1250306

SOMMERFERIEN-SCHWIMMKURSE für Kinder

2.–6. August und 9.–13. August 2010, 5 x 30 Minuten, jeden Morgen ab 9 Uhr. Schwimmclub Schaffhausen. Natel: 079 854 48 06 / www.scsh.ch A1250238

Die Höfli-Brocki Herblingen

Im Höfli 7. Grosses, interessantes Angebot. Günstige Preise. Restwaren, Orientteppiche vom Wohnshop Hauri zu Brockipreisen. Geöffnet Dienstag bis und mit Samstag, 9.00 bis 12.00 Uhr A1250310

Ab sofort zu vermieten A1250282

Einzelgarage

in Schaffhausen an der St. Peterstrasse für Fr. 110.– pro Monat. Tel. 052 624 51 51

Notebook- und PC-Reparaturen aller Marken

Viele Rabatt-Schnäppchen im Demoraum. PC Direkt Systems AG, Grubenstrasse 108, SH. Jetzt anrufen: Tel. 052 674 09 90 oder vorbeischaun. A1244525

Fusspflege – auch Hausbesuche A1245373

Hühneraugen Lebewohl!

Annamarie Kuster, Fusspflegerin, Ebnatstrasse 65, 8200 SH, Tel. 078 642 84 03

Kundenmaurer übernimmt

Umbauten, Küchenrenov., Gipserarb., Fassadensanierungen, 052 301 03 06 A1250280

Aprikosen, 5 kg Fr. 16.50 A1249983

Amarillo, Plattenweg 2, auf der Breite

Neues Logo für autofreie Ferienorte

Braunwald. – Das autofreie Braunwald ist Mitglied der Gemeinschaft autofreier Schweizer Tourismusorte (GaST). Mit neuem Logo und Internetauftritt werben insgesamt neun Schweizer Feriendestinationen um die Gunst der Feriengäste.

Autofreiheit stehe für Lebensqualität und Ferien fernab von Hektik und Stress. Darum lägen die neun Schweizer Tourismusorte voll im Trend, schreibt Braunwald-Klausenpass Tourismus in einer Mitteilung zum neuen Logo. Neben Braunwald erfüllen acht weitere Ferienorte die Kriterien wie weitgehende Autofreiheit, Zugänglichkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln und komfortablem Gepäckumschlag. (eing)

www.auto-frei.ch



Das neue Logo.

Braunwald offeriert Fünflibertag zum Fest

Braunwald. – Zum Kick-off von Glarus Süd in sieben Tagen macht Braunwald als höchstgelegener Ort der neuen Gemeinde den Gästen am Samstag, 3. Juli, ein Geschenk. An dem Tag, wo die Grenzbegeher, die Bergführer Ueli Frei und Sämi Leuzinger die Gegend von Braunwald durchqueren, fahren alle Gäste für fünf Franken unbeschränkt auf allen Bergbahnen in Braunwald. Die Anreise ab Linthal mit der Standseilbahn ist inbegriffen, wie Braunwald-Klausenpass Tourismus mitteilt. Ausserdem werden ab 9 Uhr stündlich kostenlose Schnuppertouren am Einsteiger- und Kinderklettersteig Braunwald angeboten. Ein Bergführer leitet die Touren für Kletterinteressierte ab fünf Jahren. (pd)

IN KÜRZE

Kurs. Am Montag, 27. September, findet in der Buchhandlung Wortreich in Glarus von 10 bis 17 Uhr ein Kurs zum Thema «Speed Reading» statt. Die Teilnehmer lernen die «besten Strategien für ein schnelles und effizientes Lesen». Der Kurs richtet sich an Personen, die Leseberge schnell abarbeiten wollen. Anmeldeschluss ist der 11. Juli. (eing)

www.wortreich-glarus.ch

ANZEIGE

ALKOHOLFREI

DRINK AND DRIVE

Soft vom Fass alkoholfrei ist ein erfrischender Durstlöcher mit nur 21 kcal/dl für unterwegs, in Restaurants, Bars oder zu Hause. Trink den neuen Cider und bewahre einen klaren Kopf.

MOHL Mosterei Möhl AG
9320 Arbon | Tel. 071 447 40 74 | www.moehl.ch

Glarner Raumplanung: Trotz miesen Noten gibts Hoffnung

Avenir Suisse gibt dem Kanton Glarus in einer Studie miserable Noten in Sachen Raumplanung. Der Studienleiter und der kantonale Raumplaner sind sich einig, dass die Grossgemeinden die Qualität der Raumplanung erheblich steigern könnten.

Von Stefan Tschudi

Wer durchs Glarnerland fahre, sehe schnell, dass keine klaren Siedlungskonturen vorhanden seien, kommentiert Projektleiter Daniel Jentsch die Ergebnisse der Studie von Avenir Suisse bildlich. «So weist beispielsweise der Talboden erhebliche Zersiedlungserscheinungen auf und es gibt kaum brauchbare Strategien im Umgang mit Industriebrachen», so Müller-Jentsch. Für das Glarnerland bestehe grosser Handlungsbedarf, es fehle an einer Strategie, wie man sich langfristig räumlich entwickeln wolle.

Eine ganz eigene Planungskultur

Peter Stocker, Leiter der kantonalen Fachstelle für Raumentwicklung, erklärt demgegenüber, gerade bei Industriebrachen mache der Kanton Glarus sich mehr Mühe als andere Kantone. Generell sei die Planungskultur der Glarner aber nicht vergleichbar mit anderen Kantonen. Im Kanton Glarus bestehe nicht ein so grosser Planungsdruck wie etwa in Zürich, weil die Nachfrage auch nicht so hoch sei.

Auch kleine Kantone können planen

Dass das Glarnerland in der Studie so schlecht abgeschnitten habe, liege hauptsächlich daran, dass der Kanton wegen dem Richtplan 2004, der erst 2008 vom Bund mit Auflagen genehmigt wurde, nun viele Pendenzen in der Raumplanung habe. «Da sind wir im Rahmen unserer Möglichkeiten ständig dran», so Stocker. Allerdings hänge die Anwendung eines Steuerungsinstrumentariums stark vom politischen Willen ab. Der Landrat habe etwa die raumplanerisch griffigen Artikel zur Mehrwertabgabe und zur Bauverpflichtung aus dem neuen Raumentwicklungs- und Baugesetz gekippt, sagt Stocker.

Stocker ist sich des Fehlens einer langfristigen Strategie für die räumliche Entwicklung bewusst. Mit der kommenden Richtplananpassung, die vom Regierungsrat in die Legislaturziele 2010 bis 2014 aufgenommen wurde, werde die strategische räumliche Ausrichtung sicher definiert werden, so Stocker.

Viele Raumplaner der kleineren Kantone hätten mit der starken Gemeindeautonomie argumentiert, er-



Geregelt: Viele Kantone, hier ein Feriendorf bei Flims, kennen Regeln zum Zweitwohnungsbau.

Bild Arno Balzarini/Keystone

klärt Müller-Jentsch. Dass auch für kleine Kantone mit weniger Ressourcen als die grossen Fische Zürich oder Bern eine solide Raumplanung möglich sei, zeige das mit Glarus überaus vergleichbare Uri, so Müller-Jentsch. Die räumlichen Rahmenbedingungen weisen grosse Ähnlichkeit auf: Die Siedlungs- sowie die Wirtschaftsräume konzentrieren sich auf die Täler, was einen besonderen Planungsbedarf mit sich bringe.

Ressourcen aufstocken hilft

Uri erhielt in der Studie aber gute Noten. Die Raumplanung sei in Uri aber nicht immer so gut gewesen, erklärt Müller-Jentsch. Das Milliardenprojekt des ägyptischen Investors Sawiris sowie das gigantische Neat-Projekt des Bundes, welche die wichtigsten Teilräume von Uri betreffen, habe den Kanton zu einem Reformschub gezwungen. «In der Folge hat Uri eine systematische Entwicklungsstrategie in Form einer regionalen Richtplan-

anpassung auf die Beine gestellt», erklärt Jentsch. Zudem habe Uri seine Ressourcen im Amt für Raumplanung aufgestockt, von 200 auf über 300 Stellenprozente. Im Glarnerland sei dies sicher auch eine Überlegung wert, so Müller-Jentsch. «Das Beispiel Uri zeigt aber, dass auch ein kleiner Kanton mit wenigen Ressourcen eine gute Planung auf die Beine stellen kann.»

Chance Gemeindestrukturereform

Mit mehr Personalressourcen könnten gewisse Projekte und Verfahren sicher schneller in die Hand genommen werden, bestätigt Stocker. «Es kommt eben darauf an, wie viel Bedeutung man der Raumplanung beimisst.» Für eine Planungskultur wie die «Gewinner» der Studie eine haben, fehlten dem Kanton Glarus schlichtweg die Mittel und die Wirksamkeit der Raumplanung hänge ja nicht nur von den Ressourcen, sondern überwiegend vom politischen Willen ab.

Daniel Müller Jentsch hält dem entgegen, dass der Kanton Glarus mit der Gemeindefusion der Schweiz bewiesen habe, dass er in grösseren Einheiten denken und planen könne. «Nun gilt es, die kantonale Richtplanung auf eine neue Basis zu stellen, damit eine sinnvolle Raumentwicklung möglich wird.»

Ziel der Studie sei nicht, diejenigen Kantone zu brandmarken, die schlecht abschnitten. Im «Wettbewerbsföderalismus» sei ja die grösste Chance, dass der eine Kanton dem anderen eine gute Idee abkupfern könne. «Glarus kann in der Raumplanung von Uri lernen, die Urner in Sachen Fusionen von den Glarnern.»

«Ich hoffe in den Grossgemeinden findet eine Professionalisierung der Planung statt und dass entsprechende Ressourcen zugewiesen werden», sagt Peter Stocker. Und: «Die Strukturreform ist sicher eine Chance, in der Planung einen grossen Schritt vorwärts zu machen.»

Bildungsdirektoren ziehen Basisstufen-Bilanz

Wenn Kinder in einer Basisstufe gemeinsam spielen und lernen, verbessert dies die Integration. Das neue Schulmodell, das seit 2003 erprobt wird, bringt aber auch höhere Kosten. Dies die Resultate, die gestern vorgestellt wurden.

St. Gallen. – Der St. Galler Regierungsrat Stefan Kölliker, Präsident der Erziehungsdirektoren-Konferenz der Ostschweizer Kantone (EDK-Ost), präsentierte gestern den Schlussbericht zum Schulversuch Basis- und Grundstufe. Kölliker und die verantwortlichen Bildungsfachleute zogen eine verhalten positive Bilanz. Die Zusammenlegung des Kinder-

gartens mit der ersten Klasse (Grundstufe) oder mit der ersten und zweiten Klasse (Basisstufe) wird aus pädagogischer Sicht begrüsst. Die Modelle ermöglichten Integration und schulische Förderung aller Kinder. Zur befürchteten «Verschulung» des Kindergartens sei es nicht gekommen.

Ball liegt jetzt bei den Kantonen

Relativ wenig können die Basis- und Grundstufe hingegen zum Abbau von sozialen Ungleichheiten beitragen, erklärte Urs Moser, der an der Evaluation des Schulversuchs mitwirkte. Zudem sind die neuen Schulmodelle zu meist mit Mehrkosten verbunden, weil mehrere Lehrkräfte die Klassen im Team unterrichten.

Schulversuche fanden seit Sommer 2003 neben dem Kanton Glarus auch in den Kantonen Aargau, Appenzell Ausserrhoden, Bern, Freiburg, Luzern, Nidwalden, St. Gallen, Thurgau und Zürich sowie im Fürstentum Liechtenstein statt. Zum Teil laufen die Versuche noch weiter. Der Ball liegt nun bei jedem einzelnen Kanton. «Ich bin gespannt», sagte Kölliker.

Kein Klassen-Repetieren mehr

In Bern und Luzern sind politische Vorlagen zur Basis- und Grundstufe in Vorbereitung. Andere Kantone überlassen die Umsetzung den Gemeinden. Schaffhausen und Obwalden warten noch ab, während in beiden Basel, Solothurn, Uri, Graubünden

und Appenzell Innerrhoden die neuen Schulmodelle nicht zur Diskussion stehen. Die Auswertung der Schulversuche zeigte unter anderem, dass Kindergärtler in der Basis- oder Grundstufe zu Beginn schneller lesen und schreiben lernen. Bis zum Ende der zweiten Klasse büssen sie diesen Vorsprung aber zumeist wieder ein.

Flexible Durchlaufzeit

Im Vergleich zu jenen Kindern, die im herkömmlichen Schulsystem eine Klasse repetieren oder überspringen, brauchen im neuen Modell etwa gleich viele Kinder entweder ein Jahr weniger oder länger für die Basis- und Grundstufe. Das neue Modell mit flexibler Durchlaufzeit verbessert die Integration all dieser Kinder. (sda)

Schweizer Bauer

DOSSIER
ÖGA

Einzelpreis Fr. 2.00

www.schweizerbauer.ch

164. Jahrgang, Nummer 50
AZ 3001 Bern
Zweimal wöchentlich

Die unabhängige Zeitung für die Landwirtschaft

9 771420 054003 60023

TIPP

agroPreis
Jetzt anmelden!

wettbewerb der Schweizer Landwirtschaft sucht Bauernfamilien, die neue Wege gehen, um ihre Existenz zu sichern. Anmelden können Sie sich unter: www.emmental-versicherung.ch.

Agropreis 2010. Noch bis am 30. Juni können Sie Ihr Projekt für den diesjährigen Agropreis anmelden. Der grösste und älteste Innovationswettbewerb der Schweizer Landwirtschaft sucht Bauernfamilien, die neue Wege gehen, um ihre Existenz zu sichern. Anmelden können Sie sich unter: www.emmental-versicherung.ch.

WAS NICHT WARTEN KANN



Kartoffeln. In der Hitze der nächsten Tage wird die Entwicklung der Kraut- und Knollenfäule zwar stark gebremst, aber nicht gestoppt. Deshalb müssen die Pflanzen weiter geschützt werden. Ein minimaler Fungizideinsatz ist zudem nötig, um Kartoffelstauden vor der Dürffleckenkrankheit (Alternaria) zu schützen. **SEITE 36**

MARKT



+10 Rappen für Kälber. Das Angebot an Bankkälbern ist tief, und die Nachfrage war bis anhin erfreulich gut. Die Preistendenz liegen oben. T3-Kälber gelten neu Fr. 12.-/kg SG. T3-Kühe werden mit Fr. 6.90 pro Kilo SG 10 Rappen teurer gehandelt. Die Schweinepreise konnten dank steigender Nachfrage gehalten werden. **SEITE 18**

THOMAS ANKEN

Feierte mit Streifenfrässaat



Der Ackerbauspezialist gab am 20-Jahr-Jubiläum des Streifenfrässaats die Kooperation mit Lohnunternehmer Schweiz bekannt. **SEITE 3, 51**

URSI MÜNGER

Bietet IFYEs ein Zuhause



Ursi Münger war seinerzeit im internationalen Landjugendaustausch (IFYE) in Norwegen. Heute hat sie Familie und ist selber Gastmutter. **SEITE 15**

RAUMPLANUNG: Die Siedlungsentwicklung soll besser koordiniert werden

Viele Kantone tun zu wenig

Eine Avenir-Suisse-Studie zeigt, dass die Kantone zu wenig gegen die Zersiedelung unternehmen. Griffige gesetzliche Leitplanken sollen gesetzt werden. Die Siedlungsentwicklung will Avenir Suisse aber nicht stoppen.

DANIEL ETTER

Das Siedlungswachstum in der Schweiz beschleunigt sich. Jährlich wird eine Fläche von rund 2700 Hektaren zubetoniert, wobei es sich meistens um wertvolles Kulturland handelt. Dieses Siedlungswachstum ist einerseits durch die Zunahme der Bevölkerung auf bald einmal 8 Millionen, andererseits durch die zunehmende Beanspruchung von Wohnraum pro Person bedingt. Zusammen führt dies zu einem überproportionalen Wachstum der Siedlungsfläche. Raumplanung ist mit der eingereichten Landschaftsinitiative und der auf Herbst vertagten Revision des Raumplanungsgesetzes aktueller denn je. Die politischen Vorstösse konzentrieren sich zwar auf die Bundesebene, die Schlüsselrolle der Raumplanung kommt jedoch laut Experten den Kantonen zu.

Deshalb hat die wirtschaftsnah Avenir Suisse die Studie «Raumplanung zwischen Vor-



Jährlich werden in der Schweiz 2700 Hektaren zubetoniert. (Bild: Robert Alder)

gabe und Vollzug» verfasst, die aufzeigen soll, wie gut die einzelnen Kantone ihre Aufgabe wahrnehmen.

Die umfassende Analyse deckt grosse kantonale Unterschiede in der Qualität des raumplanerischen Instrumentariums auf. Die Studie kommt zum Schluss, dass städtische Kantone die Siedlungssteuerung besser wahrnehmen als kleine ländliche. Der Kanton Zürich belegt mit 61 von 90 möglichen Punkten den ersten Platz. Schlusslicht ist der Kanton Glar-

us. Die Rangierung zeigt, dass noch grosse Defizite beim Vollzug in den Kantonen bestehen. Eine wirkungsvolle Steuerung der Raumentwicklung sei nur möglich, wenn griffigere Leitplanken gesetzt und auch umgesetzt werden.

Die Studie wird vonseiten der Stiftung Landschaftsschutz, der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung, dem Amt für Raumentwicklung (ARE) und Pro Natura begrüsst. Pro Natura folgert sogar, dass die Siedlungsfläche nicht weiter wachsen

dürfe. Doch Avenir-Suisse-Direktor Thomas Held betont, dass die Studie nicht auf einen Siedlungsentwicklungstopp abziele. «Die Entwicklung muss hingegen besser koordiniert werden», sagte er. Es könne nicht sein, dass jede Gemeinde ihr kleines Gewerbegebiet ausschilde. Besser wären grössere, zusammenhängende Gebiete an zentraler Lage. «Wenn sich die Städte entwickeln können, kann auch die Landwirtschaft im ländlichen Raum erhalten bleiben», meint Held. **SEITE 3**

MILCH

BLW überprüft Organisationen

Nach Entscheiden des Bundesverwaltungsgerichts zu Mengenbewilligungen treibt das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) die Kontrollarbeiten für das Milchjahr 2008/2009 voran. Alle 38 Ausstiegsorganisationen (AO) werden überprüft, ob sie ihr Produktionspotenzial überschritten haben. 18 AO haben rund 70 Mio. kg Milch zu viel produziert. Sechs AO wurden deshalb bereits zur Abgabe von insgesamt 1,8 Mio. Franken verpflichtet. Bei 20 AO laufen gegenwärtig weitere Abklärungen. **msi SEITE 5**

ZELLZAHLEN

Gestresste Kühe, schlechte Milch

In Hitzeperioden kämpfen viele Milchproduzenten mit schlechter werdender Milchqualität. Im Durchschnitt aller Proben steigen die Zellzahlen um rund 50'000 Zellen an. Ursache ist erhöhter Stress durch hohe Temperaturen. Weil der Futterverzehr zurückgeht, bauen hochleistende Kühe vermehrt Körperreserven ab und riskieren eine leichte Ketose. Wenn der Stall mit Ventilatoren oder Nebelungsanlagen gekühlt und das Futter stets frisch gemischt wird, kann dem vorgebeugt werden. **sum SEITE 27**

REKLAME

Gegen Krautfäule
DAGONIL 500
Kontaktmittel mit hoher Regenfestigkeit
TANOS
Stark gegen Stängelbefall
FANTIC M WG
Systemischer Vollsenschutz
VALBON
Für die kritische Phase
DAGONIL COMBI DF
Die bewährte Referenz

Stähler

www.staehler.ch

AUS DEM INHALT

Mehrwerte der Landwirtschaft vermarkten

Zusatzwerte der Landwirtschaft sollten besser vermarktet werden, lautete eine Forderung des Lilienberg-Forums in Ermatingen TG. **SEITE 5**

McDonald's sucht weitere Raus-Kühe

McDonald's setzt auf den Raus-Standard, doch der Markt gibt trotz einer Tierprämie von 40 Franken nicht genügend Tiere her. **SEITE 17**

Lange Getreidesorten für den Klimawandel

Am Getreidetag der Sativa Rheinau stellte Getreidezüchter Peter Kunz seine trockenheitstoleranten «XXL»-Züchtungen vor. **SEITE 25**

Valtra stellt Projekt mit Biogastaktor vor

Der finnische Traktorenhersteller Valtra testet derzeit einen Biogastaktor. Ausgerüstet ist der Schlepper mit einem Zweitstoffmotor. **SEITE 31**

WETTER

Schön und warm

	Sonntag	Montag	Dienstag
Norden	13°/28° 	13°/28° 	14°/27°
Süden	18°/28° 	20°/29° 	20°/30°

Detaillierte Prognose: letzte Seite

LESERBRIEFE

Bauer als Landschaftskünstler

Bei meinen Wanderungen treffe ich vermehrt Felder an, die nicht nur der Nahrungsmittelproduktion dienen, sondern mit Liebe zur Schönheit gestaltet wurden. So findet man als Flecken oder in ganzen Feldern locker eingesäte Mohnblumen und seltener auch Kornblumen. Sogar im Mais strecken vereinzelte Sonnenblumen ihre Köpfe der Sonne entgegen. Manchmal sind auch Felder mit bunten Rändern verschönert. Ich möchte nun einmal auf diesem Weg diesen kreativen Bauern herzlich danken, und andere animieren, es ihnen gleich zu tun. Vielleicht lassen sich auch ganze Ornamente in Felder einzeichnen?

Wie wäre es, wenn man diese Samen gratis abgeben würde, oder sogar Prämien entrichten würde, ein Sponsor würde sich wohl finden. Mit lieben Grüßen und einem herzlichen Dankeschön!

Dieter Iselin
Fehren SO

«Alle Mehrmengen streichen!»

Leserbrief zum Milchmarkt.

Zum Glück habe ich mit der Milch nichts mehr zu tun, aber wenn ich die Zeitung aufschlage, kommt mir der Magen hoch! Ich habe mit dem Melken begonnen, als den Produzenten eine Milchmenge zugeteilt wurden.

Die Bauern wurden damals aufgefordert, bei der Milchproduktion Mass zu halten, also Kälber mit Milch abzutrenken und Stierkälber mit Vollmilch zu mästen. Was war der Dank dafür, ein kleines Kontingent, und alle anderen sind mit einem grossen prämiert worden! Was



Leserbriefschreiber Dieter Iselin erfreut sich an den Blumen in den Feldern. (Bild: zvg)

hat man dabei gelernt? Nichts, nein man macht noch grössere Fehler als damals. Die Mehrmengen waren die grösste Dummheit, die der Bundesrat je erfunden hat. Ich fordere den Bundesrat auf, für das neue Milchjahr sofort die Mehrmengen zu streichen und die Milchmenge vom letzten Kontingentsjahr zuzuteilen, sonst sind alle die Dummen, die Kontingent zu einem fairen Preis gekauft haben. So würde dem

Bauer wieder ein guten Stellenwert geschaffen und jeder würde wieder etwas verdienen.

Walter Keller
Maur ZH

«Freihandel bedroht Existenz»

Leserbrief zu möglichen Grenzöffnungen der Grenzen.

Kürzlich war der oberste Bauernfunktionär Österreichs, Gerhard Wlodkowski, mit einer

Delegation, zusammen mit Exponenten des Schweizer Bauernverbandes in der Schweiz unterwegs. Gleichzeitig hat dieser Präsident versucht, mit Lobbyhudelei die Agrarpolitik für die Schweiz zu betonen. Seitens dieser Lobbyisten wird keine Gelegenheit ausgelassen, das pendente Agrarfreihandelsabkommen schüzend zu betonen. Wichtig zu wissen ist jedoch, dass diese Befürworter mit den Konstruktionen die weltweiten Preisdumpings auf Agrargütern nicht lösen können. Die Verhandlungen über Liberalisierung in der Landwirtschaft und für Exporte von Industrieprodukten verheissen für die Landwirtschaft nichts Gutes. Vorteile gibt es nur für wenige, grosse Agrarländer, Industrie- und Handelsnationen wie die USA, Kanada, Australien, Brasilien und einige wenige mehr. Dem Grossteil der Schweizer Bauern ist schon seit längerem klar: Das Freihandelsabkommen würde ihre Existenz bedrohen. Bei dieser Bedrohungslage ist die Vereinigung für einen starken Agrar- und Lebensmittelsektor (SALS) mit ihrem Präsidenten Walter Willener ein Lichtblick. Der Mitgliederzuwachs der SALS ist enorm und umfasst kumuliert bereits viele tausend Mitglieder aus dem Agrarsektor.

Walter Gisler, Luzern

Leserbriefe werden im «Schweizer Bauer» gerne veröffentlicht. Kurz gefasste Leserbriefe (max. 1500 Zeichen, 200 Wörter) werden bei der Auswahl bevorzugt behandelt. Über nicht veröffentlichte Beiträge wird keine Korrespondenz geführt.

Redaktion «Schweizer Bauer»
Leserbriefe, Pf 8135, 3001 Bern
Fax: 031 330 33 95
Mail: leserbriefe@schweizerbauer.ch

KOMMENTAR

Ernährung sichern, Kulturland schützen



Jede Sekunde wird in der Schweiz ein Quadratmeter Boden zu betonierte. Allein schon die Siedlungsfläche wächst jährlich um 2700 Hektaren in der Grösse des Walensees oder von rund 150 durchschnittlichen Landwirtschaftsbetrieben. Damit verliert die Schweizer Landwirtschaft meist wertvolles Kulturland, das sie als Produktionsgrundlage benötigen würde.

Bei der Raumplanung in der Schweiz kann kaum noch von Planung gesprochen werden. Die Bauherren suchen sich den aus ihrer Sicht geeignetsten Standort aus und finden dort nicht selten einen willigen Landverkäufer. Sind sich beide einig, wird alles daran gesetzt, dass die Parzelle spätestens bei der nächsten Zonenplanrevision eingezont wird. Dabei wird eine durchdachte Planung in aller Regel hintangestellt. Die Gemeinden wollen ja schliesslich wachsen, und das ist ihnen wichtiger als unsere Landschaft. Meistens schauen auch die Kantonsbehörden weg und bewilligen die Einzonung.

Dass diese Entwicklung nicht nachhaltig ist, versteht jeder. Eigeninteressen werden vorangestellt. Die wirtschaftsnahe Avenir Suisse sieht das Raumplanungsproblem zwar auch. Sie zeigt aber in einer Studie auf, dass es grosse Unterschiede im Vollzug der Raumplanung unter den einzelnen Kantonen gibt. Sie fordert nun strengere Richtlinien, doch die Siedlungs-

entwicklung will Avenir Suisse nicht stoppen. Die Landfläche in der Schweiz ist begrenzt, und die Bevölkerung wächst. Wenn die Siedlungsentwicklung so weiter geht, verliert unser Land seine Schönheit, die Bauern die Produktionsgrundlage, und die Ernährungssicherheit ist je länger je weniger gewährleistet.

Lippenbekenntnisse haben in Raumplanungsfragen keinen Platz mehr. Das Kulturland muss zwingend besser geschützt und die bestehenden Baugebiete verdichtet werden. Dies nicht nur in der Wohnzone, sondern auch im Industriegebiet. Es gäbe Sinnvoller als flächenraubenden einstöckigen Bauten. Und an den zahlreichen Industriebrachen sind die Firmen erst recht nicht interessiert. Die Altlastensanierung kostet ihnen oft zu viel.

Für die produzierende Landwirtschaft ist entscheidend, dass sie noch die Möglichkeit hat, sich in der Landwirtschaftszone zu entwickeln. Doch auch die Landwirtschaft muss sich einschränken lassen. Landwirtschaftliche Bauten müssen in die Landschaft eingebettet werden und ästhetisch sein. Oft zwölten Landwirte aus einem Baulandverkauf Profit schlagen. Der Verkauf erfolgt meistens dann, wenn Investitionen anstehen. Braucht es den Verkauf der Produktionsgrundlage, damit investiert werden kann, stimmt etwas am System nicht. Es sollte möglich sein, dass sich auch die Landwirtschaft mit eigenen Mitteln entwickeln kann.

Daniel Etter
daniel.etter@schweizerbauer.ch

INTERVIEW: Streifenfrässaatclub wird 20 und kooperiert mit Lohnunternehmer Schweiz

«Die Streifenfrässaat spürt Rückenwind»

Für Thomas Anken vom Streifenfrässaatclub ist klar: Dieses Anbauverfahren wird in Zukunft noch mehr Anhänger finden.

INTERVIEW:
HEINZ RÖTHLISBERGER

Schweizer Bauer: Der Streifenfrässaatclub wurde vor 20 Jahren gegründet. Wie haben Sie diese Zeit erlebt?

Thomas Anken: Zu Beginn herrschte eine grosse Euphorie. Schwierig wurde es, als sich Fehler einschlichen und man nicht das nötige Rezept dazu hatte, das System richtig einzusetzen. Trotz herber Rückschläge und finanziellen Einbußen haben viele durchgegriffen und das Verfahren in Kleinarbeit weiterentwickelt. Die Talscholle liegt hinter uns.

Wo gab es Probleme?

Es gab Probleme in den drei Bereichen Technik, Herbologie und Boden. Die Maschinen wurden seit den ersten Prototypen bis zur heutigen Oekosem 4 weiterentwickelt, so dass sie nun sicher und störungsfrei arbeiten. Bei den Herbiziden wurden für die Bekämpfung der Gräser neue Wirkstoffe wie Sulfonylharnstoffe entwickelt. Zudem haben wir in der Anwendung viel dazu gelernt. Etwa mit Glyphosat mit wenig Wasser direkt auf frische Stoppeln. Die Erzielung einer guten Boden-



Thomas Anken: «Es braucht weiterhin Pioniere, die dranbleiben.» (Bild: röt)

struktur stellt nach wie vor die höchsten Herausforderungen. Viele haben dies allerdings auch schon gut im Griff.

Wieso nun der Zusammenschluss mit der Vereinigung Lohnunternehmer Schweiz?

Der Streifenfrässaatclub war 20 Jahre für sich alleine und dadurch etwas isoliert. Mit dieser Kooperation wollen wir Synergien nutzen. Das macht deswegen Sinn, weil es vor allem

Lohnunternehmer sind, die Streifenfrässaat anbieten.

Welches sind die Vorteile dieser Kooperation?

Über die Vereinigung erreichen wir noch mehr Lohnunternehmer und können so die Streifenfrässaat weiter ausbreiten. Zudem können wir das ganze Wissen über den Boden zu den Lohnunternehmern bringen.

Wie viel Fläche wird in der Schweiz mit der Streifenfrässaat angebaut?

In diesem Jahr sind es gut 4000 Hektaren. Das bedeutet einen neuen Höchststand. Schweizweit sind rund 60 Maschinen im Einsatz, die auf eine Auslastung von durchschnittlich 70 bis 80 Hektaren kommen.

Wie kann man Bauern dazu bewegen, auf dieses Verfahren zu setzen?

Die Bauern von den Vorteilen der Streifenfrässaat zu überzeugen, ist schwierig. Helfen zur Weiterverbreitung könnten etwa die Landwirtschaftsschulen, Mund-Propaganda und weiterhin viel Geduld. Zudem braucht es auch in Zukunft Pioniere, die dranbleiben und nicht lockerlassen.

Ist die Direktsaat oder die Mulchsaat eine Konkurrenz zur Streifenfrässaat?

Für mich ist das überhaupt keine Konkurrenz. Die grosse

Kunst ist es, das richtige Verfahren am richtigen Ort zum richtigen Zeitpunkt einzusetzen.

Solche Verfahren sind auch abhängig von Förderprogrammen.

Die Förderprogramme zeigen es eindeutig. Geld ist ein guter Motivator und kann eine Initialzündung sein. Das ist absolut positiv. Wichtig wäre aber, dass die Bauern von den Verfahren überzeugt sind und sehen, dass es bei der Bodenbearbeitung auch mit weniger Aufwand gehen kann.

Wie sieht die Zukunft der Streifenfrässaat aus?

Die Entwicklung ist nach 20 Jahren keineswegs abgeschlossen. Das Verfahren hat in den letzten Jahren klar an Rückenwind gewonnen und wird sicher noch mehr Anhänger finden. Ein positiver Nebeneffekt ist, dass viele Lohnunternehmer von der Streifenfrässaat auf die Direkt- und Mulchsaat übergehen und das System quasi vervielfältigen. So wird die gesamte Bodenbearbeitung weiterentwickelt. Dieser indirekte Erfolg ist vielleicht noch wichtiger als derjenige der Streifenfrässaat selber.

SEITE 51

PRESSESCHAU I

Nachbar verhexte Hof

Der Streit der beiden Bauern in Rehetobel AR sollte mit dem Tod enden, berichtete der «Blick». Die Bauernfamilie Z.



würde ihre Nachbarn hassen. Hansueli Z. habe die Schuld für alles, was auf seinem Betrieb nicht gut lief, bei seinen Nachbarn gesucht. Sie gar beschuldigt, seinen Hof verhext zu haben. Deshalb habe er zuerst zwei Schläger beauftragt, die Nachbar Jakob G. im Stall mit Eisenstangen bewusstlos geprügelt hätten. Später hätte er für 17 500 Franken zwei Killer angeheuert, die Jakob G. und seinen Vater hätte umbringen sollen. Die Tat sei aber missglückt. Da Hansueli Z. deswegen die Killer nicht bezahlen wollte, hätten sie ihn um 30 000 Franken erpresst. Aus Angst hätte sich Z. nun der Polizei gestellt. det

PRESSESCHAU II

Indiens Nachholbedarf

Die aufstrebende Wirtschaftsmacht Indien weise bei der Infrastruktur und bei Billigbehausungen einen riesigen Nachholbedarf auf, berichtete die NZZ.

Neue Zürcher Zeitung

Eine Studie komme zum Schluss, dass das rasche Wirtschaftswachstum nicht nur die Nachfrage nach Infrastrukturverbesserungen habe steigen lassen. Sie zeige auch, dass eine mangelhafte oder gar fehlende Infrastruktur Indiens an der Realisierung seines Wirtschaftspotenzials hindere. Neben einem rückständigen Transportwesen gehören auch ungenügende Stromversorgung, fehlende Bewässerung in der Landwirtschaft und ungeeignete Zwischenlager zu den Hemmnissen der Entwicklung. Darunter leide vor allem die ländliche Bevölkerung. det

REKLAME

Wir übernehmen auch von Ihnen das Futter- und Brotgetreide und den Oelraps!

Lagerhaus Lohn
Maison Virchaux
www.lagerlohn.ch

032 677 50 10

Thomas Anken ist Ackerbauspezialist bei Agroscope ART Tänikon und von Beginn weg im Streifenfrässaatclub mit dabei. Er ist Hauptinitiator des Zusammenschlusses zwischen dem Club und der Vereinigung Lohnunternehmer Schweiz.

UNTERWALLIS

Über Stock und Stein

Unterwallis. – Rund 4500 Mountainbiker nahmen am letzten Wochenende an der «Pass’Portes du Soleil» teil. Auf der insgesamt 75 Kilometer langen Strecke bewältigten die Teilnehmer eine Höhendifferenz von 1450 Metern. Die Fahrer konnten den Rundkurs von acht Startpunkten in Angriff nehmen. An den zahlreichen Zwischenstationen wurden die ambitionierten Sportler standesgemäss gepflegt und konnten sich von den Strapazen erholen. Neben kräfteraubenden Anstiegen kamen die Biker in den Genuss einer insgesamt sieben Kilometer langen Abfahrt.

25 Millionen Grenzübergänge

Unterwallis. – Seit der Eröffnung des Tunnels Grand-Saint-Bernard im Jahre 1964 passierten 25 Millionen Autos den Grenzübergang zwischen der Schweiz und Frankreich. Diese Zahl wurde an der Generalversammlung der «société Tunnel du Grand-Saint-Bernard S.A.» in Pregny, Kanton Genf, veröffentlicht. Anlässlich der Versammlung zogen die Verantwortlichen auch eine Bilanz des vergangenen Jahres. Die Finanzkrise habe sich im Jahre 2009 auf den Fremdenverkehr ausgewirkt. Generaldirektor Luc Darbellay berichtete gegenüber der Tageszeitung «Le Nouvelliste», dass das Verkehrsaufkommen aber nur leicht, um 0,38 Prozent, zurückgegangen sei. Insgesamt passierten knapp 600000 Fahrzeuge den Tunnel.

Weltpremiere bei Alpaufzug

Veysonnaz. – Am vergangenen Samstag bestaunten mehr als 4000 Zuschauer den Alpaufzug der regionalen Bauern von Veysonnaz auf die Alpe Combyre. Die Zuschauerzahl übertraf alle Erwartungen und erreichte einen noch nie da gewesenen Höchstwert. Insgesamt 150 Tiere verbringen die Sommermonate auf der Alpe. Neben dem traditionellen Ringkühkampf wartete ein Höhepunkt der ganz besonderen Art auf die Besucher. Der spanische Flamencotänzer Antonio Vargas war anwesend und vermochte mit seinen zwei Tanzeinlagen die Menge zu begeistern. Der bereits 70-jährige Vargas wohnt zurzeit in Singapur und tanzte schon vor einem Millionenpublikum. Sein Auftritt im Rahmen eines Alpaufzuges war eine Weltpremiere.

Vermisst

Choex. – Seit verganginem Freitag wird die in Choex wohnhafte Stéphanie Dufaux vermisst. Gemäss einer Meldung der Kantonspolizei ist die 26-Jährige 179 Zentimeter gross und von mittlerer Statur. Sie hat blonde Haare und blaue Augen. Als sie zuletzt gesehen wurde, trug sie einen schwarzen Rock, Schuhe mit dicken Sohlen, eine bunte Mütze der Marke «Quicksilver» sowie eine pinkfarbene Brille mit grossen Gläsern. Personen, welche Angaben zum Verbleib der jungen Frau machen können, sind gebeten, sich bei der Polizei zu melden.

Walliser Raumplanung miserabel

Von Avenir Suisse erhält die Walliser Raumplanung sehr schlechte Noten



Das Wallis bekommt von der wirtschaftsnahen Denkfabrik Avenir Suisse schlechte Noten für seine mangelhafte Raumplanung.

Foto wb

Sitten. – Die Instrumente sind total veraltet, es fehlt an einer Gesamtschau und die Bauzonen sind viel zu gross. Das ist das vernichtende Urteil von Avenir Suisse über die Walliser Raumplanung.

Dem Grundsatz des haushälterischen Umganges mit dem knappen Gut wie dem Boden wird nicht oder ungenügend nachgelebt. Jährlich wird in der Schweiz eine Fläche in der Grösse des Walensees überbaut.

Wallis mit kläglichem 16 Punkten Die Bewertungsskala der Raumplanungsstudie des liberalen Think Tanks (Denkfabrik) Avenir Suisse reicht bis zu 90 möglichen Punkten, die ein Kanton erreichen kann. Der schweizerische Durchschnitt liegt bei 34,3 Punkten. Am Schluss der Rangliste findet sich der Kanton Glarus mit ganzen 8 Punkten, auf dem zweitletzten Platz liegen das Wallis und der Kanton Appenzell Innerrhoden mit je 16 Punkten. Die Rangliste wird von Stadtkantonen wie Zürich, Genf, Basel-Stadt, dann aber auch von Bern angeführt. Fazit in der Studie: Im Wallis gebe es «kaum griffige Instrumente zur Siedlungssteuerung».

Selbst das Tessin ist deutlich besser Wenn man die miserablen Noten der Walliser Raumplanung in Vergleich zu anderen Gebirgskantonen setzt, dann macht er eine sehr schlechte Falle: Uri und Freiburg erreichen mit 31

und 33 Punkten doppelt so hohe Wertungen. Der Kanton Tessin, der sonst gerne als Beispiel von mangelhafter Umsetzung von Bundesrecht gilt, kommt sogar auf 37 Punkte. Das vergleichbare Graubünden (Fläche/Tourismus) erreicht 39 Punkte.

Die Gründe für das schlechte Abschneiden Worin liegen nun die Gründe für das sehr schlechte Abschneiden des Kantons Wallis? Einer der Autoren der Studie, Daniel Müller-Jentsch, kennt das Wallis nicht nur von der Studie her, sondern von eigener Anschauung. Er begründet den schlechten Zustand der Raumplanung im Wallis einmal mit einem veralteten Instrumentarium. Als einer der wenigen Kantone der Schweiz verfügt das Wallis erst über Richtpläne der ersten Generation. Es hat noch nie eine Totalrevision gegeben. Demgegenüber hat zum Beispiel der Kanton Tessin den Richtplan erst kürzlich umfassend überarbeitet. Dazu fehlt es laut den Autoren der Studie über eine gesamtkantonale Regelung für den Zweitwohnungsbau, wie sie zum Beispiel Graubünden eingeführt hat. Das Resultat sei ein ungeordnetes Siedlungswachstum wie zwischen Brig-Glis und Visp, sagt Müller-Jentsch.

Raumplanung rückt in den Vordergrund

Die Raumplanung wird in den kommenden Jahren in den Vordergrund der schweizerischen Politik geraten. Denn die Umweltverbände haben mit ihrer Landschaftsinitiative genau dies aufgezeigt – dass es in der schweizerischen Raumplanung eine längere Denkpause braucht, um zu verhindern, dass die ganze Schweiz mit «Siedlungsbrei» vollgestopft wird. Die Landschaftsinitiative der Umweltverbände verlangt, dass die Gesamtfläche der schweizerischen Bauzonen in den nächsten 20 Jahren nicht mehr ausgedehnt wird. Im eidgenössischen Parlament wird an einem Gegenvor-

schlag zu diesem Volksbegehren gearbeitet. Der Gegenvorschlag wird ebenfalls verbindlichere Anforderungen bringen, die von den Kantonen zwingend umgesetzt werden müssen. Künftig werden die Kantone überdies grenzüberschreitend planen müssen. Was für das Waldgesetz möglich sei, müsse auch bei der Raumplanung verwirklicht werden. Dazu sind auch noch zwei Volksinitiativen von Franz Weber hängig, die massive Einschränkungen für den touristischen Zweitwohnungsbau und für Gewerbe- und Industriehallen verlangen.

Viel zu grosse Bauzonenreserven

Ein weiterer Faktor, der zur ausgesprochen schlechten Bewertung der Walliser Raumplanung führte, sind die völlig überdimensionierten Bauzonen. Laut Bundesgesetz sollte diese Bauland-Bodenreserven nicht grös-

ser sein, als es dem Bedarf von 15 Jahren entspricht. Der Bauzonenflächenindex liegt im Wallis bei 152 Prozent. Im Klartext: Selbst wenn die Bevölkerung des Wallis jährlich um 1 Prozent wachsen würde, reichten die Walliser Bauzonen die nächsten 55 Jahre, statt für 15 Jahre.

«Handlungsbedarf ist erkannt»

Staatsrat Jean-Michel Cina bezeichnet Studie von Avenir Suisse als «nachvollziehbar»

Sitten. – «Die Resultate der Studie von Avenir Suisse sind nachvollziehbar und decken sich mit eigenen Erkenntnissen», sagte Staatsrat Jean-Michel Cina gestern.

Gleichzeitig verweist der Departementsvorsteher auf Anfrage darauf, dass nach den Ergebnissen von internen Abklärungen und Analysen schon erste Schritte eingeleitet wurden: «Im Kanton Wallis hat man bereits 2009 den Handlungsbedarf erkannt und verschiedene Reformen eingeleitet. Die wichtigste Massnahme

ist die Lancierung eines umfassenden Reformprojektes, welches eine Gesamtbeurteilung der kantonalen Richtplanung sowie der Gesetzgebung vorsieht.» Die Regierung des Kantons Wallis erkenne die Bedeutung der Raumplanung durchaus. Sie sei eines der Schwerpunktthemen der laufenden Legislaturperiode.

Totalrevision des Richtplanes läuft Insgesamt fördert die Studie von Avenir Suisse nach Auffassung der Walliser Regierung «Bekanntes an den Tag». Die Analyse sei überdies «rück-

wärtsgerichtet» und laufende Bestrebungen zur Revision des Raumplanungsrechts habe sie «nicht oder nur ungenügend berücksichtigt». Staatsrat Cina räumt ein, dass man diese Bestrebungen allerdings noch nicht kommuniziert habe. Er will sich in seinem Departement noch vertieft mit den Ergebnissen auseinandersetzen. Elemente des Richtplanes seien bei der Bewertung nicht genügend berücksichtigt worden. Auch verschiedene kommunale Projekte wären in der Studie ausser Acht gelassen worden. «Mit einer eingehenden Konsultation bei den Kantonen vor

der Veröffentlichung der Studie hätten diese Schwachpunkte geschlossen werden können», findet der Departementsvorsteher.

Raumplanungsziele überarbeiten

Die Westschweizer Kantone schneiden in der Bewertung von Avenir Suisse laut der Stellungnahme des Departementes Cina allgemein schlecht ab – mit Ausnahme von Genf. Dabei hätten gerade diese Kantone in den vergangenen Jahren wichtige Reformen eingeleitet. Allerdings ortet selbst Jean-Michel Cina im

heutigen System «Defizite im Vollzug». Im Rahmen der nun aufgegleisten Reformen sei es vorgesehen, die Raumplanungsziele zu überarbeiten und auf dieser Basis ein Raumentwicklungskonzept zu erarbeiten. Damit werde die strategische Ebene der Richtplanung gestärkt. Die kantonale Gesetzgebung werde überdies den neuen Herausforderungen in der Raumplanung angepasst. «Die Studie von Avenir Suisse bestätigt den Handlungsbedarf und die Effektivität der laufenden und geplanten Reformen im Kanton», zieht Staatsrat Cina Bilanz.

lth

INSERATE:
Comercialstrasse 20, Postfach, 7007 Chur,
Tel. 081 255 58 58, Fax 081 255 58 59

**Die fliegenden
Oldtimer an den
Engiadina Classics
ziehen viel Volk an.**

**Trotz vieler Baustellen
im Kanton hat man
beim Astra keine Angst
vor Staus.**

Elf Mädchen und Buben aus Chur wagen sich zum ersten Mal auf den Calanda. SEITE 9



CASINO
Bad Ragaz

27'415.16

Tamina Jackpot www.casinoragaz.ch
Jackpot 2.7.2010 (Angaben ohne Gewähr)

Bern. – In Deutschland sind sie schon länger gang und gäbe, so genannte Stauwärter. Diese sorgen für das Wohl von Automobilisten, die im Stau stecken – mit Verpflegung und Spielzeug, aber auch als Schlichter bei Streitigkeiten. Der TCS findet die Idee toll und will sie für die Schweiz prüfen, etwa für die Gotthard-Strecke. Skeptischer ist die Polizei – wegen Sicherheitsbedenken.

SEITE 13



Die Suche nach griffigeren Instrumenten gegen Zweitwohnungen löst paradoxerweise einen Bauboom aus – es wird so viel gebaut, wie es vor den neuen Regelungen noch möglich ist. Eine neue Studie lobt den Kanton Graubünden für den Umgang mit Zweitwohnungen.

Der Zweitwohnungsboom auf Vorrat

In jenen Bündner Gemeinden, die für die nähere Zukunft strengere Regeln für Zweitwohnungen planen, wird gebaut – quasi auf Vorrat. Fachleute und Kanton raten deshalb zum Erlass von Planungs-zonen, bevor neue Regelungen getroffen werden.

Von Olivier Berger

Es war praktisch eine Nacht-und-Nebel-Aktion: Im Mai 2007 erliess Davos ohne Vorwarnung eine Planungszone. Geplant und gebaut werden konnte quasi ab sofort nur noch unter deutlich strengeren Auflagen. «Mit der Planungszone», erklärt der Davoser Landammann Hans Peter Michel, «wollten wir verhindern, dass bis zur Änderung des Baugesetzes noch auf Vorrat Zweitwohnungen gebaut werden.» Vorbereitet worden sei das Geschäft in aller Diskretion. «Selbst wenn mich Leute direkt auf eine mögliche Planungszone angesprochen haben, habe ich nur ausweichend geantwortet», sagt Michel.

Wo geplant wird, wird gebaut

Die Vorsicht der Davoser Gemeindebehörden war berechtigt. Seit in Gemeinden, beim Kanton und auf Bundesebene über rigidere Vorschriften für Zweiwohnungen diskutiert wird, wird dort, wo das noch möglich ist, auf Vorrat gebaut – in Laax etwa derzeit an 65 Wohnungen. Laut dem Laaxer Bauamtschef Toni Cadruvi sind 60 davon Zweitwohnungen. Laax hat eine Planungszone mit temporärer Kontingentierung erlassen. «Bevor wir die Zone erlassen haben», erklärt Gemeindepräsident Toni Camathias,



Baustellen überall im Ort: In Laax werden derzeit trotz – oder wegen – einer Planungszone mit temporärer Kontingentierung gleich 60 Zweitwohnungen gebaut. Bild Marco Hartmann

«haben wir wirklich einen massiven Bauschub verspürt.» Auch der Flimser Gemeindepräsident Thomas Ragetli bestätigt, «dass die Bautätigkeit exponentiell zugenommen hat, nachdem über strengere Vorschriften und die nationalen Zweitwohnungsinitiative diskutiert worden ist». Jüngstes Beispiel für Bauen auf Vorrat ist Arosa. Nachdem auch im Schanfigger Ort über neue Beschränkungen für den Zweitwohnungsbau debattiert wurde, hat sich

das Bauvolumen stark erhöht, wie Gemeindeschreiber Peter Remek sagt. Der Bauboom in Arosa wurde so gross, dass die Gemeinde diese Woche eine Planungszone in Kraft gesetzt hat, um die Bauwut der Investoren zu bremsen. In St. Moritz dagegen hält sich die Bautätigkeit laut Gemeindepräsident Peter Barth derzeit in Grenzen. Mit ein Grund dafür sei, dass die Gemeinde schon seit einigen Jahren den Anteil von Zweitwohnungen am gesam-

ten Bauvolumen festschreibt. Allerdings habe sich im Zusammenhang mit der Volksinitiative zur Einschränkung des Zweitwohnungsbaus auf Kreisebene gezeigt, «dass in manchen Nachbargemeinden Projekte durchgeführt wurden, bevor die Beschränkungen in Kraft treten konnten». «Kein Grund, nichts zu tun» Laut Daniel Müller-Jentsch, der für die Zürcher Denkfabrik Avenir Suisse eine Studie über Siedlungsentwick-

lung mitverfasst hat (siehe Artikel unten), kommt die Bautätigkeit auf Vorrat nicht überraschend. «Wir haben im Rahmen unserer Studie zwar nicht untersucht, wie sich drohende Einschränkungen auf die Bautätigkeit auswirken», sagt er. «Solche Vorzieheffekte kennt man aber aus anderen Bereichen.» Das Verhalten von Investoren und Bauherren sei «durchaus nachvollziehbar». Für den Experten Müller-Jentsch ist die vorgezogene Bautätigkeit allerdings kein Grund, auf die Verschärfung der Vorschriften zu verzichten. Dabei handle es sich um eine Übergangsproblematik. «Nur, weil sie einen einmaligen negativen Effekt befürchten muss, sollte keine Gemeinde darauf verzichten, das Problem im Grundsatz anzugehen.» **Kanton plädiert für Planungs-zonen** Auch beim Kanton kennt man das Problem der vorgezogenen Realisierung von Zweitwohnungsprojekten. Aus diesem Grund habe die Regierung die Bestimmung im neuen Richtplan per sofort in Kraft gesetzt, wonach bei Neueinzonungen nurmehr ein Drittel Zweitwohnungen gebaut werden dürfte, so Regierungsrat Hansjörg Trachsel. Was die bestehenden Bauzonen in den touristischen Hochburgen angehe, seien die Landreserven so knapp, dass sich das Problem in wenigen Jahren erledigt habe. Sowohl Trachsel wie auch Cla Semadeni, Vorsteher des kantonalen Amts für Raumentwicklung, raten den Gemeinden zudem zum Erlass von Planungs-zonen, um den Vorzugseffekt zu verhindern. «Das Instrument der Planungszone existiert vor allem zu diesem Zweck», sagt Trachsel. Inzwischen machten auch viele Gemeinden Gebrauch davon.

Alpiner Musterknabe vor neuen Herausforderungen

Die Bündner Raumplanung ist auf guten Wegen: In einem Kantonevergleich von Avenir Suisse landet Graubünden auf dem sechsten Platz. Gelobt wird vor allem der Umgang mit potenzialarmen Räumen und den Zweitwohnungen.

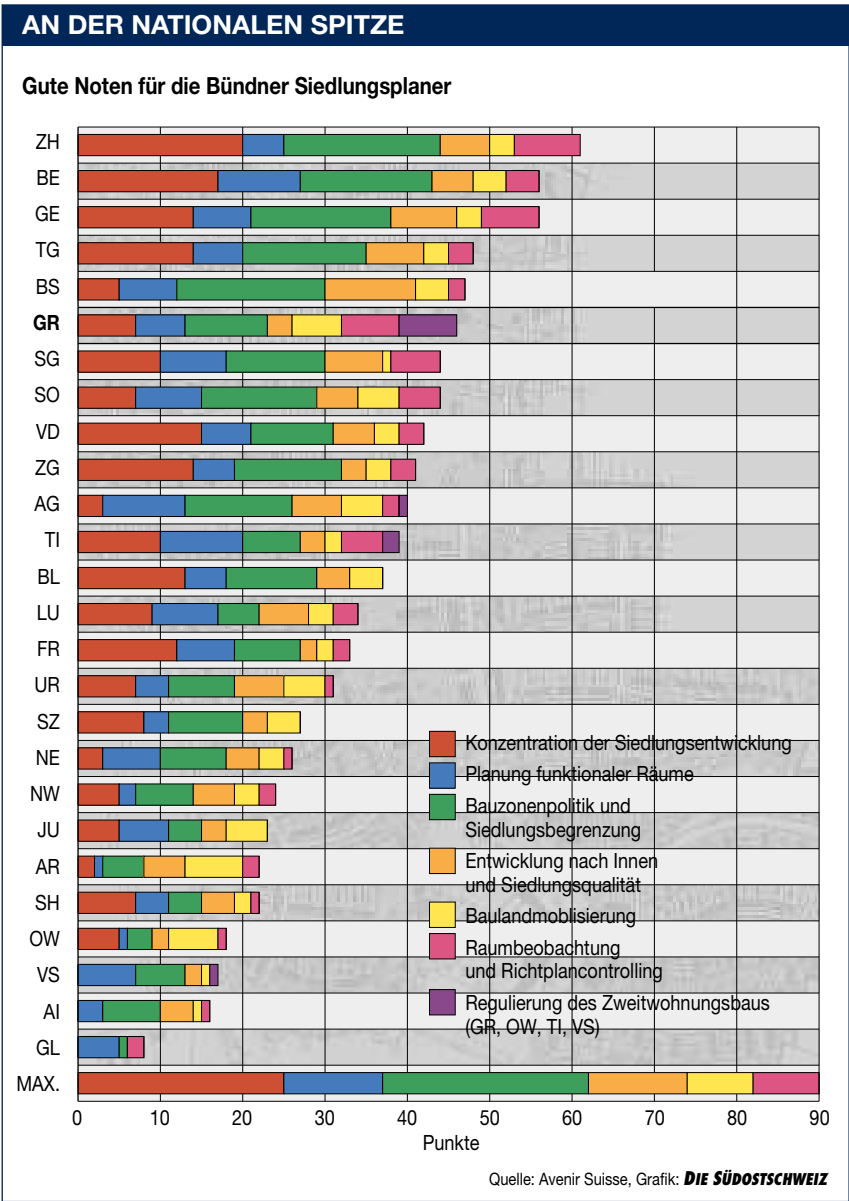
Von Olivier Berger

Zürich/Chur. – Eine «entwickelte Planungskultur» ortet Avenir Suisse in Graubünden. Und «die Bereitschaft, schwierige Probleme anzugehen». Tatsächlich erhält die Bündner Raumplanung von der Zürcher Denkfabrik gute Noten: In einem vergangene Woche veröffentlichten Vergleich zwischen allen Schweizer Kantonen liegt Graubünden nicht nur an insgesamt sechster Stelle, sondern auch klar an der Spitze des gesamten Berggebiets. Vor Graubünden konnte sich aus der ländlichen Schweiz lediglich Thurgau platzieren.

«Stellt sich den Problemen»

Vor allem zwei Punkte seien es, welche Graubünden den Spitzenrang eingebracht hätten, sagt Daniel Müller-Jentsch, Mitverfasser der umfangreichen Untersuchung: der Umgang mit potenzialarmen Räumen und mit der Zweitwohnungsproblematik. Die Beispiele zeigten auch, wo die Unterschiede zwischen Graubünden und dem auf dem drittletzten Platz klassierten Wallis lägen. Topografisch und von der Struktur her liessen sich die beiden Kantone zwar vergleichen.

Graubünden aber stelle sich den Problemen, während im Wallis eine «Laisser-faire-Politik» herrsche. Für Müller-Jentsch ist denn auch klar, dass «Graubünden vieles richtig macht». Ein gutes Zeugnis erhält Graubünden in der Avenir-Suisse-Studie deshalb auch für den Umgang mit Bauzonen und die Siedlungsbegrenzung sowie für die Mobilisierung bereits eingezonten Baulands. Letzteres, obwohl Graubünden zu jenen Kantonen gehört, welche den Auftrag im nationalen Steuerharmonisierungsgesetz umsetzt, nicht überbautes Bauland statt zum landwirtschaftlichen Ertrags- zum höheren Verkehrswert zu besteuern. Allerdings, sagt Toni Hess, Leiter des Rechtsdiensts bei der kantonalen Steuerverwaltung, besteuere man umgezontes Landwirtschaftsland nicht durchs Band nach dem Agrar-Steuersatz. Je nach Ausgangslage und Zeitpunkt von Landerwerb und Umzonung werde ein Mischsatz aus Ertrags- und Verkehrswert angewendet. **Trachsel sieht sich bestätigt** Beim zuständigen kantonalen Departement für Volkswirtschaft und Soziales sieht man die Ergebnisse der Studie mit Genugtuung. «Wir stehen im Vergleich gut da», sagt Regierungsrat Hansjörg Trachsel. Trachsel sieht sich in seiner Politik der vergangenen Jahre durch das Papier bestätigt. «Es zeigt sich, dass es richtig war, die Problematiken von potenzialarmen Räumen und Zweitwohnungen frühzeitig anzugehen.» Als er die beiden Themen in den vergangenen zwei Jahren for-



ciert habe, sei er von politisch Gleichgesinnten sogar gewarnt worden. «Man hat geglaubt, dass es unklug sei, das vor den Wahlen zu thematisieren.» Die Studie aus Zürich zeige nun, dass die Entscheidung richtig gewesen sei, Zweitwohnungen und potenzialarme Räume politisch aufzugreifen. **Verdichtung nach innen kommt** Bei allem Lob in der Studie warnt Verfasser Müller-Jentsch Graubünden davor, sich jetzt auf den Lorbeeren auszuruhen. Das Papier zeige, dass viele mögliche Instrumente der Siedlungssteuerung in allen Kantonen noch nicht ausgeschöpft würden (siehe Grafik). Tatsächlich erreiche selbst Spitzenreiter Zürich nur gut 60 von 90 möglichen Punkten. In Graubünden sieht Müller-Jentsch vor allem in der Verdichtung nach innen noch Nachholbedarf. «Grosse Herausforderungen werden sich in den kommenden Jahren beispielsweise im Churer Rheintal stellen.» Im wirtschaftlichen Motor des Kantons gehe es darum, überregional zu planen, um einen guten Mix aus Wirtschafts-, Wohn- und Erholungsräumen zu schaffen. Regierungsrat Trachsel ist sich der Herausforderungen durchaus bewusst. Die kantonale Raumentwicklung trete gewissermassen in eine neue Phase ein. «Die kommenden zehn Jahre wird uns die innere Verdichtung tatsächlich stark beschäftigen.» Bereits jetzt helfe der Kanton auch bei der Umnutzung und Verdichtung von nicht mehr genutzten Arealen zum Beispiel auf Bahnhöfen mit.



Montag
5. Juli 2010

Fr. 3.00, Ausland: € 2.30 / AZ 8021 Zürich
118. Jahrgang Nr. 152 – Auflage 209 297

Männerärztin Wie das starke Geschlecht reagiert, wenn der Urologe eine Frau ist. Eine Ärztin erzählt. 27

Libyen Ein Schweizer Pilot, der für eine libysche Ölfirma arbeitete, musste ebenfalls um seine Ausreise bangen. 5

Rafael Nadal In Wimbledon gewann der Spanier seinen 8. Major-Titel. 44



Festbude Zürich



Foto: Nicola Pitaro

An einem perfekten Sommerwochenende strömten zwei Millionen Besucher an das Züri-Fäscht rund um das Zürcher Seebecken. Die Organisatoren zogen eine positive Bilanz über die drei «Feier»-Tage. (TA) – Seite 13, 14

Heute

Passagierrechte Wie Kunden von Air Berlin zu ihrem Recht kamen

Zuerst die Verspätung, dann die Annullierung des Flugs: Für 100 Passagiere zog sich die Rückkehr von Berlin nach Zürich mit Air Berlin über zwei Tage hin. Obwohl die Passagiere in solchen Fällen klare Rechte haben, hat sich die Airline nicht an alle Vorschriften gehalten. Mit ein Grund ist, dass die wenigsten Flugkunden Bescheid wissen. Der «Tages-Anzeiger» zeigt an diesem Fall, wie man zu seinem Recht kommt. – Seite 23

Fussball-WM Demütigung für Maradona und Argentinien

Morgen Dienstag steht der erste Halbfinal an, Uruguay trifft als letztes südamerikanisches Team auf Holland. Am Mittwoch kommt es zwischen Deutschland und Spanien zur Neuauflage des EM-Finals 2008, den Spanien 1:0 gewann. Dank einer mitreissenden Leistung deklassierten die Deutschen den argentinischen WM-Favoriten 4:0. Damit wurde auch Diego Maradonas Ansehen als Coach schwer ramponiert. – Seite 35 bis 37

Zürich Knabe von einem Eisenschild beinahe erschlagen

Ein Knabe ist am Samstagnachmittag in Schlieren von einer Stahltafel am Kopf getroffen worden. Der 9-Jährige wurde mit schweren Verletzungen ins Spital gebracht. Vier weitere Kinder wurden von der Tafel getroffen und ebenfalls verletzt. Die Kinder waren an einer Geburtstagsfeier im Stadtpark. Weshalb sich das Schild von der Fassade gelöst hatte, untersucht die Kantonspolizei derzeit. – Seite 15

Kantone lassen sich bei Einzonungen Milliarden entgehen

Durch Einzonung entsteht jedes Jahr ein Mehrwert in Milliardenhöhe – doch die Kantone gehen leer aus.

Von Beat Bühlmann

Das geltende Raumplanungsgesetz von 1980 schreibt den Kantonen vor, eine sogenannte Mehrwertabschöpfung vorzunehmen: Gewinnt Land durch Umzonung an Wert, müssen sie eine Abgabe erheben. Bis jetzt haben dies nur die Kantone Basel-Stadt und Neuenburg gesetzlich geregelt. Damit profitieren vor allem die Landwirte von neuen Bauzonen. Denn der Preis kann pro Quadratmeter von 10 auf bis zu 1000 Franken steigen.

Laut einer Studie der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung beläuft sich der Mehrwert durch Einzonungen in der Schweiz auf 1 Milliarde Franken pro Jahr. Dazu kommen weitere Wertsteigerungen durch höhere Ausnutzung, etwa bei Industriebrachen. Nur ein kleiner Teil des Wertgewinns wird durch die Grundstückgewinnsteuern oder vertragliche Vereinbarungen in den Gemeinden abgeschöpft.

Der kantonale Verzicht auf Abschöpfung von Planungsmehrwert sei «ein massives Vollzugsdefizit», kritisiert Daniel Müller-Jentsch von Avenir Suisse. Denn sie sei «eines der potenziell stärksten Instrumente in der Bauzonenpolitik». Die Abgabe könne dazu dienen, fäl-

lige Entschädigungen bei Rückzonungen zu begleichen. Diese wären schon lange nötig, weil die Reservezonen zu gross sind und oft am falschen Ort liegen.

Verena Diener interveniert

In der Raumplanung hätten nicht alle Kantone ihre Hausaufgaben gemacht, räumt Benjamin Wittwer, Direktor der kantonalen Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz, ein. «Wir haben das Defizit erkannt und bieten Hand für einen griffigen Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative.» Allerdings soll es den Kantonen überlassen bleiben, ob sie die Mehrwertabgabe einführen. Die Zürcher Ständerätin Verena Diener (GLP) hat jedoch in der ständerätlichen Umweltkommission beantragt, diese Abgabe verbindlicher zu regeln. «Sie ist zwingend nötig, wenn wir die Bauzonen redimensionieren wollen», sagt die ehemalige Zürcher Regierungsrätin.

Die Bauzonen wachsen weiter

Kommentar: Die Kantone dürfen sich nicht länger um Bundesgesetz foutieren. – Seite 2

Die meisten Kantone verfügen über zu grosse Bauzonenreserven. – Seite 3

Geheimdienst muss vorsichtiger fichieren

Geheimdienst-Chef Markus Seiler reagiert auf die Kritik an der Fichenpraxis seiner Spione. Er hat diese letzten Freitag angewiesen, bei der Datenbearbeitung ab sofort eine restriktivere Linie zu verfolgen. Dazu gehört, dass bestehende Einträge im Zweifelsfall zu löschen sind, wie das Verteidigungsdepartement einen Bericht der «NZZ am Sonntag» bestätigte. Neue Fichen sollen zudem nur angelegt werden, wenn es für den Staatsschutz wirklich nötig ist. So verlangt es auch das Gesetz, an das sich der Geheimdienst bisher nicht gehalten hat.

Den Geschäftsprüfern des Parlaments reicht dieser Schritt indes nicht. Sie verlangen die sofortige Sperrung all jener 110 000 Einträge, die seit über fünf Jahren unüberprüft im Archiv lagern. Auf eine solche Sperre hat Seiler indes vorerst verzichtet. (fri) – Seite 5

Komorowski neuer Präsident Polens

Polen hat drei Monate nach dem Tod von Staatspräsident Lech Kaczynski einen Nachfolger bestimmt. Sieger der Stichwahl vom Sonntag ist voraussichtlich der liberale Bronislaw Komorowski. Dies zeigten erste Prognosen nach der Schliessung der Wahllokale.

Laut den Berechnungen des staatlichen Fernsehsenders TVP aufgrund von Wählerbefragungen lag der derzeitige Übergangspräsident mit rund 53 Prozent klar in Führung. Gemäss den Prognosen konnte der 58-Jährige 6 Prozent mehr Stimmen auf sich vereinen als sein nationalkonservativer Rivale Jaroslaw Kaczynski. Der Zwillingbruder des bei einem Flugzeugabsturz getöteten früheren Staatschefs Lech Kaczynski gratulierte Komorowski bereits nach der Veröffentlichung der Prognosen zum Sieg. (SDA) – Seite 7

Kommentare & Analysen

«Die Vitalität der Kirche ist auf dem Tiefpunkt.»

Michael Meier über die Position der Katholischen Kirche nach der Berufung von Kurt Koch. – Seite 9

Pattsituation im Nahost-Konflikt: Palästinenser und Israeli sehen sich beide als Opfer. – Seite 9

Heute im Kulturteil

Wie in alten Zeiten: Die Hip-Hopper von Sens Unik bei ihrem Auftritt in Zürich. – Seite 27

Auf SF1 startet die Dokusoap «Üsi Badi». Die Protagonisten: Geistig Behinderte. – Seite 29

Service

Wetter	10
Leserbriefe	11
Todesanzeigen	20
Rätsel	26
Veranstaltungen	32
Fernsehprogramme	38, 39



9 771422 999005

Abo-Service 044 404 64 64, www.tagesanzeiger.ch/abo
Redaktion 044 248 44 11, redaktion@tages-anzeiger.ch

Inserate Tel. Annahme: 044 248 41 41 (8–12.15 und 13–17.30 Uhr), www.adbox.ch, inserate@tages-anzeiger.ch
Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Briefe: Postfach, 8021 Zürich

Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnetz.ch



Kommentar

Beat Böhmann über die
Versäumnisse in der Raumplanung.

Schlendrian der Kantone stoppen

Wer es bis anhin nicht wahrhaben wollte, kann es jetzt in einer unverdächtigen Studie von Avenir Suisse nachlesen. Ein Teil der Kantone foutiert sich in der Raumplanung seit Jahren um Bundesrecht. Von einer haushälterischen Nutzung des Bodens kann nicht die Rede sein. Die Zersiedlung geht weiter.

In Appenzell Ausserrhoden geht die Bevölkerungszahl zurück, und trotzdem wächst die Siedlungsfläche um 5 Prozent. Entwickelt sich die Bevölkerung im Wallis wie erwartet, reichen die Bauzonenreserven für 55 Jahre - laut Raumplanungsgesetz dürften sie höchstens auf 15 Jahre ausgelegt sein. Das kümmert auch den Kanton Waadt nicht. Dort haben die Gemeinden ihre Ortsplanungen erst zu revidieren, wenn die Baureserven den Bedarf für die nächsten 30 Jahre übersteigen. «Es ist verblüffend, dass der Kanton offiziell den Richtwert für Massnahmen gegen die Überdimensionierung doppelt so hoch wie nach geltendem Bundesrecht ansetzt», konstatieren die Studienverfasser von Avenir Suisse.

Dieser Schlendrian in Sachen Raumplanung ist notorisch. Dazu passt, dass die

Mehrwertabschöpfung systematisch hintertrieben wird. Einerseits können Private - vor allem Bauern - bei Einzonungen ungeniert Millionengewinne einstecken. Andererseits muss der Staat Grundeigentümer entschädigen, wenn Auszonungen anstehen. Diese Privilegien für den neuen Landadel sind nicht nur höchst ungerecht, sie sind ökonomisch auch unsinnig. So fehlt das Geld, um längst fällige Auszonungen zu bezahlen. Und die Baulandreserven bleiben dort am grössten, wo der Bedarf am kleinsten ist: in den Randgebieten.

Ob es den Parlamentariern in Bern dämmert, dass eine griffigere Raumplanung nötig ist, bleibt fraglich. So hat die nationalrätliche Umweltkommission entschieden, Artikel 5 zur Mehrwertabgabe zu streichen - mit der skandalösen Begründung, wenn 24 von 26 Kantonen diesen Gesetzesauftrag nicht erfüllten, stelle er wohl «keine zwingende Notwendigkeit» dar. Vielleicht vermag der Ständerat die Verluderung des Rechtsstaates zu korrigieren. Wenn nicht, hat es das Volk mit der Landschaftsinitiative in der Hand, zum Rechten zu sehen.

Schweiz

Bauern sacken Bauland-Profit ohne Abgaben ein

Obschon im Raumplanungsgesetz seit 30 Jahren vorgeschrieben, verzichten die meisten Kantone auf die Mehrwertabschöpfung. So entgehen ihnen Milliarden. Das Geld könnten sie für dringend nötige Rückzonungen verwenden.

Von Beat Bühlmann

Die Raumplanung obliegt den Kantonen und «dient der zweckmässigen und haushälterischen Nutzung des Bodens». So steht es in der Bundesverfassung. Die Realität sieht anders aus. Die Zersiedlung geht ungebremsst weiter, pro Jahr werden 27 Quadratkilometer überbaut – eine Fläche, grösser als der Walensee. Noch gravierender: Die Bauzonenreserven der Kantone sind überdimensioniert und böten Platz für weitere 1,4 bis 2,1 Millionen Einwohner (siehe Grafik). Der Sachbereich «mit dem wohl eklatantesten Vollzugsdefizit» sei die Bauzonenpolitik, wirft denn auch die Denkfabrik Avenir Suisse in ihrer neusten Studie den Kantonen vor (TA vom 25. Juni).

Laut Bundesgericht müssten überdimensionierte Bauzonen korrigiert werden. «Eine Redimensionierung der Bauzonen wäre also in vielen Teilen des Landes angezeigt», sagt Daniel Müller-Jentsch, Studienverfasser von Avenir Suisse. «Trotzdem hat bisher nur ein Drittel der Kantone Massnahmen ergriffen, um sich dieser Herausforderung zu stellen.» Zudem seien die Lösungsansätze meist halbherzig.

«Astronomische Gewinne»

Es gäbe durchaus raumplanerische Instrumente, um das Horten von Bauland zu unterbinden. So erliess Appenzell Innerrhoden eine Regelung, die eine Verjährung der Bauzonen vorsah – sie wurde allerdings nie angewandt und wieder abgeschafft. Laut Steuerharmonisierungsgesetz müssten unbebaute Grundstücke in der Bauzone nach Verkehrswert und nicht zum deutlich niedrigeren landwirtschaftlichen Ertragswert besteuert werden. Doch nur etwa die Hälfte der Kantone hat diese Vorgabe

erfüllt – die säumigen Kantone hatten keine Sanktionen zu gewärtigen. Fast alle Kantone verzichten auch darauf, den Planungsmehrwert abzuschöpfen. Nur Basel-Stadt und Neuenburg sind dem vor 30 Jahren erlassenen Gesetzesauftrag bisher nachgekommen.

Dabei führt die Umwandlung von Landwirtschafts- in Bauland zu «astronomischen Gewinnen», wie Enrico Riva, Ordinarius für Öffentliches Recht an der Universität Basel, anmerkt. Ein Bauer, der für einen Quadratmeter Land 1000 statt bloss 10 Franken löst, kann bei einer Liegenschaft von mehreren Hektaren einen Millionengewinn einstreichen. «Das ist ein Geschenk des Staates», sagt Riva.

Unverdienter Wertzuwachs

Genau Zahlen über den privatisierten Mehrwert durch Einzonungen oder höhere Ausnutzungen liegen nicht vor. Die Schweizerische Vereinigung für Landesplanung (VLP) geht davon aus, dass der allein durch Einzonungen geschaffene planungsbedingte Mehrwert in der Schweiz «wohl eher über als unter einer Milliarde Franken liegen» dürfte – pro Jahr. Von diesen Einzonungen profitiert vor allem die kleine Bevölkerungsgruppe der Landwirte.

Dieser Wertzuwachs durch einen staatlichen Verwaltungsakt ist «unverdient», das heisst: die Privatpersonen tragen nichts dazu bei. Dennoch verzichten fast alle Kantone auf eine Abgabe. Dabei wäre laut Bundesgericht eine Mehrwertabschöpfung von bis zu 60 Prozent mit der in der Verfassung verankerten Eigentumsgarantie durchaus vereinbar. Umso stossender erscheint, dass Kantone und Gemeinden umgekehrt allfällige Rückzonungen zu entschädigen



Eingezonte grüne Wiese: Baugespanne in Meggen LU. Foto: Stefano Schroeter/AURA

haben. «Diese Asymmetrie zwischen der Privatisierung von Planungsmehrwert und der Sozialisierung von Planungsminderwert macht weder ökonomisch noch planerisch Sinn», konstatiert Müller-Jentsch von Avenir Suisse.

«Diese Praxis widerspricht dem Gerechtigkeitsgefühl», sagt auch VLP-Direktor Lukas Bühlmann. Er selber hielte eine Mehrwertabschöpfung von 40 bis 60 Prozent für Einzonungen auf der grünen Wiese für gerechtfertigt. Bei Um- und Aufzonungen im bestehenden Baugebiet sollten die Ansätze tiefer sein, um diese Entwicklung zu begünstigen.

Längst fällige Rückzonungen

In einzelnen Kantonen, etwa in Bern, können zwar Gemeinden in eigener Regie die Gewinne teilweise in die eigene Kasse abführen. Doch auf kantonaler Ebene sind in jüngster Zeit alle Versuche gescheitert, die Mehrwertabgabe einzuführen. Dabei wäre die Abschöpfung der Planungsgewinne laut Avenir Suisse eines der potenziell stärksten Instrumente der Bauzonenpolitik. «Mit dem

Geld aus der Mehrwertabschöpfung könnten die Entschädigungen für die längst fälligen Rückzonungen finanziert werden», sagt Müller-Jentsch. Denn die Abgabe habe auch einen strategischen Lenkungseffekt. «Wir können die überdimensionierten Bauzonen im ländlichen Raum in die Zentren verschieben, wo der Bedarf am stärksten ist.»

Wie stark die Mehrwertabschöpfung den Bodenverbrauch eindämmen könnte, ist offen. Enrico Riva etwa hält die «Bremswirkung für bescheiden». Ohne diese Abgabe sei jedoch die Landschaftsinitiative kaum umzusetzen. Sie verlangt ein 20-jähriges Moratorium für Bauzonen. Das heisst: Damit dort gebaut werden kann, wo der grösste Bedarf besteht, müssen andernorts zu grosse Bauzonen zurückgefahren werden.

«Mit der Mehrwertabschöpfung können sich die Kantone die Entschädigungszahlungen für solche Rückzonungen leisten», sagt Otto Sieber, Zentralsekretär von Pro Natura. «Ohne diese Abgabe besteht die Gefahr, dass die Raumplanungsrevision toter Buchstabe

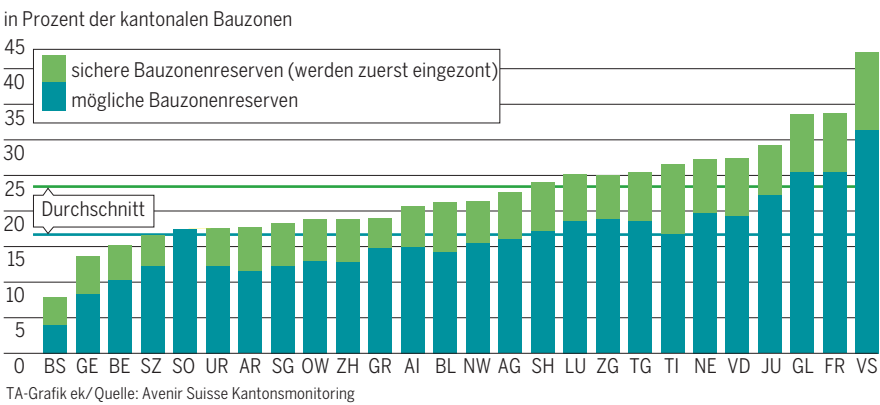
bleibt», bestätigt VLP-Direktor Bühlmann. «Die Gemeinden können die Rückzonungen nicht finanzieren.»

Uneiniges Parlament

Im Parlament steht die Mehrwertabschöpfung allerdings nicht hoch im Kurs. Die nationalrätliche Umweltkommission hat eine parlamentarische Initiative von Peter Malama (FDP, BS) gutgeheissen, mit der der entsprechende Artikel im Raumplanungsgesetz gestrichen werden soll. Es handle sich ja um eine ordnungspolitische Vorschrift, die von der erdrückenden Mehrheit der Kantone und mit stillschweigender Duldung des Bundes seit Jahrzehnten nicht umgesetzt werde, argumentiert Malama.

In der ständerätlichen Umweltkommission, die derzeit die Teilrevision des Raumplanungsgesetzes behandelt, will hingegen die grünliberale Zürcher Ständerätin Verena Diener die Mehrwertabschöpfung für alle Kantone verbindlicher regeln. Wie hoch die Abgabe sein soll, lässt sie offen. «Sie müsste jedoch spürbar sein», sagt Diener.

Die Bauzonenreserven der Kantone



Christliche Gotteskrieger proben den Guerillakrieg

Die militante christliche Gruppe Adullam nations will mit Waffengewalt die Schweiz vor fremden Mächten verteidigen. Hauptfeinde sind EU und Uno.

Von Hugo Stamm

Die Gruppierung Adullam nations hat sich zum Ziel gesetzt, «den Widerstand gegen die neue Weltordnung aufzubauen», schreibt Pastor Cédéric J. Stoller auf seiner Website. (Er ist nicht zu verwechseln mit dem Radrennfahrer Cédric Stoller.) Aufgabe sei die Bildung von «regionalen Widerstandsgruppen». Den Text zierte ein Emblem mit einem Lorbeerkranz und einem Kreuz, aus dem eine Faust ragt. Auf einem Foto sitzt der junge Pastor im Kampfanzug, in der Hand ein Gewehr, den Finger am Abzug.

Die Spurensuche nach der Widerstandsgruppe verläuft ergebnislos. Kein Wunder, versteht sich Adullam nations doch als «christliche Milizen im Untergrund». Der einzige konkrete Hinweis: Der Hauptsitz ist in Windisch AG. Dass die Organisation tatsächlich einen christlichen Hintergrund hat, zeigt der Hinweis, Adullam nations sei Teil der freikirchlichen evangelikalen Gemeinschaft.

Gegründet wurde Adullam nations Anfang dieses Jahres. Der Pastor stellte mehrere Texte ins Netz, in denen er seine Strategie erklärt. Als der «Tages-Anzeiger» mit seinen Recherchen begann, wurde die Website (www.christliche-identitaet.ch) gelöscht. Ob ein Zusammenhang besteht, lässt sich nicht ausmachen. Verschwunden ist auch die anonyme Mailadresse.

Der Kampf der christlichen Nationalisten gilt den Mächten, die nach dem «(Welt-)Einheitsreich» strebten und unsere nationale Identität zerstören wollen. In dieses Verschwörungskonstrukt werden auch die EU und die Uno gezwängt. Das führe zu einer neuen Weltordnung. Die Einheitswährung des Euro sei ein Schritt in diese Richtung.

Apokalyptische Ideen

Weiter bringt Adullam nations apokalyptische Ideen ins Spiel: In der Johannes-Offenbarung werde die Bildung antichristlicher Einheitsorganisationen als Zeichen der Endzeit gewertet. Adullam nations will aus seinen Kriegern Märtyrer machen: Es brauche Gotteskrieger, die bereit sind, «dem Freiheitskampf mehr Wert zu geben als dem eigenen Leben».

Die Ideologie von Adullam nations besteht aus einer Mischung von Verschwörungsideen, Endzeitfantasien und christlichem Fundamentalismus.

Die moralische Legitimation für seinen bewaffneten Abwehrkampf gegen die angeblichen antichristlichen Kräfte holt der Pastor mit dem kurzen Haarschnitt und dem grimmigen Blick aus der Bibel.

Die Waffenrüstung Gottes

«Die Armee Gottes braucht dich!», titelt Stoller. Schon in der Bibelstelle Epheser 6,13 würden die Christen dazu aufgerufen, «die symbolische Waffenrüstung Gottes anzuziehen, um mit voller Siegesgewissheit in den Kampf zu ziehen und in der Armee Gottes tätig zu sein». Als Vorbild führt der Pastor Jesus Christus an, der in Matthäus 10,34-36 gesagt habe: «Ich bin nicht gekommen, Frieden auf Erden zu bringen, sondern das Schwert.»

Das Rezept von Adullam nations klingt nach einer Art Guerillakrieg. Die Organisation erklärt, sie baue im Geheimen kleine Kampfeinheiten (Milizen genannt) auf. Sobald eine Miliz ihre Ausbildung abgeschlossen habe, vernichte die Gruppierung aus Sicherheitsgründen jegliche Daten.

Adullam nations behauptet, Gott erfreue sich am aktiven Glaubenskampf, und nimmt dafür die Bibel als Richtschnur (2. Könige 23,25). Deshalb müssten Christen den Kampf «in der Armee Gottes umsetzen, und zwar in aktiver, ja sogar militanter Weise».

Nachrichten

Armee

Armeechef Blattmann verteidigt Beraterauftrag

Armeechef André Blattmann verteidigt einen umstrittenen Beraterauftrag. Blattmann wurde kritisiert, weil er an einen Informatiker einen Auftrag vergeben hatte, ohne eine öffentliche Ausschreibung durchzuführen. Der Mann erhielt zwischen 2008 und 2010 total 740 000 Franken. Weil Blattmann den Informatiker aus dem Militärdienst kannte, wurde der Ruf der Vetterwirtschaft laut. Dagegen wehrte sich Blattmann gestern in einem Interview mit dem Schweizer Fernsehen. Der Vorwurf gehe «an die Ehre». Er sei froh, wenn die Vorgänge von unabhängiger Stelle kontrolliert würden. Bundesrat Ueli Maurer stellte sich hinter den Armeechef. «Ich war immer einverstanden mit Herrn Blattmann», sagte er dem Westschweizer Fernsehen. Es habe sich um eine ausserordentliche Situation gehandelt, und er sei stets informiert gewesen. Danach gefragt, ob eine Missachtung der WTO-Regeln nicht gravierend sei, sagte Maurer: «Wenn es nötig ist, sind manchmal Ausnahmen angezeigt.» (SDA)

Eidgenössisches Schützenfest Bundespräsidentin Leuthard lobt Tugenden der Schützen

Die Stadt Aarau stand gestern ganz im Zeichen des Eidgenössischen Schützenfestes. Bundespräsidentin Doris Leuthard lobte in ihrer Festansprache die Tu-

genden der Schützen. Knapp 70 Formationen marschierten bei einem Umzug durch die Garnisonsstadt. Schützinnen und Schützen seien «verantwortungsbewusst, mit ruhiger Hand und scharfem Blick», sagte Leuthard. Die Schweiz brauche mehr «Menschen, die auch dann zupacken, wenn nicht der grosse Bonus lockt». Wer hyperaktiv reagiere, im Schiessstand oder in der Politik, verfehle das Ziel. Das Schützenfest dauert noch bis zum 18. Juli. Seit gut zwei Wochen sind die Wettkämpfe im Gang. Insgesamt messen sich 45 000 Schützinnen und Schützen. (SDA)

Fall Adamow

Früherer Atomminister Adamow auf Bewährung frei

Russlands früherer Atomminister Jewgeni Adamow wurde in seiner Heimat wegen Veruntreuung und Betrugs verurteilt. 2008 hatte ein Moskauer Gericht eine Gefängnisstrafe von fünfeinhalb Jahren ausgesprochen. Zwei Monate später wurde die Strafe in vier Jahre auf Bewährung umgewandelt. Der 71-Jährige lebt daher in Freiheit, aber nicht in «Amt und Würden», wie es sein früherer Schweizer Anwalt Stefan Wehrenberg sagte (TA vom Samstag). Der Fall erregte vor fünf Jahren Aufsehen, weil die Schweizer Behörden Adamow auf Antrag der USA festgenommen hatten. Der Ex-Minister wehrte sich jedoch gegen die Auslieferung und wurde nach acht Monaten Haft den russischen Behörden übergeben. (len)

«Im Nachholbedarf liegt unsere Schwäche»

Damian Jerjen, Chef der Dienststelle für Raumentwicklung, zu den Schwächen der Walliser Raumplanung

Walliser Bote: Die Walliser Raumplanung erhält schlechte Noten. Ist sie so schlecht, wie die Studie von Avenir Suisse dies aufzeigt, oder ist sie besser als ihr Ruf?

Damian Jerjen: «Die Studie von Avenir Suisse bringt vor allem bereits Bekanntes an den Tag. Die Studie weist aber auch Mängel auf: Die Analyse ist rückwärtsgerichtet. Laufende Bestrebungen wurden nur ungenügend berücksichtigt. Aber wir betrachten die Studie als konstruktive Kritik, wir können davon lernen – auch von den Kantonen, die besser dastehen. Wir befinden uns jetzt mitten im Reformprozess, welcher von Staatsrat Jean-Michel Cina eingeleitet wurde.»

Sie sind seit dem vergangenen September 2009 Chef des Raumplanungsamtes. Damit sind Sie gefordert. Welche Prioritäten setzen Sie sich?

«Die letzten Monate dienten uns – neben den laufenden Arbeiten – unter anderem zur Vorbereitung des Reformprojektes zur Gesamtüberarbeitung der kantonalen Richtplanung. Der Staatsrat hat die Raumentwicklung zu einem der Schwerpunktprojekte der laufenden Legislatur erklärt. Das Projekt ist im Frühjahr angelaufen und wird über vier Jahre dauern. Im Rahmen dieses Projektes werden auch die Schwächen aufgenommen. So ist es vorgesehen, die strategische Ebene des Richtplanes zu stärken, indem ein Raumentwicklungskonzept erarbeitet wird.

”

Auf der strategischen Ebene haben wir also eindeutig Nachholbedarf, da liegt unsere grosse Schwäche

“

Als Konsequenz der Reformen, die in der Regionalpolitik realisiert wurden, ist auch eine Stärkung der regionalen Ebene in der Raumplanung denkbar. Der Grosse Rat wird zudem voraussichtlich im Herbst über das kantonale Agglomerationsgesetz beraten. Dieses Gesetz sieht eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden der Agglomerationen vor. Insbesondere in den Bereichen Raumentwicklung und Mobilität sollen gemeinsame Richtlinien erarbeitet werden. Hier weisen wir einen Rückstand auf, den wir jetzt aufholen müssen. Denn Raumplanung hat mit strategischen Optionen zu tun, für die man sich entscheiden muss. Was heute fehlt, ist ein Zukunftsbild für die Raumentwicklung in unserem Kanton. Es braucht dazu politischen Willen. Das kann der Kanton nicht allein machen. Die Bildung eines Steuerungsausschusses unter der Leitung von Staatsrat Jean-Michel Cina und unter Einbezug der Gemeinden stellt einen wichtigen konkreten Schritt dar.»

Wird der Walliser Talgrund in einem oder zwei Jahrzehnten insgesamt so aussehen wie zwischen Brig und Visp, wo nur noch die Lanza-Deponie den Siedlungs- und Hallenbrei unterbricht...

«Das ist eine einseitige Sicht. Sie betrachten dieses Gebiet



Reformen laufen: Damian Jerjen, Chef der Dienststelle für Raumentwicklung.

Foto wb

einzig aus der Optik der linken Rhoneseite. Hier muss differenziert werden: Auf der rechten Seite haben wir mit dem Gebiet von Gamsen über Brigerbad bis Lalden ein kleines, aber ganz feines Naherholungsgebiet. Dieses Potenzial wird im Rahmen der dritten Rhonekorrektur weiter aufgewertet. Das ist ein naturnaher Raum. Auf der linken Seite freilich sieht es anders aus. Aber da ballen sich auch Infrastrukturwerke. Wir brauchen sie, selbst wenn sie keinen schönen Anblick bieten mögen. Der Talgrund zwischen Turtmann und Susten und zwischen Visp und Raron ist noch weitgehend intakt. Diese Landschaften sind wertvoll und wir müssten sie vor einer Überbauung bewahren. Das müsste Bestandteil eines Raumentwicklungskonzeptes sein. Unser Glück ist, dass wir dank den grossen Bauzonenreserven genügend Platz haben für die weitere Entwicklung.»

Was empfinden Sie, wenn entlang der Kantonsstrasse die letzten Pappeln und damit eines der letzten landschafts-

prägenden Elemente umgeholt wird?

«Pappelalleen prägen die Landschaft. So viel ich weiss, werden diese Bäume aus Sicherheitsgründen abgeholzt. Das ist sicher ein Verlust. Aus meiner Sicht gehören im Talgrund im Oberwallis aber mindestens auch die Rhone sowie der Pfynwald zu den landschaftsprägenden Elementen.»

Die Dorfkerne in den meisten traditionell gewachsenen Dörfern entvölkern sich. Dort stehen viele alte Wohnhäuser leer, auch stehen dort oft Dutzende von ungenutzten Ökonomiegebäuden. Dafür werden in der Maiensäss- und Erhaltungszone Hunderte von Stallscheunen zu schnusigen Ferienchalets umgebaut. Da entstehen Feriendörfer ohne jegliche Infrastruktur. Ist das eine gute Entwicklung?

«Sicher nicht. Das ist eine schlechte Entwicklung. Maiensässzonen sind keine Bauzonen. Aber wir haben – neben den Lücken in den Gesetzen und Reglementen – auch ein Vollzugsdefizit. Gerade in Bezug auf die In-

nenentwicklung der Siedlungen tut sich jedoch einiges. Angefangen mit den Agglomerationsprojekten bis hin zu den verschiedenen Massnahmen, die in den Gemeinden zur Revitalisierung der Dorfkerne ergriffen werden. Die Revitalisierung der Dorfkerne ist auch eine der Massnahmen unserer Dienststelle in Zusammenarbeit mit den Regionen. Wir unterstützen hier mehrere Projekte. Aber dazu braucht es eine ganze Reihe von Massnahmen, um die heutige ungute Entwicklung zu korrigieren.»

”

Sie sollen dazu beitragen, dass das Bauen in den alten Dorfteilen wieder attraktiver wird

“

Der Kanton betont bei jeder Gelegenheit, dass die Orts- und damit auch ein wichtiger Teil der Raumplanung Gemeindesache sei. Ist das nicht

eine billige Ausrede?

«Es ist sicher ein Teil der Erklärung für die Raumentwicklung im Wallis. Traditionell ist der Grad an Gemeindeautonomie bei uns sehr stark entwickelt. Die Gemeinden sind im schweizerischen Vergleich eher klein. Hinzu kommt der hohe Anteil an Grund- und Wohneigentum. Alles Faktoren, die es nicht gerade erleichtern, die Siedlungsentwicklung zu begrenzen oder zu lenken. Schlussendlich wurden aber alle Zonennutzungspläne vom Kanton homologiert. Der Kanton kann und will sich nicht aus der Verantwortung stehlen. Es ist aber auch zu sagen, dass die meisten Ortsplanungen aus der Zeit vor der Raumplanungsgesetzgebung stammen. Gemeindefusionen sind auch keine allgemeingültige Lösung, denn grössere Gemeinden bieten noch lange keine Gewähr dafür, dass die Orts- und Raumplanung besser umgesetzt wird oder dass mit dem verfügbaren Raum ein vernünftigerer Umgang gepflegt wird.»

Immer wieder werden in der Landwirtschaftszone Unter-

stände für Fahrzeuge bewilligt oder auch Stallungen, die aussehen wie die berühmte Faust aufs Auge. Ist so gesehen das ganze Kantonsgebiet eine Bauzone? Denn ausserhalb der Bauzone darf man ja auch noch kleine Rebhäuschen bauen und Geräteschuppen.

«Die gesetzlichen Rahmenbedingungen sind klar. Für Bauten ausserhalb der Bauzone müssen die Standortgebundenheit sowie ein Bedürfnis nachgewiesen werden. Das sagt Artikel 24 des Eidgenössischen Raumplanungsgesetzes. Für eine konkurrenzfähige Landwirtschaft braucht es entsprechende Bauten in der Nähe der bewirtschafteten Flächen. Bekannt sind auf der anderen Seite aber auch auf diesem Gebiet die Vollzugsdefizite in der Vergangenheit. Diese wurden ja auch von Avenir Suisse erwähnt. Die Kantonale Baukommission hat heute eine klare Haltung und sie fährt eine strikte Linie.»

Was halten Sie von der Idee, einfach den ganzen Talgrund bis auf eine Höhenquote von – sagen wir einmal 1000 Metern einfach auszubetonieren und dann zu verbauen oder mit Verkehrsflächen zu überziehen? Wir sind ja auf dem Weg zu diesem Endstadium...

«Ich bin überzeugt, dass dies nicht die Zukunft unseres Kantons ist. Sonst wäre ich nicht Kantonsplaner geworden. Die Sensibilität für die Fragen der Raumentwicklung in der Bevölkerung ist gestiegen. Die Bedeutung der Ressource Natur und Landschaft für einen Tourismus-kanton wie der unsere ist unbestritten. Wichtig ist eine enge Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden, den Regionen und dem Kanton, denn Raumentwicklung baut auf diese Partnerschaft und ist eine gemeinsame Verantwortung. Dazu kommt auch politischer Druck, wie zum Beispiel die Landschaftsinitiative der Umweltverbände.»

Das Walliser Raumplanungsamt ist laut der Studie von Economie Suisse in einem einzigen Punkt à jour: Es ist sehr gut mit Personal dotiert...

«Genau das Gegenteil ist der Fall. Die Dienststelle für Raumentwicklung zählt zurzeit zwölf Vollzeitstellen. Im schweizerischen Vergleich sind wir keineswegs überdotiert. Mein Kollege aus Zug beispielsweise hat in etwa gleich viele Mitarbeitende, obwohl Zug flächenmässig über 20 Mal kleiner ist. Nicht zu vergessen ist sodann unsere Zweisprachigkeit, die mit einem Mehraufwand verbunden ist. Für die Ortsplanung beispielsweise mit unseren fast 150 Gemeinden stehen uns nur drei Kreisplaner zur Verfügung.»

Da sind doch überall Konflikte, Defizite, fehlende Instrumente, Hemmnisse. Das politische Umfeld ist schwierig. Bedauern Sie nicht manchmal, dass Sie den Posten des Kantonsplaners angenommen haben? Schlafen Sie gut?

«Nein, ich bedauere es nicht. Der Reformdrang im Departement motiviert mich, jeden Tag mein Bestes für das Zukunftsland Wallis zu geben. Auch wenn das etwas naiv tönen mag, erlaubt dies mir ein unbeschwertes Herangehen an die Herausforderungen. Ich schaue vorwärts.»

Interview: Luzius Theler

Baselbiet verzichtet auf viel Geld

Basel-Stadt verlangt von Landbesitzern eine Mehrwertabgabe bei Umzonungen, das Baselbiet nicht

Baselbieter Gemeinden könnten das Geld gut gebrauchen, doch der Kanton ignoriert seit 30 Jahren das Raumplanungsgesetz zur Mehrwertabgabe.

VON MICHAEL NITTHAUS

«Wenn 24 von 26 Kantonen eine Vorschrift des Bundesgesetzes seit drei Jahrzehnten nicht umsetzen, ist nicht davon auszugehen, dass diese Einnahmen für deren Finanzhaushalte zwingend nötig sind.» So argumentiert der Basler FDP-Nationalrat Peter Malama in einer hängigen parlamentarischen Initiative. Er fordert kurzerhand die Streichung des entsprechenden Absatzes (siehe Kasten rechts). Die nationalrätliche Umweltkommission stimmte bereits zu.

Dabei könnte eine konsequent angewendete Mehrwertabgabe bei Ein- oder Umzonungen, wie sie nur Basel-Stadt und Neuenburg kennen, den Kantonen Unsummen einbringen. Zu diesem Schluss kommt die Schweizerische Vereinigung für Landesplanung (VLP). «Allein der durch Einzonungen von Landwirtschafts- in Bauland geschaffene Mehrwert in der Schweiz dürfte eher über als unter einer Milliarde Franken liegen – pro Jahr», schätzt die VLP gegenüber dem «Tages-Anzeiger».

«UMGEZONTES LAND gewinnt in erster Linie durch eine Leistung der öffentlichen Hand an Wert. Deshalb wäre es auch richtig, wenn diese am Mehrwert einen Anteil hat», zeigt sich Grünen-Landrat Isaac Reber gegenüber der «Sonntag bz» mit der Baselbieter Handhabung unzufrieden. Wer Land besässe, könne über Nacht – manchmal ohne eigenes Zutun – zum Millionär oder zum Bettler werden. Doch während Landbesitzer bei Enteignungen voll entschädigt werden – etwa, wenn ihr Bauland zur Naturschutzzone umgewandelt wird – müssen sie im umgekehrten Fall den Gewinn nicht teilen. Reber plant deshalb, demnächst einen Vorstoss einzureichen. Per Postulat möchte er den Regierungsrat einladen, eine gesetzliche Regelung für eine Aufteilung des Mehrwerts zu prüfen: «Ich formuliere es absichtlich sehr offen, weil ich weiss, wie politisch umstritten das Thema ist.»

«Rein raumplanerisch beurteilt spricht nichts gegen ein solches Instrument», schürt der stellvertretende Baselbieter Kantonsplaner Martin Huber Hoffnungen. Er bestätigt aber auch Rebers Eindruck, dass das Thema politisch stark polarisiert. So trat der Landrat im Rahmen der Schaffung des Baselbieter Raumplanungs- und Baugesetzes, das seit 1999 in Kraft ist, gar nicht erst auf die Einführung einer Abgabe ein. Damals scheiterte das Vorhaben unter anderem an der Art der Umsetzung. Die Abgabe sollte in Form eines fünfprozentigen Zuschlages auf die Grundstücksteuer erfolgen. «Das war der falsche Weg», erinnert sich Walter Stammbach, der Leiter des Allschwiler Hochbau- und Planungsamtes. Die Gewinnsteuer sei eingeführt worden, um Speku-

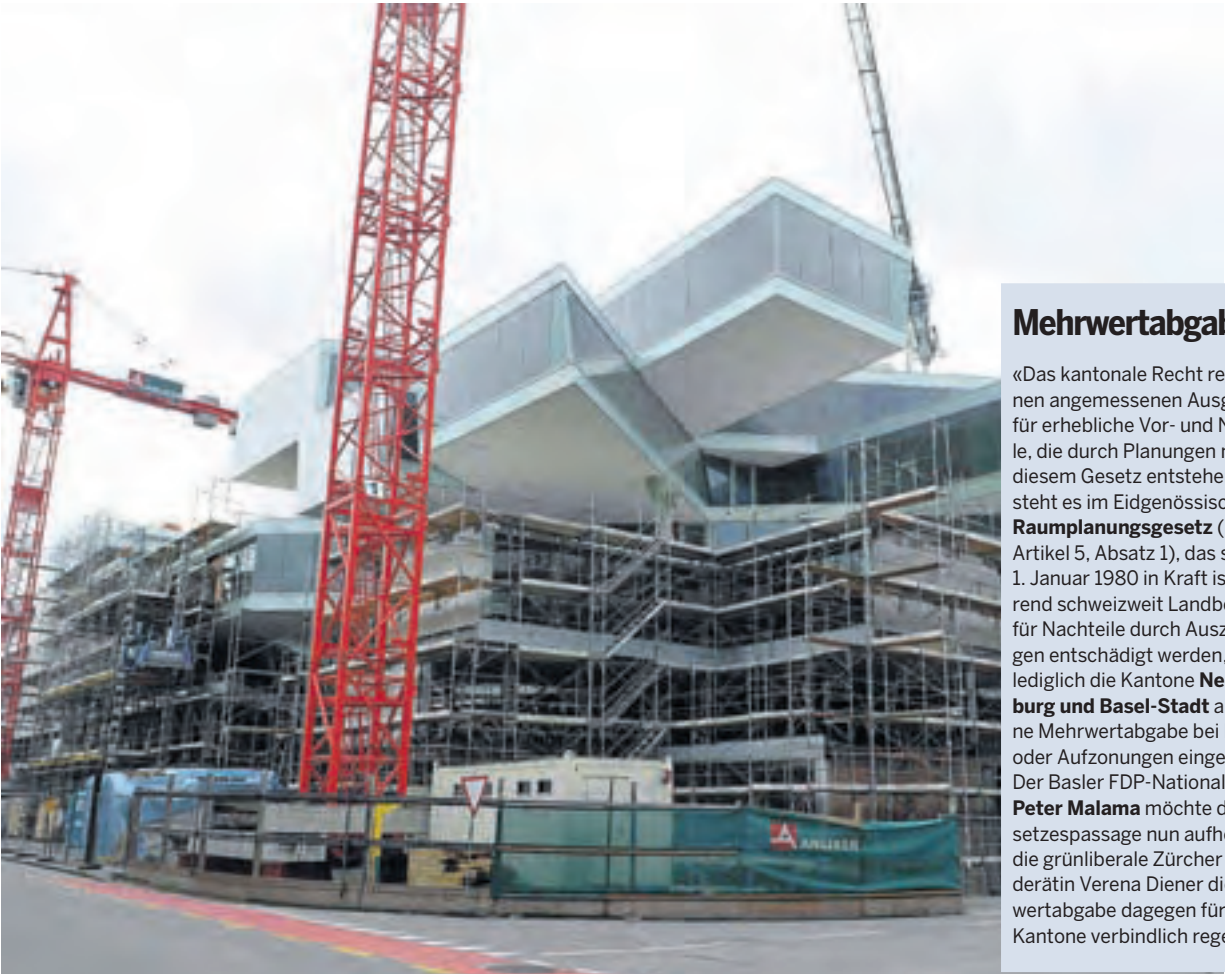


BILD: JÜR JUNKOW

Gäbe es in Baselland die Mehrwertabgabe, die Allschwiler Biotechfirma Actelion wäre für den Herzog-&-de-Meuron-Bau am Hegenheimermattweg zur Kasse gebeten worden, da die Bauzone vor zehn Jahren extra aufgestockt wurde.

Mehrwertabgabe

«Das kantonale Recht regelt einen angemessenen Ausgleich für erhebliche Vor- und Nachteile, die durch Planungen nach diesem Gesetz entstehen.» So steht es im Eidgenössischen Raumplanungsgesetz (RPG, Artikel 5, Absatz 1), das seit dem 1. Januar 1980 in Kraft ist. Während schweizweit Landbesitzer für Nachteile durch Auszonungen entschädigt werden, haben lediglich die Kantone Neuenburg und Basel-Stadt auch eine Mehrwertabgabe bei Ein- oder Aufzonungen eingeführt. Der Basler FDP-Nationalrat Peter Malama möchte die Gesetzespassage nun aufheben, die grünliberale Zürcher Ständerätin Verena Diener die Mehrwertabgabe dagegen für alle Kantone verbindlich regeln. (MN)

lationen beim Landhandel zu unterbinden. Eine Mehrwertabgabe hingegen müsse viel direkter den effektiven Mehrnutzen des Landbesitzers verrechnen.

Auch für Stammbach sei es an der Zeit, dass der Kanton sich wieder mit dem Thema beschäftige. Der Münchensteiner Bauverwalter Gilbert Davet pflichtet seinem Allschwiler Kollegen bei: «Letztlich können wir Gemeinden nur lobbyieren. Die gesetzliche Grundlage muss der Kanton schaffen.»

DOCH ABGESEHEN VON REBERS PLÄNEN scheint sich dort seit 1999 wenig getan zu haben. «Über eine Mehrwertabgabe haben wir nie mehr diskutiert», sagt etwa FDP-Landrat Rolf Richterich. Der Präsident der landrätlichen Bau- und Planungskommission sei sich aber bewusst, dass es ein komplexes und heikles Thema ist: «Logik und Politik sind manchmal zwei verschiedene Paar Schuhe.» Laut Richterich wäre es problematisch, nun eine Abgabe einzuführen, auf die jahrzehntelang verzichtet wurde. Schliesslich müsse auch auf Gleichbehandlung geachtet werden: «Oder erklären Sie doch einem Grundeigentümer, weshalb er nun plötzlich zahlen muss, was keiner vor ihm musste. Das löst keine Probleme, sondern schafft bloss neue.» Richterich begrüsst deshalb Peter Malamas Initiative in Bundesbern, den Absatz zur Mehrwertabgabe aus dem Ge-

setz zu streichen. Es sei zudem nicht allzu aussergewöhnlich, ein Gesetz, das nie wirklich gegriffen hat, wieder abzuschaffen.

«Einige Bürgerliche sehen darin in erster Linie eine neue Steuer», ist für den Grünen Reber klar. Dabei solle es viel mehr ein nützliches Instrument zur Lenkung des Siedlungswachstums sein. Die Problematik der Gleichbehandlung sehe er zwar auch, doch dürfe man sich nicht

«Wer Land besitzt, kann dank Umzonung über Nacht zum Millionär oder aber zum Bettler werden.»

aus Tradition neuen Entwicklungen verschliessen. Gerade grössere Gemeinden der Agglomeration wie Allschwil, Reinach, Münchenstein oder Muttenz könnten Interesse an einer Mehrwertabgabe haben, da sie wegen wenig Baulandreserven (siehe Kasten unten links) häufig mit Nutzungserhöhungen bei bestehenden Grundstücken zu tun haben: «Vor allem bei Quartierplanungen könnten die Gemeinden durchaus Abgaben einfordern. Ideal wäre, dieses Geld dann zweckgebunden für die Sanierung oder den Neubau von veralteten Infrastrukturbauten wie etwa Schulhäusern einzu-

setzen», führt Walter Stammbach den Nutzen für Allschwil aus.

AUCH WENN SIE FÜR IHRE GEMEINDEN weniger Potenzial als für städtisch geprägte Orte sehen, befürworten die Gemeindepräsidenten Alexander Gloor von Wenslingen und Markus Zaugg von Diepflingen die Mehrwertabgabe. «Ein Teil des Gewinnes sollte der Allgemeinheit zugute kommen», findet Gloor. Skeptischer gibt sich die Diegter Gemeindepräsidentin Myrta Stohler: «Ein Landbesitzer hat ja erst etwas von einer Umzonung, wenn er das Grundstück verkaufen oder selbst bebauen konnte. Ausserdem muss er Gewinnsteuer und Anschlusskosten zahlen.» Stohler findet, dass eine neue Abgabe zu viel des Guten wäre. «Natürlich dürfte die Abgabe erst bei Baubeginn anfallen. So wird es ja auch in Basel-Stadt gehandhabt», erwidert Isaac Reber, der sich durchaus ein ähnliches Modell fürs Baselbiet vorstellen könnte (siehe Kasten unten rechts).

Hat Peter Malama auf Bundesebene allerdings mit der Gesetzesstreichung Erfolg, dürfte dies die kantonalen Bemühungen endgültig ausbremsen. Reber muss deshalb auch auf die grünliberale Zürcher Ständerätin Verena Diener hoffen, die die Mehrwertabgabe im Raumplanungsgesetz für alle Kantone verbindlich regeln will und sich damit auf Konfrontationskurs mit Malama begibt.

NACHRICHTEN

Mit Helikopter aus der Badi geflogen

Die Rettungsflugwacht hat am Freitagnachmittag eine 16-Jährige aus dem Schwimmbad Waldenburg ins Spital geflogen. Die Frau war nach mehrmaligem Tauchen bewusstlos geworden. Am Samstag konnte sie das Spital wieder verlassen. Dies meldet die Baselbieter Polizei. (BZ)

Prügel für Dieb

Zwei Schweizer haben am Freitag kurz vor Mitternacht einen 20-jährigen Asylbewerber spitalreif geschlagen, nachdem dieser einen Freund bestohlen hatte. Nach einer Verfolgungsjagd stellte das Duo den Dieb in der Freien Strasse. Passanten kamen dem Tunesier zu Hilfe. Der Dieb landete im Spital, die Schläger in Polizeihaft. (BZ)

Ballmer will Aussprache

Gemeinden ärgern sich noch immer über Finanzausgleich

DER FINANZAUSGLEICH 2010 hat unter mehreren Baselbieter Gemeinden einen Sturm der Entrüstung losgetreten (siehe «Sonntag bz» von vergangener Woche). Schuld daran sind die zum Teil massiv höheren Abgaben der Gebergemeinden, die die budgetierten Zahlungsbeträge um bis zu 70 Prozent übertreffen. So muss beispielsweise Bottmingen statt der budgetierten 3,3 Millionen Franken satte 5,6 Millionen in den Topf werfen. Der Kanton steht deshalb in der Kritik; an die Adresse des Kantonsstatistikern Johann Christoffel, der für die Umsetzung des Finanzausgleichs verantwortlich ist, ist sogar der Vorwurf der «Zahlenmanipulation» ergangen.

Das lässt die vorgesetzte Finanz- und Kirchendirektion nicht auf sich sitzen. Der Baselbieter Finanzdirektor Adrian Ballmer hat gestern die betroffenen Gemeinden zu einer Aussprache am 26. August in Pratteln eingeladen. Vorgängig dazu werden die Gemeindebehörden laut Ballmer in einem Schreiben detailliert über «die Berechnung sowohl der Budgetmittelung als auch des verfügbaren Finanzausgleichs 2010 sowie die grosse Abweichung der beiden Berechnungen» informiert werden. Dieses Schreiben soll in den Tagen «unmittelbar nach Schulferienende» bei den Gemeinden eintreffen. (BOS)

An Kontrolle gehindert

Datenschutz-Bericht offenbart Grauzone beim Staatsschutz

DIE KANTONALE AUFSICHTSSTELLE für Datenschutz konnte den Baselbieter Staatsschutz im vergangenen Jahr nur unvollständig kontrollieren. Das geht aus dem Datenschutz-Tätigkeitsbericht 2009 hervor, der gestern veröffentlicht worden ist. Den Baselbieter Staatsschutz treffe allerdings keine Schuld, dieser habe sich laut Bericht sehr kooperativ gezeigt. Vielmehr scheiterte die Kontrolle der Rechtmässigkeit von Datenverarbeitungen gewisser Dossiers an der geltenden Bundesgesetzgebung.

Diese sieht nämlich vor, dass eine Überprüfung in gewissen Fällen nur möglich ist, wenn die kantonalen Staatsschützer für jedes einzelne zu kontrollierende Dossier ein Bewilligungsgesuch beim bundeseigenen Dienst für Analyse und Prävention (DAP) stellen. Der Baselbieter Datenschutz spricht in diesem Bereich von einer «Grauzone». Insgesamt hat die kantonale Aufsichtsstelle für Datenschutz im vergangenen Jahr 163 Behördenanfragen und 75 Anfragen von Privaten bearbeitet. (BOS)

Baulandreserven hemmen Entwicklung

Die wesentlich dringlichere Problematik als die Mehrwertabgabe ist für FDP-Landrat Rolf Richterich die Anhäufung von Baulandreserven im Baselbiet. «So kann sich eine Gemeinde nicht weiterentwickeln», hält der Präsident der landrätlichen Bau- und Planungskommission fest. Der Grund: Möchte ein Ort neues Land einzonnen, verwehrt ihm dies der Kanton mit Verweis auf die vielen bestehenden Reserven. Diese liegen allerdings oft brach und müssten erst mit einer Entschädigungszahlung an den Grundeigentümer ausgezont werden – womit wir wieder bei der ungleichen gesetzlichen Regelung von Minder- und Mehrwertabgabe wären. «Deshalb hüten wir uns davor, erschlossenes Bauland auszunutzen», sagt etwa die Diegter Gemeindepräsidentin Myrta

Stohler. Das Resultat: Die Reserven werden kaum abgebaut. «Wir haben auch viele Baulandreserven und der Kanton will, dass wir sie abbauen», geht es dem Diepflinger Gemeindepräsident Markus Zaugg wie Stohler. Die Entschädigungszahlungen seien auch bei ihnen der Hauptgrund des Zögerns. Auf Bundesebene wird mit der «Landschaftsinitiativen» nun ein 20-jähriges Moratorium für Bauzonen verlangt, was die Gemeinden letztlich dazu zwingen würde, ihre Reserven abzubauen. Die Denkfabrik «Avenir Suisse» schlägt gemäss «Tages-Anzeiger» deshalb den Kantonen vor, die Mehrwertabgabe endlich einzuführen und das Geld wiederum für die Entschädigungszahlungen beim Reservenabbau zu verwenden. (MN)

Basel dank Mehrwertabgabe grüner

In Basel müssen Investoren seit 2001 bei Baubeginn 50 Prozent des erzielten Mehrwertes abtreten. Die Verwendung des Geldes ist dabei zweckgebunden und wird jeweils zur Aufwertung der öffentlichen Grünanlagen im Stadtgebiet eingesetzt. Für Riehen und Bettingen gilt diese Beschränkung nicht. «Wir verwenden die Abgabe also nicht, um unsere Kassen zu füllen», betont Robert Stern vom städtischen Hochbau- und Planungsamt. Auch wenn sich Investoren manchmal beschweren würden, fänden die meisten Leute die Verwendung für Grünanlagen sinnvoll. Als Paradebeispiel nennt Stern die Erlenmatt-Überbauung: Mit dem Mehrwert wurden die Parkanlagen finanziert. Stern weiss, dass Gegner die Abgabe für investorenfeindlich halten: «Auf-

grund des Bodenmehrerts entfällt beispielsweise auf die Gesamtkosten des Wardeck-Turms von 50-80 Millionen Franken eine Abgabe von zehn Prozent. Das ist doch wirklich nicht überrissen.» Basel-Stadt halte sich als einer der wenigen nun mal ans Bundesgesetz. Dass die Basler Lösung auch Lücken hat, zeigt der Neubau des Messezentrums: «Obwohl die überbaute Fläche enorm ist, müssen sie keine Abgabe bezahlen», stört sich Stern. Der Grund: Die Kosten werden nur nach Etagenanzahl und nicht nach eigentlicher Gebäudehöhe erhoben. Und dort bleibt die Messe mit drei Stöcken klar unter den laut Zone erlaubten sechs. Der Stadt entgeht in diesem Fall viel Geld, doch Stern beruhigt: «Zum Glück bleibt das eine Ausnahmeerscheinung.» (MN)

Avenir Suisse marche sur les plates-bandes des cantons

AMÉNAGEMENT DU TERRITOIRE • Une volée de bois vert est envoyée aux cantons romands. Ils ne maîtriseraient pas leur urbanisation.

CHRISTIANE IMSAND

Rien d'étonnant à ce que des organisations écologistes tiennent un discours critique sur l'aménagement du territoire. Mais quand c'est Avenir Suisse qui s'en mêle, la charge revêt une tout autre portée. Dans une étude publiée le mois dernier, la boîte à penser de l'économie suisse dénonce le laxisme des cantons romands, Genève excepté, et préconise la mise en place de standards plus contraignants en matière de zones à bâtir.

Les partisans de «l'Initiative pour le paysage» sont ravis de cette prise de position inattendue. Il ne faudrait pourtant pas en conclure que la cellule de réflexion libérale s'apprête à soutenir cette initiative qui réclame un gel de la surface totale des zones à bâtir pendant 20 ans. Ce projet est à ses yeux excessif. Par contre, elle prône un respect plus strict du droit actuel, voire le renforcement de la loi sur l'aménagement du territoire qui doit servir de contre-projet indirect à l'initiative.

Avenir Suisse est une fondation créée en 1999 par un groupe de 14 multinationales helvétiques pour imaginer l'avenir

de la Suisse dans une optique libérale. Elle fait régulièrement réaliser des études sur différents thèmes sensibles et cherche à s'ériger en force de proposition. En 2004, par exemple, elle avait fait faire une étude en Suisse romande sur les dysfonctionnements du droit de recours des organisations écologistes.

L'exception genevoise

Cette fois, ce sont les cantons qui sont montrés du doigt. Les auteurs de l'étude ont procédé à un relevé exhaustif des instruments cantonaux de gestion de l'urbanisation. Il en résulte un classement qui fait de Zurich et de Genève les deux meilleurs élèves du pays. Par contre, les autres cantons romands sont mal classés. «Cinq des six cantons disposant des réserves de zones à bâtir les plus importantes sont romands (VS, JU, NE, VD, FR). Aucun d'entre eux n'utilise les instruments de limitation de l'urbanisation ou le système des ceintures vertes», notent les analystes.

Selon eux, ce n'est pas une question de situation géographique. Le Valais est dans les

profondeurs du classement alors qu'un canton comparable comme les Grisons est bien mieux noté en raison notamment de son nouveau plan d'aménagement qui s'en prend aux lits froids. En Valais, un comité de pilotage a été mis en place après le rejet populaire de la loi sur le tourisme, en novembre 2009. Dans le «Walliser Bote», le chef du service du développement territorial Damian Jerjen qualifiait récemment l'étude d'Avenir Suisse de «critique constructive».



Il faut des garde-fous sur l'ensemble du territoire

JACQUES BOURGEOIS

Pour le libéral-radical fribourgeois Jacques Bourgeois, président de la commission de l'aménagement du territoire du Conseil national et directeur de l'Union suisse des paysans, les zones à bâtir actuelles sont surdimensionnées. «Il faut des garde-fous sur l'ensemble du

territoire, ne serait-ce que pour préserver les surfaces d'assolement, souligne-t-il. Chaque jour, quelque 110 000 mètres carrés de terres cultivables disparaissent. Je m'étonne qu'Avenir Suisse se soit saisi de ce dossier, mais ses conclusions vont dans le bon sens.»

Le moratoire préconisé par l'Initiative pour le paysage force la discussion sur le plan national. En guise de contre-projet, le Conseil fédéral propose une révision de la loi sur l'aménagement du territoire qui met les cantons en demeure de présenter un plan directeur dans le domaine de l'urbanisation. Ce projet est très en retrait par rapport à une première mouture qui imposait des prescriptions précises. La seconde version laisse les cantons libres de prendre les mesures qui leur semblent les plus appropriées. Le Conseil des Etats devrait en discuter lors de la session d'automne. Sa commission est entrée en matière sans opposition. I



Le site d'Interlaken n'a été expertisé qu'après le drame. KEYSTONE

LUGE D'ÉTÉ

Les contrôles ne sont pas obligatoires partout

NICOLAS HEHL

Alors que les pistes de luge d'été helvétiques ont été récemment le théâtre de plusieurs accidents graves, des voix s'élèvent pour mettre en doute la sécurité des installations. Les contrôles ne sont en effet pas obligatoires partout en Suisse.

Dans les cantons de Berne et Saint-Gall, où se sont produits deux des accidents, les pistes de luge d'été ne font pas l'objet de vérifications systématiques. La législation grisonne ne prévoit pas non plus de soumettre ces installations à des autorisations d'exploiter. Dans les cantons où le régime d'autorisations est en vigueur, l'Organe de contrôle du Concordat intercantonal pour les téléphériques et les téléskis (CITT) procède à une expertise régulière des installations. Des spécialistes sont chargés de se pencher non seulement sur l'état de la piste, mais aussi sur l'orga-

nisation globale des exploitations, indique Reto Canale, le directeur du CITT. Quant aux exploitants de pistes de luge situées dans des cantons non soumis à autorisation, ils demandent parfois eux-mêmes d'être expertisés. C'est le cas des responsables de l'installation de Goldingen (SG), où un enfant de 3 ans a été blessé dimanche lorsque son pied s'est coincé entre la luge et le rail.

Le site d'Interlaken, sur lequel une Pakistanaise de 26 ans est décédée, n'a été expertisé qu'après le drame. Au total, seize points ont été listés pour améliorer l'installation. Huit devaient être réalisés avant la remise en service de la luge, condition qui a été remplie par l'exploitant. «Après coup, l'exploitant bernois s'est mordu les doigts de ne pas s'être volontairement soumis à notre contrôle», a noté le directeur du CITT. ATS

DRAME EN ALLEMAGNE

La Street Parade de Zurich réexamine la sécurité

Le concept de la sécurité pour la Street Parade de Zurich sera totalement réexaminé. C'est ce qu'a exigé hier le Département de police de la ville de Zurich après la bousculade meurtrière à la Love Parade samedi à Duisbourg. L'objectif est d'améliorer ce qui peut l'être, a déclaré Robert Soos, porte-parole du département, sur les ondes de la radio locale «Radio 1». Il part du principe que la ville est bien préparée et a l'expérience: cette édition de la Street Parade sera la 19^e.

Stefan Epli, porte-parole de la manifestation, précise que le responsable de la sécurité en est à sa 17^e édition. Après chaque fête, le concept de sécurité est discuté et modifié si nécessaire, a-t-il ajouté. Les organisateurs travaillent en étroite collaboration avec la police municipale et les services de secours, déjà lors de la prépara-

tion de la manifestation. Une rencontre entre autorités et organisateurs est prévue prochainement, souligne la police. Actuellement, organisateurs et autorités peaufinent la sécurité. Toutes les informations sont utilisées, y compris celles concernant la bousculade mortelle de Duisbourg.

En Allemagne, une femme de 21 ans, hospitalisée après la bousculade meurtrière de la Love Parade, a succombé à ses blessures, a annoncé hier soir la police de Duisbourg (ouest du pays). Le bilan des victimes est ainsi passé à 20 tués. Un peu plus tôt, le parquet de Duisbourg avait revu le nombre des blessés à plus de 500. La mairie et les responsables de la Love Parade, un festival de musique techno, sont accusés de négligence deux jours après le drame. ATS/AP



Les deux derniers wagons du convoi, ceux qui se sont couchés sur le côté lors de l'accident, sont examinés à la loupe. KEYSTONE

Les wagons passés au peigne fin

ACCIDENT DE TRAIN • Les premiers résultats de l'enquête sur le déraillement du Glacier Express sont attendus dans la semaine. Les blessés sont hors de danger.

L'enquête sur l'accident du Glacier Express de vendredi près de Fiesch (VS) n'a pas encore apporté de réponse. Le conducteur de la locomotive a été entendu; il aurait constaté une déformation de la voie. Les blessés les plus gravement touchés sont hors de danger.

Le conducteur a déclaré lors de son audition avoir vu une déformation des rails, a déclaré hier lors d'une conférence de presse à Brigue l'expert fédéral Walter Kobelt. Mais il l'aurait vue trop tard et n'a pas pu freiner. Le train a alors déraillé. Différentes mesures ont été effectuées. La voie a aussi été endommagée par le déraillement. L'expert ne se prononce pas encore sur cet élément, mais il a autorisé les trains à circuler depuis dimanche, à une vitesse maximale de 15 km/h sur le tronçon concerné.

La question de la vitesse du convoi a également été analysée avec les données de la boîte noire. M. Kobelt n'a pas donné de précision. Ces données doivent encore être comparées avec les performances réelles

de la locomotive impliquée dans l'accident, ce devait être fait hier soir lors d'un trajet test. S'agissant des blessés encore hospitalisés, au nombre de treize, les deux Japonaises encore dans un état critique dimanche sont hors de danger. Elles sont en revanche maintenues en coma artificiel pour l'heure, a précisé le directeur des soins médicaux du Réseau Santé Valais (RSV) dans le Haut-Valais, Marcel Schmid.

Les deux blessées les plus gravement touchées sont l'une à Sion, l'autre au CHUV. Les onze autres sont répartis dans les hôpitaux de Sion et de Viège. Trois sont dans des hôpitaux universitaires hors canton. La plupart devraient pouvoir quitter ces établissements dans la semaine, a précisé M. Schmid.

L'expert fédéral poursuit ses investigations sur les deux derniers wagons du convoi, ceux qui se sont couchés sur le côté lors de l'accident. Ecartement des roues, profil du train de roulement, freins, suspension sont auscultés en détail. Jusqu'à

présent aucune défectuosité n'a été constatée sur les différents éléments examinés, a dit M. Kobelt. Il pense obtenir les premières réponses concrètes dans le courant de la semaine. D'autres axes d'investigation sont aussi dans le viseur de l'expert. Des analyses géologiques et météorologiques de la zone de l'accident sont en cours. Mais il faudra encore du temps pour avoir des résultats.

Les autorités fédérales ont adressé hier leurs condoléances au Japon suite à l'accident du Glacier Express. Le déraillement du train a tué une Nipponne et a blessé 28 de ses compatriotes. «Le gouvernement et le peuple suisses ont été profondément choqués et attristés» par le drame, a écrit la conseillère fédérale Micheline Calmy-Rey dans une lettre adressée à son homologue Katsuya Okada. La présidente de la Confédération, Doris Leuthard, a tenu elle aussi à exprimer son soutien aux Japonais. Elle a signé une lettre de condoléances en ce sens. ATS

EN BREF

ABUS SEXUELS

Enquêtes classées à Einsiedeln

Le Ministère public schwytois a classé les enquêtes pénales pour attouchements et abus sexuels ouvertes contre cinq moines du monastère d'Einsiedeln. Les faits dont on les soupçonne sont en effet prescrits. ATS

DIPLOMATIE

Le président macédonien à Berne

La présidente de la Confédération Doris Leuthard a reçu hier son homologue macédonien Gjorge Ivanov pour une visite de travail. Ce dernier a notamment exposé les problèmes de son pays dans les négociations pour adhérer à l'UE et à l'OTAN, bloquées par la Grèce. ATS

EN BREF

LUGE D'ÉTÉ

Sécurité avant tout

Alors que les pistes de luge d'été helvétiques ont été récemment le théâtre de plusieurs accidents graves, des voix s'élèvent pour mettre en doute la sécurité des installations. Les contrôles ne sont en effet pas obligatoires partout en Suisse. ATS

SÉCHERESSE

Feux interdits au Jura

A quelques jours de la Fête nationale, le canton du Jura a décidé d'interdire les feux d'artifice et les feux en forêt ou à proximité. En cause: la sécheresse qui sévit depuis plusieurs semaines et augmente le risque d'incendie. ATS

MOUTIER

Eglise médiévale découverte

Les vestiges d'une église médiévale ont été trouvés sous les pavés de la vieille ville de Moutier (BE). Les archéologues ont également dégagé les restes d'un édifice en bois. Le sous-sol de la cité prévôtoise pourrait réserver encore d'autres surprises. ATS

GENÈVE

Précarité estivale présente

En été, la précarité ne laisse pas de répit aux personnes en difficulté. Tout comme en hiver, le Jardin de Montbrillant à Genève distribue entre 100 et 150 repas gratuits par jour. Les aliments proviennent de dons, hormis bien souvent la viande et les produits laitiers. La pauvreté semble gagner du terrain...ATS

GENOLIER

Litige d'actionnaires réglé

L'ex-administrateur-délégué du Genolier Swiss Medical Network (GSMN) Antoine Hubert et la société d'investissement américaine Lincoln Vale, qui détiennent ensemble 30% du groupe, ont formé un groupe d'actionnaires. Une coopération stratégiques avec le groupe français Vitalia est visée. Antoine Hubert, évincé du conseil d'administration et de la direction de GSMN lors de l'assemblée générale houleuse du 9 juin dernier, et Lincoln Vale ont convenu d'une stratégie commune pour assurer la stabilisation et la bonne continuation de la stratégie de croissance du groupe basé à Genolier (VD), selon leur communiqué publié hier.

Les deux actionnaires voteront conjointement en faveur de l'élection de nouveaux administrateurs lors de la prochaine assemblée générale extraordinaire de la société, agendée le 16 août, ont-ils annoncé. ATS

Avenir suisse marche sur les plates-bandes des cantons

AMÉNAGEMENT DU TERRITOIRE ► La boîte à penser de l'économie suisse envoie une volée de bois vert aux cantons romands. Ils ne maîtriseraient pas leur urbanisation.

CHRISTIANE IMSAND

Rien d'étonnant à ce que des organisations écologistes tiennent un discours critique sur l'aménagement du territoire. Mais quand c'est Avenir suisse qui s'en mêle, la charge revêt une tout autre portée. Dans une étude publiée le mois dernier, la boîte à penser de l'économie suisse dénonce le laxisme des cantons romands, Genève excepté, et préconise la mise en place de standards plus contraignants en matière de zones à bâtir. Les partisans de «l'Initiative pour le paysage» sont ravis de cette prise de position inattendue. Il ne faudrait pourtant pas en conclure que la cellule de réflexion libérale s'apprête à soutenir cette initiative qui réclame un gel de la surface totale des zones à bâtir pendant vingt ans. Ce projet est à ses yeux excessif. Par contre, elle prône un respect plus strict du droit actuel, voire le renforcement de la loi sur l'aménagement du territoire qui doit servir de contre-projet indirect à l'initiative.

Avenir suisse est une fondation créée en 1999 par un groupe de 14 multinationales helvétiques pour imaginer l'avenir de la Suisse dans une optique libérale. Elle fait régulièrement réaliser des études sur différents thèmes sensibles et cherche à s'ériger en force de proposition. En 2004, par exemple, elle avait fait faire une étude en Suisse romande sur les dysfonctionnements du droit de recours des organisations écologistes. Cette fois, ce sont les cantons qui sont montrés du doigt. Les auteurs de l'étude ont procédé à un relevé exhaustif des instruments cantonaux de gestion de l'urbanisation. Il en résulte un classement



Avenir suisse met en question la surface des zones à construire dans notre pays. LE NOUVELLISTE

qui fait de Zurich et de Genève les deux meilleurs élèves du pays. Par contre, les autres cantons romands sont mal classés. «Cinq des six cantons disposant des réserves de zones à bâtir les plus importantes sont romands (VS, JU, NE, VD, FR). Aucun d'entre eux n'utilise les instruments de limitation de l'urbanisation ou le système des ceintures vertes», notent les analystes.

Comité de pilotage

Selon eux, ce n'est pas une question de situation géographique. Le Valais est dans les profondeurs du classement alors qu'un canton comparable comme les Grisons est bien mieux noté en raison notamment de son nouveau plan d'aménagement qui s'en prend aux lits froids. En Valais, un comité de pilotage a été mis en

place après le rejet populaire de la loi sur le tourisme, en novembre 2009.

Dans le «Walliser Bote», le chef du Service du développement territorial Damian Jerjen qualifiait récemment l'étude d'Avenir suisse de «critique constructive».

Pour le libéral radical fribourgeois Jacques Bourgeois, président de la commission de l'aménagement du territoire du Conseil national et directeur de l'Union suisse des paysans, les zones à bâtir actuelles sont surdimensionnées.

«Il faut des garde-fous sur l'ensemble du territoire, ne serait-ce que pour préserver les surfaces d'assolement», souligne-t-il. «Chaque jour, quelque 110000 mètres carrés de terres cultivables disparaissent. Je m'étonne qu'Avenir suisse se soit saisi de ce

dossier, mais ses conclusions vont dans le bon sens.»

Le moratoire préconisé par l'Initiative pour le paysage force la discussion sur le plan national. En guise de contre-projet, le Conseil fédéral propose une révision de la loi sur l'aménagement du territoire qui met les cantons en demeure de présenter un plan directeur dans le domaine de l'urbanisation. Ce projet est très en retrait par rapport à une première mouture qui imposait des prescriptions précises.

La seconde version laisse les cantons libres de prendre les mesures qui leur semblent les plus appropriées.

Le Conseil des Etats devrait en discuter lors de la session d'automne. Sa commission est entrée en matière sans opposition.

L'INVITÉ

PASCAL DÉCAILLET, JOURNALISTE ET PRODUCTEUR TV

Blocher, les ricaneurs, les moralistes

Il aura 70 ans le 11 octobre, n'a jamais été aussi jeune. Là où d'autres s'assoupissent, il veille. Au cœur de l'été, il lance une offensive. Une initiative anti-adhésion. Oui, Christoph Blocher tient une forme d'enfer, comme il sied au diable, d'ailleurs il est le diable, le sait, en joue, et des entrailles du néant, brille de mille feux. Bref, Blocher fait du Blocher: c'est dans ce rôle qu'il excelle.

Dans son combat contre l'Union européenne, le vieux lion est parfaitement clair, cohérent, il a défini une stratégie à très long terme, s'y tient contre

vents et marées, se contrefout de ce qu'on dit de lui. Il est debout. Il se bat. Les aigris, les ratiocineurs ricanent. Ou font la morale. Ils ne savent faire, à peu près, que cela. Pendant ce temps, lui, dans un terrain qu'il étudie depuis quarante ans et dont il connaît chaque anfractuosité, conquiert patiemment des positions, les tient, progresse. Il n'est pas Masséna, ni Joffre, ni Nivelle: contrairement aux apparences, il est loin d'être l'homme des grandes offensives. Il serait plutôt celui de la guerre de position, tranchée après tranchée. Il n'a pas peur du temps qui passe.

Je le entends encore, ceux qui l'annonçaient comme mort au soir du 12 décembre 2007, suite au pronunciamiento parlementaire qui avait combiné sa perte. Il aurait fallu ne plus jamais parler de lui, dissoudre jusqu'à la mémoire de ce qu'il avait été. Eh bien non, le fauve est toujours là. Le vrai chef de l'UDC c'est lui. Le diapason des prochaines élections fédérales, c'est lui qui le tient. Et alors que Pascal Couchepin, qui avait cru judicieux de le traiter de Duce, somnole dans d'improbables conseils de fondation, il se trouve, lui, au cœur du dispositif de bataille pour octobre

2011. La politique est un démon. Son démon à lui, simplement, doit être plus puissant que d'autres.

Et puis, ils ont été quelques-uns, depuis sa mort, à tout entreprendre pour sa résurrection, un véritable comité de soutien. M. Steinbrück, en Allemagne. M. Woerth, en France, ah Monsieur Woerth, sublime allié, l'homme dont chaque péripétie fait grimper encore un peu plus les intentions de vote UDC à l'automne de l'an prochain! L'autre allié, en Suisse, étant évidemment Christian Levrat, jamais meilleur ami de

Blocher que lorsqu'il embrasse, avec ardeur et dévotion, ce que beaucoup, dans le peuple suisse, perçoivent comme le parti de l'étranger. Se sont-ils donné le mot, MM. Steinbrück, Woerth et Levrat, pour que le parti de Blocher s'en aille allègrement flirter, d'ici à moins de quinze mois, avec la barre des 30%?

Dès ce soir, sur les ondes, je vous le donne en mille, vous entendrez parler de lui, comme le chantait si divinement Barbara. On le raillera. On le vilipendera. On trouvera trente-six mille arguments pour pulvériser

son initiative anti-adhésion. Mais son nom, maintes fois, sera prononcé. Et sa figure, avec une récurrence d'éternité, resurgira.

A ses ennemis, il faudrait peut-être la croix, ou quelques gousses d'ail, le tressautement d'un Vade Retro, ou alors le napalm, on brandit les armes qu'on peut. Quand ils les auront toutes utilisées, en vain, il leur restera les ultimes bottes de Nevers où ils sont passés maîtres: le ricanement et la morale.

Alors ricanez, Messieurs. Moralisez. Et rendez-vous en octobre 2011.



PUBLICITÉ

Le Nouvelliste

partenaire média



Les Brigades du Tigre

Texte Alexis Giroud - Mise en scène Olivier Duperrex

SUPPLÉMENTAIRES
Réservez vite !

Par le Théâtre du Croûtion

LE BOUVERET - en plein air - DU 9 JUILLET AU 7 AOÛT

Les mercredis, jeudis, vendredis et samedis à 20h30 et le dimanche 11 juillet à 15h. Restauration chaude dès 18h.

Réservation : www.croution.ch ou 024 471 05 05



Die bestehende, wunderschöne Streusiedlung bildet für die Innerrhoder Raumplaner eine ganz besondere Herausforderung. (Bild: Keystone)

Wünschenswert wäre ein Blick aufs Ganze

Avenir Suisse übt «konstruktive Kritik» an der Raumplanung – Auch Innerrhoden ist betroffen

Der von der Wirtschaft finanzierte liberale Thinktank Avenir Suisse – Motto: «Unabhängig, aber nicht neutral» – hat eine Studie ausgearbeitet: «Raumplanung zwischen Vorgabe und Vollzug». Analysiert wird dabei, wie effizient in den einzelnen Kantonen raumplanerische Instrumente zur Steuerung der Siedlungsentwicklung eingesetzt werden. Dieser Blick von aussen ist auch für Appenzell Innerrhoden ziemlich aufschlussreich.

Toni Dörig

Kurz zusammengefasst könnte man die Kernaussagen über die raumplanerischen Probleme und Aufgaben Innerrhodens, die sich in der Avenir-Studie zeigen, wie folgt zusammenfassen: Der Siedlungsdruck in der Schweiz ist ausgesprochen gross, was gerade auch in kleinen Kantonen mit begrenzten Bodenreserven eine vorausschauende Planung erfordert. Wünschenswert wäre deshalb, wenn in Innerrhoden ein übergeordneter Blick aufs Ganze ausgeprägter als ordnende Hand spürbar wäre. Die Verzettlung des Gesamtinteresses in verschiedene Bezirksinteressen wirkt sich negativ aus. Zur Erhaltung der schönen Landschaft mit Streusiedlung wäre zudem auch wünschenswert, wenn sich eine Baukultur auf hohem Niveau entwickeln würde, eine Bauweise, die von der Tradition ausgeht, sich aber auch den geänderten Anforderungen der Zeit stellt.

Mehr Leute, grösserer Bedarf

Zum Siedlungsdruck: Die Schweiz ist bereits heute doppelt so dicht besiedelt wie Österreich und die Bevölkerung wächst weiterhin mit über 50 000 Personen pro Jahr. Als Folge wird alljährlich eine Fläche in der Grösse des Walensees neu überbaut. Gemäss den neusten Bevölkerungsprognosen wird dieses Wachstum weiter anhalten. Dank der Niedersteuerpolitik ist auch Innerrhoden von diesem Wachstum zu-

sehends betroffen: Leute werden angelockt, es wird viel gebaut. Der Siedlungsdruck entsteht aber nicht nur aufgrund steigender Bevölkerungszahlen, sondern auch, weil der Flächenbedarf pro Kopf zunimmt: Seit 2002 ist in Innerrhoden die Siedlungsfläche um über zehn Prozent gewachsen, die Bevölkerungszahl aber nur um knapp vier Prozent. Aufgrund der beschränkten Bodenreserven bildet dieser anhaltende Siedlungsdruck raumplanerisch gesehen in Innerrhoden die Hauptherausforderung.

Das Wachstum lenken

Für Avenir Suisse ist klar: Wachstum braucht es. Aber man muss das Siedlungswachstum auf kantonaler Ebene lenken. (Allerdings darf man diese Vorgabe durchaus auch kritisch sehen: Heutzutage wollen alle Politiker aller Couleurs alle Probleme vor allem mit Wachstum lösen. Allzu leicht wird dabei übersehen, dass Wachstum die Probleme

nur kurzfristig löst, sie dafür langfristig eher verschärft.) Wie dem auch sei. Auf jeden Fall stellt sich die Frage: Wie lässt sich das Siedlungswachstum mit raumplanerischen Instrumenten sinnvoll kanalisieren? «Einen wichtigen Beitrag zur Siedlungsentwicklung in Innerrhoden bilden die Siedlungsgürtel», erklärt Daniel Müller-Jentsch von Avenir Suisse. Mit diesem raumplanerischen Instrument wird erreicht, dass nicht schleichend ein Dorf in das andere übergeht, dass sich zum Beispiel Appenzell nicht langsam übergangslos bis Steinegg entwickelt, Steinegg bis Weissbad usw. «Zudem liegen in Innerrhoden die Fruchtfolgeflächen meist in Dorfnähe. Auch das trägt dazu bei, dass Baugebiete nicht auf unerwünschte Weise zusammenwachsen.»

Interessenskonflikte

Weniger gute Noten erhält die Innerrhoder Raumplanung von Avenir Suisse, wenn man sie

gleichsam von oben in einem Gesamtüberblick anschaut. Es fehlt an einem überdachten Setzen von Schwerpunkten: da sind die Zentren, dort die Gewebzonen und dieses Gebiet eignet sich zur Erholung. Avenir Suisse ist sich bewusst, dass eine Fehlentwicklung in diesem Bereich vielfach ausgelöst wird durch einen Interessenskonflikt zwischen Kanton und Gemeinden. Das ist in Innerrhoden ohne Zweifel der Fall: Jeder Bezirk will sein eigenes Bauland für Zuzüger, will seine eigene Gewebzone etc. Und so geht der Blick fürs Ganze verloren. Der Thinktank dürfte kaum wissen, dass er mit dieser Feststellung in ein hochaktuelles politisches Wespennest gestochen hat: die Frage nach der Zukunft der Innerrhoder Bezirke. Ob man nun für ein Zusammenlegen ist oder für eine andere Variante, dieses Problem sollte im Interesse des Kantons unbedingt gelöst werden.

Baukultur pflegen

Die schöne Hügellandschaft, der Alpstein, das ist Innerrhodens Standortkapital. «Und diesem Kapital sollte man unbedingt Sorge tragen», erklärt Müller-Jentsch. Er spricht sich für eine stärkere Pflege der Baukultur aus. «Appenzell hat ja eine traditionelle Architektur, die auch den besonderen Charme der Region ausmacht. Auf dieser könnte man aufbauen, allerdings in dem Sinne, dass die lokale Bauweise auch den Anforderungen der heutigen Zeit genügt, sie darf nicht einfach rückwärts gewandt sein.» Müller-Jentsch erinnert in diesem Zusammenhang an den anderen Appenzeller Kanton: In Ausserrhoden gibt es ein so genanntes Einfügungsgebot. Man darf bauen, aber es muss den festgelegten ästhetischen Vorgaben genügen. Zudem gäbe es vom Kanton für Bauherren Beratungsmaterialien zur Gestaltung. Vor allem beim Bauen im Streusiedlungsgebiet ausserhalb der Zentren müsse man behutsam vorgehen. Auch im Berner Oberland etwa, lege man daher grossen Wert auf die Pflege der lokalen Baukultur.

Zusammenarbeit

Klar ist: Die Kapazitäten sind in einem Kleinkanton beschränkt. In der kantonalen Verwaltung ist nur eine 25%-Stelle spezifisch für die Raumplanung geschaffen worden. «Aber Innerrhoden muss ja das Rad nicht selber neu erfinden. Man kann auf Bewährtes zurückgreifen. Und man kann mit anderen Kantonen zusammenarbeiten.» Müller-Jentsch erinnert an die Kooperation zwischen St. Gallen und beiden Appenzell im Bereich der Raumb Beobachtung. «Das ist ein Schritt in die richtige Richtung.» Und er fügt an: «Wenn es auf kantonaler Ebene den politischen Willen für klare Regeln gegenüber den Gemeinden (Bezirken) gibt – etwa zur Beschränkung des Siedlungsflächenwachstums – kann man auch mit einer schlanken Verwaltung effektiv planen.»

Die leidige Crux mit dem Sonderfall

(td) Wenn man auf die Kantonerangliste schaut, die Avenir Suisse in ihrer Studie erstellt hat, könnte man erschrecken: Zürich führt vor Bern; und Innerrhoden belegt vor Glarus den zweitletzten Platz. Wird bei uns tatsächlich so schwache Arbeit geliefert in Sachen Raumplanung? Daniel Müller-Jentsch von Avenir Suisse winkt ab: «Diese schlechte Klassierung ist vor allem auf die Kleinheit des Kantons zurückzuführen. Wir haben anhand von 33 raumplanerischen Instrumenten überprüft, welche davon wo mit wieviel Effizienz angewendet werden. Die Rangliste bildet einfach die Summe dieser Einzelbewertungen. Ein kleiner Kanton wie Innerrhoden braucht aber etliche dieser raumplanerischen Instrumente gar nicht, es gibt in Appenzell zum Beispiel keine städtischen Quartiere, keine Industriebra-

chen usw. Deshalb belegen die Kleinkantone meist die hinteren Plätze in dieser Tabelle.»

Kritik ernst nehmen

«Viel interessanter als die Rangliste ist für Innerrhoden jedoch die konkrete Kritik, die im Umgang mit den für den Kanton notwendigen Instrumenten angebracht worden ist», erklärt Müller-Jentsch. «Diese Kritik sollten die Verantwortlichen schon ernst nehmen, denn schliesslich möchte unsere Studie zu Verbesserungen in der praktischen Umsetzung der Raumplanung beitragen. Wir verstehen unsere Studie als konstruktiven Beitrag.»

Untypische Siedlungsform

Mit knapp 16 000 Einwohnern nimmt Innerrhoden natürlich eine Sonderstellung innerhalb der Kantone ein. Viele Rechtsetzungen des Bundes sind für

andere Grössenordnungen und für andere Verhältnisse gemacht. Das zeigt sich nicht zuletzt in der Raumplanung: Das Appenzellerland ist wesentlich geprägt durch Streusiedlungen. Und genau diese Siedlungsform ist in der Schweiz eher atypisch, sie widerspricht in ihrer Art dem raumplanerischen Grundsatz: Wo bauen zugelassen ist, soll man den Boden effizient nutzen, da soll man verdichtet bauen, damit der übrige Boden geschont werden kann. Dass es für Streusiedlungen kaum befriedigende und effiziente Vorgaben gibt, erschwert die Arbeit der Innerrhoder Raumplaner. Und das wirkt sich manchmal zum Schaden der Landschaft aus, man denke nur an die immer wieder umstrittene Baubewilligungspraxis ausserhalb der Bauzone (Umnutzung leer stehender Bauernhäusern, Gewerbe in Scheunen usw.)

Veranstaltungen

Heute

Appenzell: Geführte Besichtigung bei «Appenzeller Alpenbitter»: Fabrikareal, 10 Uhr.
Brülisau: Führung durch den Alpengarten: Drehrestaurant Hoher Kasten, 13.45 Uhr.
Weissbad: Appenzellermusik: Hotel Hof Weissbad, 20-22 Uhr.

Donnerstag

Appenzell: Konzertante Appenzeller Musik mit der Streichmusik Alder: Kleiner Ratsaal, 18.30-19.30 Uhr.
Geführte Dorfbesichtigung: Tourist Information, 10 Uhr.
Goldstickerin bei der Arbeit: Museum Appenzell, 14-17 Uhr.
Gontenbad: Geführte Besichtigung der Mineralquelle: goba-Areal, 10 Uhr.

Regelmässige Angebote

Museen/Galerien

Museum Appenzell: Kulturgut aus Innerrhoden; Sonderausstellungen «100 Jahre Rettungskolonie Appenzell» und «Die Zeit des Dorfbrandes von 1560. Archäologische Funde aus Appenzell», täglich von 10-12 und 14-17 Uhr.
Museum Liner, Appenzell: «Oskar Kokoschka – Wunderkammer» – Di-Fr 10-12/14-17 Uhr / Sa-So 11-17 Uhr (bis 9. Januar 2011).
Kunsthalle Ziegelhütte, Appenzell: «Robert Schaad – Heavy Metal» – Di-Fr 10-12/14-17 Uhr / Sa-So 11-17 Uh (bis 26. September).
Privatmuseum/Galerie «Im Blauen Haus», Weissbadstrasse, Appenzell: Mo-Sa 9-12 Uhr und 13.30-18 Uhr.
Station Agathe Nisple, Jakob Signerstrasse 5: «Chöpf» – Fotografien von Emil Grubenmann: Do/Fr 15-18 Uhr, Sa 14-17 Uhr oder nach Vereinbarung (bis 14. August).
Blumen Gassner, Wührestrasse 4: «Am Weiher» – Fotografien von Ruedi Sutter (bis 7. August).
Roswitha Doerig Bilder, Postplatz: Di-Fr 10-11 und 14-16 Uhr / Sa 10-16 Uhr / So 10-17 Uhr.
Galerie Kunst am Hof, Engelgasse 7: «Stilles und bewegtes Wasser» – Bilder von Lothar Eugster; Mi/Do 14-18 Uhr, Sa/So 11-16 Uhr (bis 4. Sept. 2010).
Töpferei & Galerie zur alten Hofersäge: «Die Farbe ROT», Gruppenausstellung; Di-Fr 14-18 Uhr; Sa 10-12 und 13.30-16.00 Uhr.
Galerie+Atelier Dölf Mettler, am Postplatz, Appenzell: Nachmittags oder nach Absprache.
Galerie Laimbacher, Hauptgasse 18, Appenzell: Aquarelle von Alice Fuchs; Bilder und antike Möbel; täglich 9-12 und 13.30-18.30 Uhr, So 10-18 Uhr.
Restaurant Limone's: Bilder von Isabella Zeller-Bodmer. (Di und Mi Ruhetag).
Spital Appenzell: Bilder von Mina Ebnetter (bis 13. August).

Sport

Appenzeller Badi (Familienbad an der Sitter): Bad und Restaurant täglich geöffnet 09.00-20.30 Uhr, bei schlechtem Wetter nachmittags geschlossen (Telefon 071 787 14 74).
Kneipp-Verein Appenzell: Spiraldynamik mit Cordelia Alder: Gymnastikraum Wühre, jeden Do 17.15-18.30 Uhr.
Lauftröck Gringel, Appenzell: Laufen und Walken in allen Stärkeklassen; jeden Di 19-20 Uhr; Schulhaus Gringel.
TopFit 50+: Balance- und Ganzkörpertraining; jeden Dienstag, 17.00 - 18.00 Uhr, Gebäude Lehner, Oberbad 12. Auskunft 071 794 14 68.
Männerriege TV Appenzell: Training/Spiele – jeden Di 20 Uhr, Turnhalle Gringel.
Frauenriege TV Appenzell: Volleyball/Turnen – jeden Mi 19.45-21.00 Uhr, Turnhalle Gringel.
SVKT Frauensportverband: Turnen für 20+ und 50 + in zwei verschiedenen Abteilungen, jeweils Donnerstags: Turnhalle Gringel 19.45-21.00 Uhr.
Freie Damenriege Meistersrüte: Jeden Dienstag 20.15-22.00 Uhr, MZG Gais.
SCBW-Turnen für jedermann/frau: Jeden Freitag um 20 Uhr, Turnhalle Schwende.
Rbeumaliga beider Appenzell: «Aquawell – Wassertraining»; Hallenbad Appenzell; Di 18.15-19 Uhr, Mi 17.30-18.15 Uhr, Fr 16-18 Uhr und 19-21 Uhr Lektionsdauer ca. 45 Min. (Tel. 071 787 46 73).
Hallenbad / Sauna Appenzell: Auskunft erteilt 071 787 35 35 – «Badespass für Kinder» jeden Mittwoch 14-16 Uhr.
Kurbad Bad Gonten: Heilsprudelbad, Dampfbad, Solarium, Massagen, Bewegungstherapie; täglich 9-19 Uhr.
Moorbad Gontenbad: Wannenbäder mit Kräutersud nach alter Tradition; Mo und Do 8-11.30 und 13.30-17 / Di und Fr 11-20 Uhr / Sa und So 9-16 Uhr. Mittwoch geschlossen. Medizinische Massage nach Vereinbarung (Tel. 071 795 31 31).
Freizeit Center Appenzell: Tennis (täglich 6-22 Uhr), Reservationen unter Tel. 071 788 30 77 (BP Shop Heidi Fässler) / Squash (täglich 6-17 Uhr), Reservationen unter Tel. 071 788 30 77 (BP Shop).

Unterhaltung/Gastronomie

Volksbibliothek Appenzell: Di/Do 09.30-11.30 und 14-17 Uhr; Mi 14-17 Uhr; Fr 16.30-20 Uhr, Sa 9.30-11.30 Uhr (geschlossen bis 10. August).
Dorfbibliothek Oberegg: Di 16-17 Uhr; Mi 9.30-10 Uhr; Fr 18-19 Uhr; Sa 9-10 Uhr (immer geschlossen während Schullerien).
Ludothek Appenzell: Kindergarten Chlos, 2. Stock; Di 14-17 Uhr / Fr 18.30-20 Uhr (078 894 03 73).
«green vieh» Gonten: Sonntagsbrunch, ab 8 Uhr.
Hotel Bären Gonten: Bären-Buffer mit Appenzeller Musik, jeden Sonntag 12-16 Uhr.



**Bäckerei
Konditorei
Robert Inauen**

Beim Bahnhof
Bahnhofstr. 9
9050 Appenzell
Tel. 071 787 26 31

NACHRICHTEN

Tierpartei Schweiz gegründet

In Zürich ist am Samstag die Tierpartei Schweiz (TPS) gegründet worden. Die Partei will sich für einen «verantwortungs- und würdevollen Umgang mit allem Leben» starkmachen. Gründungsmitglieder der Partei sind ein Betriebsökonom, eine Juristin und der Geschäftsführer der Schweizerischen Vegetarierversammlung, wie der designierte TPS-Präsident Thomas Märki am Sonntag der Nachrichtenagentur SDA sagte. Die Gruppierung war vor drei Monaten im sozialen Netzwerk Facebook ins Leben gerufen worden – im Zusammenhang mit der Volksabstimmung über die Schaffung von Tieranwälten. Laut Märki gehören der Facebook-Gruppe mehr als 1000 Sympathisanten an. *sda*

Indien: Börsengang von Kreditgeber

Der grösste indische Mikrokredit-Finanzierer SKS Microfinance will an die Börse gehen, um mehr Geld vergeben zu können. Die Ausgabe der Aktien werde bis zu 350 Mio. Dollar bringen, erklärte das Unternehmen. Dies werde es erlauben, SKS auszubauen. SKS will 22 Prozent seiner Anteile an die Börse bringen, den Grossteil davon sollen institutionelle Investoren übernehmen. Die Kreditnehmer zahlen ihre Darlehen wöchentlich zurück, die Rückzahlrate liegt bei 99 Prozent. Bei Mikrokrediten werden kleinste Summen an arme Menschen vergeben, die von klassischen Banken keine Unterstützung bekämen. Mit dieser Starthilfe können sie sich eine Existenz aufbauen – beispielsweise durch den Kauf von Saatgut, einer Kuh oder einer Nähmaschine. *sda*

Einheitliches Recht für EU-Traktoren

Die Europäische Kommission will das EU-Recht gemäss Agra-Europe für landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Fahrzeuge vereinheitlichen und insgesamt 50 Richtlinien sowie deren nationale Durchführungsbestimmungen durch fünf Verordnungen ersetzen. Dies würde zunächst bedeuten, dass die Vorschriften unmittelbar in der ganzen EU gültig wären. Der Vorschlag sieht schärfere Sicherheitsbestimmungen für Traktoren vor. Unter anderem sollen schnelle Zugmaschinen der Klasse T5 und ihre Anhänger, die für Geschwindigkeiten von mehr als 40 km/h ausgelegt sind, verpflichtend über ABS verfügen. *sam*

Ciolas: «Zwei Säulen werden bleiben»

Die EU-Agrarpolitik soll ihre 2-Säulen-Struktur behalten, aber hinausgeführt werden über das bisherige Schema. Nach Aussage von EU-Agrarkommissar Dacian Ciolas in «Agra Europe» sollen Landwirte Direktbeihilfen künftig für «jährlich quantifizierbare und sichtbare Ergebnisse» erhalten. Diese Zahlungen sollen für gemeinsame Herausforderungen fliessen – und dürften damit komplett EU-finanziert sein. Eine Kappung für Grossbetriebe hält er nach wie vor für möglich, «es ist aber kein Ziel an sich». Die Förderung werde davon abhängen, welche Kriterien ein Betrieb erfüllen könne. *sam*

MILCHPREIS: Bauerndemo vor dem Sitz des Migros-Genossenschaftsbundes

Rote Karte für orangen Riesen

Rund 300 Bauern nahmen gestern an einem «Alpaufzug» vom Hauptbahnhof Zürich bis zum Migros-Hochhaus teil. Sie forderten den Grossverteiler auf, seine Versprechen einzuhalten. BIG-M hatte die Kundgebung organisiert.

SUSANNE MEIER

BIG-M hat gerufen, und sie sind gekommen: Rund 300 Milchbauern aus der ganzen Schweiz haben sich gestern Vormittag auf dem Carparkplatz hinter dem Hauptbahnhof Zürich versammelt. Von dort marschierten sie in Form eines Alpaufzugs mit Treicheln, Transparenten und Kühen Richtung Limmatplatz zum Hauptsitz des Migros-Genossenschaftsbundes. Mit im Gepäck hatten sie auch die Rote Karte, im Fussball ein klares Zeichen für ein grobes Foul oder ein unsportliches Verhalten. Und genau dies wirft BIG-M der Migros vor.

Richtpreis nicht gezahlt

Das erste Foul beging der orange Riese gemäss BIG-M-Copräsident Martin Haab bereits Mitte Juni. An der Sitzung der Branchenorganisation Milch (BOM) wurde zwar beschlossen, den Richtpreis für Industriemilch um drei Rappen anzuheben. Die Migros-Vertreter in der BOM hätten der dringenden nötigen Richtpreiserhöhung auch grundsätzlich zugestimmt. «Doch zusammen mit den Vertretern der Industrie haben sie bis heute jeden Vorschlag der Produzenten bekämpft, welcher die Überproduktion von Milch nachhaltig in den Griff gekriegt hätte», be-



Die Migros bekommt von den Milchproduzenten die Rote Karte. (Bild: Susanne Meier)

tont Haab. Man wisse aus sicherer Quelle, dass auch die Vertreterin der Migros diesem Beschluss zugestimmt habe. Aber ausgerechnet die Elsa, die vorwiegend im wertschöpfungsreichen Molkereisektor tätig sei, weigere sich, die von den Bauern dringend benötigten drei Rappen zu bezahlen. «Dafür zeigen wir der Migros heute die Rote Karte», rief Haab in die Menge, die der Aufforderung mit Treichelläuten und Geschrei nachkam.

Eigenlob im Magazin

Dazu komme, so der Copräsident von BIG-M weiter, dass sich die Migros gern mit ihrem

sozialen Verhalten brüste. Ihren Kunden habe sie nämlich im «Migros-Magazin» geschrieben, dass sie zu den Preiserhöhungen für die Bauern stehe, aber ihre Verkaufspreise für Milchprodukte nicht erhöhe. Sie trage die Mehrkosten selber und verzichte zugunsten der Konsumenten auf einen Teil der Marge. Martin Haab: «Für diese faustdicke Lüge zeigen wir der Migros heute eine weitere Rote Karte.» Damit der Milchpreis steigen könne, müssten die Produzenten zuerst ihre Überschüsse in den Griff bekommen, argumentiere die Migros. «Doch in der BOM wehren sich die Grossverteiler mit Händen und Füßen gegen eine griffi-

ge Mengensteuerung», kritisierte Haab weiter.

(K)eine heile Welt

In der Werbung benutze die Migros die Schweizer Landwirtschaft oft, um eine heile und intakte Welt zu suggerieren, wirft BIG-M dem Grossverteiler vor. «In Tat und Wahrheit aber schröpft sie die Bauern, wo sie nur kann, und konkurrenziert unsere Produktion durch Importe aus der EU und aus Billiglohnländern, in welchen weit weniger Vorschriften und Auflagen bezüglich nachhaltiger Produktion bestehen», so Martin Haab vor dem Migros-Hochhaus vor den Bauern und

zahlreichen Passanten, die von der Strasse und aus den Büros das friedliche Treiben beobachteten und es sich nicht nehmen liessen, eine der drei geschmückten Kühe zu streicheln. Und Haab verteilte weiteres Rot an den längst moralisch vom Platz gestellten Grossverteiler.

Eine nächste Rote Karte kassierte die Migros, weil diese offiziell die Bauern in der Dritten Welt unterstütze. «Das allein gilt es zu loben», betonte Haab, «aber die Migros-Vertreter in der Branchenorganisation unterstützen den Unsinn, dass der Schweizer Butterberg in den Schwellen- und Entwicklungsländern entsorgt wird.» Dies geschehe mit Exportbeiträgen, welche vollumfänglich den Produzenten in Rechnung gestellt würden. So brauche es für diesen Dumpingexport zwar keine Staatsgelder mehr, aber für die Bauern dort sei es genau so tödlich, weil ihnen so durch die Billigstimporte ihre Existenzgrundlage abgegraben werde. «Für dieses verantwortungslose Foul an den Bauern hier wie dort zeigen wir der Migros heute auch die Rote Karte.»

Sofortmassnahmen

Ob so viel Dunkelrot wohl errotet, liess sich kein Migros-Manager blicken, um die orange Politik zu verteidigen. Nicht mit Pauken und Trompeten, doch ebenso eindrücklich mit Kühen und Glocken forderten die Bauern eine sofortige Umsetzung der von der BOM beschlossenen Erhöhung des Richtpreises für Industriemilch um 3 Rp. Weiter verlangt BIG-M, dass die Migros als fairer Partner zur einheimischen Nahrungsmittelproduktion steht und sich entsprechend verhält.

RAUMPLANUNG: Die Schweiz hortet immense Baulandreserven, die zwingend verkleinert werden müssten

Mit Mehrwertabgabe Rückzonungen finanzieren

Wer von der Wertsteigerung durch Baulandeinzonungen profitiert, soll mithelfen, Baulandrückzonungen zu finanzieren. Die Bremswirkung der Mehrwertabschöpfung auf den Kulturlandverlust ist jedoch umstritten.

DANIEL ETTER

Jede Sekunde wird in der Schweiz ein Quadratmeter meist bestes Kulturland verbaut. Jährlich wächst die Siedlungsfläche um 2700 Hektaren. Zudem kommt eine Bauzonenreserve von x Hektaren oder dem Raum für bis zu zwei Millionen Einwohner.

Mehr Bauzone als erlaubt

Dabei haben einige Kantone weit mehr Bauzonen ausgeschrieben, als erlaubt wären. «Gemäss Raumplanungsgesetz dürfen Gemeinden nur Baulandreserven für 15 Jahre haben», erklärt Daniel Müller-Jentsch von der wirtschaftsnahen Avenir Suisse und Verfasser einer Studie zur Siedlungssteuerung in den Kantonen. In über der Hälfte der Schweizer Gemeinden wird dieser Wert jedoch überschritten, und laut Bundesgerichtsurteil müssten in diesen Fällen die Bauzonen redimensioniert werden. Dies wäre laut Müller-Jentsch in vielen Teilen der Schweiz auch an-



Wird Kulturland in Bauzone umgezont, steigt der Wert massiv. Forderungen verlangen, dass nicht nur die Landverkäufer von diesem Mehrwert profitieren. (Bild: ral)

gebracht. Leider würden sich aber nur die wenigsten Kantone dieser Herausforderung stellen, und jene, die es täten, würden es mit Widerwillen tun.

Nötige Rückzonungen

Müller-Jentsch weist auf die Wichtigkeit einer Mehrwertabgabe im Zusammenhang mit Rückzonungen hin. «Fast alle Kantone verzichten darauf, den Planungsmehrwert abzuschöpfen, obwohl das Raumplanungsgesetz dies von ihnen verlangt», sagt er. Einzig die Kantone Ba-

sel-Stadt und Neuenburg würden es tun. Dies sei ein grosser Fehler, denn eine flächendeckende Mehrwertabgabe wäre laut Müller-Jentsch ein sehr wichtiges Raumplanungsinstrument. «Mit dem Geld könnten Entschädigungen für längst fällige Rückzonungen finanziert werden», erklärt er. Dies hätte einen raumplanerischen Lenkungseffekt. «Die überdimensionierten Bauzonen im ländlichen Raum können so in die Zentren verschoben werden, wo der Bedarf grösser ist», argu-

mentiert Müller-Jentsch. «Die Bremswirkung der Mehrwertabschöpfung auf den Bodenverbrauch ist eher gering», meint hingegen Enrico Riva, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Basel, gegenüber dem «Tages-Anzeiger». Sie sei jedoch für die Umsetzung der Landschaftsinitiative, die ein 20-jähriges Moratorium für Bauzone verlange, entscheidend.

Tamar Hosennen, Verantwortliche für die Entwicklung des ländlichen Raums beim

Schweizerischen Bauernverband (SBV), geht davon aus, dass die Mehrwertabschöpfung den Kulturlandverlust nur bremsen werde, wenn sie zielgerichtet eingesetzt wird.

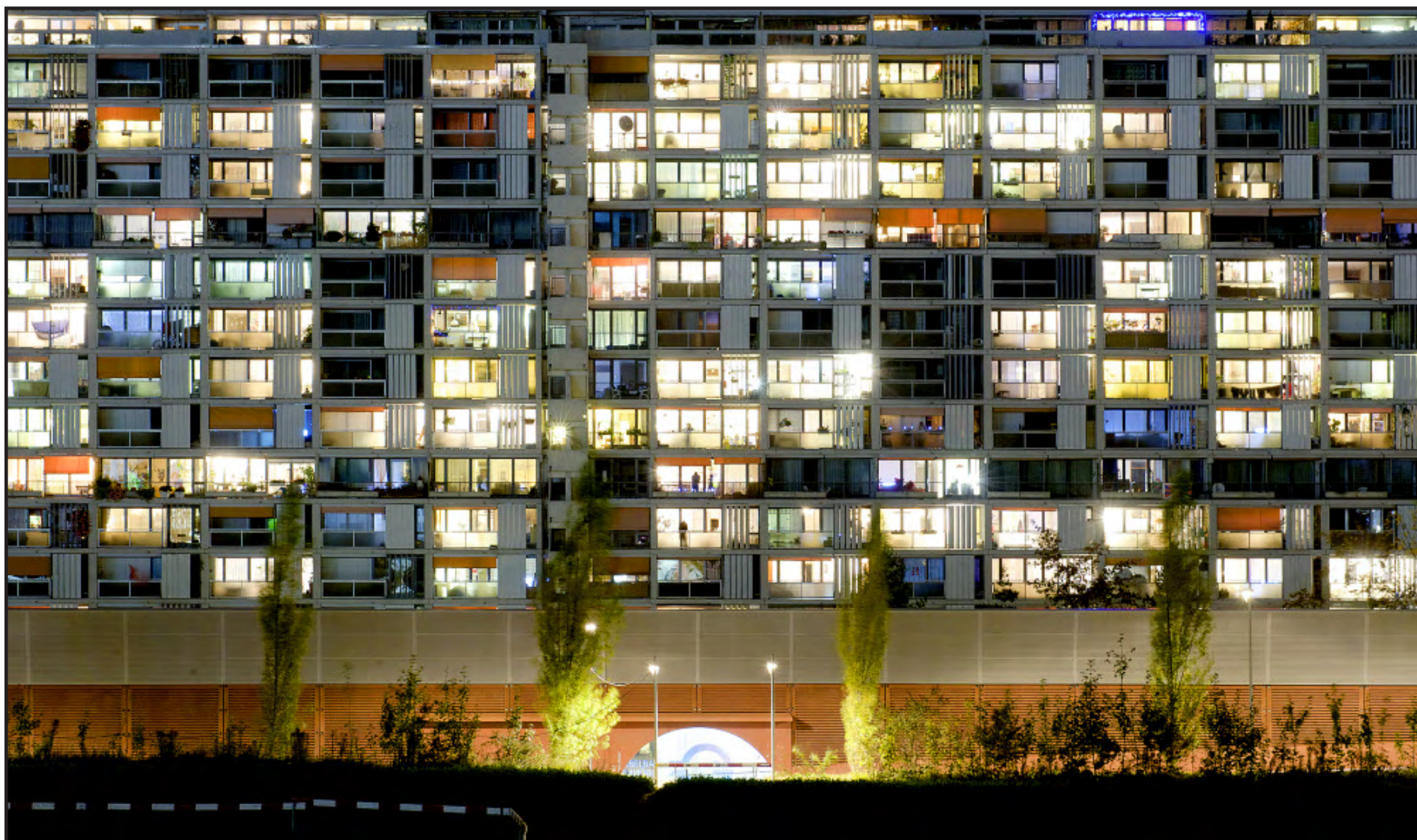
Wird Kulturland zu Bauland eingezont, dann steigt der Wert je Quadratmeter von etwa 8 Franken auf mehrere hundert, ja bis gar 1000 Franken an. Die Schweizerische Vereinigung für Landschaftsplanung geht davon aus, dass alleine durch Einzonungen ein Mehrwert in der Schweiz von «wohl eher über einer als unter einer Milliarde Franken» pro Jahr entsteht.

Oft profitieren andere

Hosennen weist darauf hin, dass dieser Mehrwert nicht immer von den Bauern eingesackt wird: «Land als Bauland einzuzonen, bringt an sich noch keinen Mehrwert. Es muss zuerst verbaut oder verkauft werden. Oft wird Bauland von Auslaufbetrieben, Erbgemeinschaften oder Verpächtern verkauft», ruft sie in Erinnerung. Der SBV unterstütze die Forderung, eine Mehrwertabschöpfung zu prüfen, vor allem, wenn diese Gelder für Rückzonungen Verwendung finden. Denn eines ist für den SBV klar: «Der Kulturlandverlust muss unverzüglich gebremst werden.» Er fordert, dass Kulturland und besonders die Fruchtfolgeflächen mindestens so stark wie der Wald geschützt werden.

BEVÖLKERUNGSWACHSTUM

Der neue Spirit der engen Schweiz



Nächtliches Hochhausleben in Bern-West: Erst wenn man beginnt, sparsam mit dem Boden umzugehen, hat man Platz. Für die Schweiz, deren Bevölkerung rasant wächst, wird das zur grossen Herausforderung. Susanne Keller

Die Schweizer Bevölkerung wird in den nächsten 50 Jahren um mindestens eine Million Menschen wachsen. Wo ist für so viele Leute überhaupt Platz? Es hat mehr davon, als man denkt. Zum 1. August ein Plädoyer für das Potenzial der Enge.

Der Wind vom See fächelt die drückende Sommerhitze weg. Idyllisch liegt der Tessiner Campingplatz Campofelice an der Mündung der Verzasca in den Lago Maggiore unweit von Tenero. Campofelice ist ein Leuchtturm. Er verfügt über knapp 1000 Stellplätze und ist der grösste Zeltplatz Europas – eine Camping-Metropole mit internationaler Anziehungskraft und maximaler Siedlungsdichte.

Jetzt im Hochsommer ist der Einwanderungsdruck aus Holland, Deutschland und der Deutschschweiz immens. Regelmässig bringen Neuankömmlinge eine Nacht im Auto zu, ehe sie eine freie Parzelle erhalten.

Effizientes Campofelice

Das Management des Terrains ist rigoros und immun gegen Sonderwünsche. Weil keine Platzreservierungen gewährt werden, passiert es nicht, dass es einen Kampf oder einen Preiskrieg um die paradiesischen Gunstlagen direkt am See gibt. Jeder erhält die Parzelle, die bei seiner Ankunft gerade frei wird – auch wenn sie sich mitten in der Zeltstadt weit weg vom Wasser befindet.

In Campofelice gibt es keinen unbelegten Quadratmeter, keine brachliegenden Parzellen, kein Stück Boden, das nicht optimal genutzt wäre. So bewältigt der Campingplatz die wachsende Zuwanderung bei gleich bleibender Terraingrösse.

Man kann die Schweiz nicht auf einen Campingplatz reduzieren. Aber der sommerliche Andrang am Campofelice gleicht der Situation, in der unser Land sich befindet.

Jedes Jahr ein Biel mehr

Zu Sommerferienbeginn und fast unbeachtet veröffentlichte das Bundesamt für Statistik (BFS) seine aktualisierten Bevölkerungsprognosen. Und da steht gar nichts mehr von einer bald schrumpfenden Schweiz.

Laut dem wahrscheinlichsten Szenario werden 2060 9 Millionen Menschen in der Schweiz leben – über 1 Million mehr als heute. Daniel Müller-Jentsch, Raumplanungsexperte beim liberalen Thinktank Avenir Suisse, geht noch weiter. Er hält das höhere BFS-Szenario von 11 Millionen Einwohnern im Jahr 2060 «aufgrund der aktuellen Trends für realistischer».

Denn: Im Moment wächst die Schweizer Bevölkerung in atemberaubendem Tempo – um rund 50 000 Personen pro Jahr, und zwar fast nur durch Einwanderung. Anders gesagt: Die Schweiz muss jedes Jahr über das Land verteilt eine Stadt in der Grösse von Biel oder Lugano neu bauen. Obschon die Bevölkerungsdichte im Mittelland inzwischen Werte von über 400 Personen pro Quadratkilometer erreicht – ähnlich hoch wie beim europäischen Spitzenreiter Holland.

Zweite Schweiz im Keller

Der Erfolg als wirtschaftlich interessantes Einwanderungsland setzt die Schweiz einer inneren Zerreissprobe aus. Pointiert gesagt passiert derzeit das: Die gut verdienende Oberschicht drängt zurück in die hippen Stadtzentren, wo die Wohnpreise in die Höhe schiessen. Tiefere soziale Klassen werden verdrängt und sammeln sich neu in den Ausengemeinden der Agglomerationen. Familien und Mittelklasse verstreuen sich in günstigen, zentrumsfernen Einfamilienhaus-Plantagen im Mittelland.

Das braucht viel Platz. Die Schweiz ist weit weg vom Cam-

pingplatz Campofelice mit seinem radikalen System zur optimalen Ausnutzung des knappen Raumes. In der realen Schweiz verfolgen 26 Kantone und 2600 Gemeinden oft ihre eigenen raumplanerischen Ziele – und tun so, als hätten sie noch eine zweite Schweiz im Keller.

Wachsender Wohn(t)raum

In einer kürzlich veröffentlichten Studie wies Avenir Suisse nach, dass in 23 von 26 Kantonen die Siedlungsfläche noch schneller zunimmt als die rasant wachsende Bevölkerungszahl. Kein Wunder: Allein der im Schnitt pro Person belegte Wohnraum steigt unaufhaltsam, zwischen 1950 und 2000 verdreifachte er sich auf 44 Quadratmeter. Die logische Folge: Trotz aller raumplanerischer Bemühungen der letzten Jahrzehnte wird pro Sekunde nach wie vor fast ein Quadratmeter Boden neu überbaut.

Ohne Aussicht auf Besserung. Im Gegenteil. Die anhaltende Bevölkerungszunahme wird das Problem deutlich verschärfen. «Wie das Bevölkerungswachstum raumplanerisch kanalisiert wird, halte ich für eine der drängendsten Zukunftsfragen», sagt Daniel Müller-Jentsch.

Paradoxiereise wäre es nicht einmal nötig, neue Baugebiete zu suchen. Der Vorrat bereits ausgeschiedener, aber noch nicht genutzter Bauzonen böte Platz für 1,4 bis 2,1 Millionen zu-

sätzliche Einwohner. Nur: Viele Bauzonen befinden sich nicht in Stadtnähe, wo sie gebraucht würden, sondern in zentrumsfernen Gemeinden, die mit grosszügiger Zonenplanung und günstigem Bauland im Grünen den Zuzug guter Steuerzahler erwirken – dadurch aber auch den Bodenverbrauch, die Zersiedlung und das Verkehrswachstum antreiben.

Angst vor Urbanität

Gut möglich, dass der Weg zu einem weniger ausufernden Siedlungsbau zu einem finanziellen Ausgleichssystem von der Stadt zum Land führt, wie es auch die Landschaftsinitiative unverbindlich vorschlägt, die im Herbst vom Parlament beraten wird. Mit einer Abgabe auf dem Mehrwert von Neueinzonungen im Zentrum würden die Einbusen ländlicher Bodenbesitzer entschädigt, deren Bauland zurückgezont wird.

Die Frage ist allerdings, wie lange es dauert, bis solches Umdenken in der Schweiz Fuss fasst. Lukas Bühlmann kennt als Direktor der Vereinigung für Landesplanung (VLP-Aspan) in Bern die zähen Veränderungsprozesse im Bewusstsein fürs Bodensparen bestens. Mitunter ist er nach wie vor überrascht, wie stark der Widerstand in komplett mit Einfamilienhäusern überbauten, «ländlichen» Mittellandgemeinden selbst gegen moderate Verdichtungen

nach wie vor ist. Trotz urbanen Lebensstils auf dem Land tut man sich mit drei- oder viergeschossigen Häusern schwer, weil sie städtisch anmuten.

Bewegung in Berner Köpfen

Auf der anderen Seite beobachtet Bühlmann aber auch, wie schnell in raumplanerischen Fragen nach jahrzehntelangem Stillstand plötzlich Bewegung in die Köpfe kommen kann. Bern ist für ihn ein gutes Beispiel. Das anfänglich als realitätsfern kritisierte Raumkonzept Schweiz hat in Bern auf einmal überraschend schnell die Einsicht geweckt, sich als Hauptstadtregion Schweiz eigenständig positionieren zu müssen.

Bühlmann hält es nicht für ausgeschlossen, dass ausgerechnet der anhaltende Zuwanderungsdruck helfen wird, den Bodenverbrauch zu bremsen – etwa indem Brachland, das sich die Schweiz auch in attraktiven Zentrumslagen leistet, endlich unterschiedener genutzt wird.

Man könnte sagen: Die wachsende Bevölkerung bringt uns nicht nur neue Enge. Sondern auch neue Einsichten. Zum Beispiel die, dass erst dann neuer Platz entsteht, wenn wir wirklich beginnen, sparsamer mit dem Boden umzugehen.

Die knapper werdende Schweiz wird uns zwingen, es zu tun. Und nicht mehr nur darüber zu reden. **JÜRGEN STEINER**
jurg.steiner@bernerzeitung.ch

Raumplanung

Luzerner horten zu viel Bauland

Viele Baulandreserven und zu grosser Einfluss der Gemeinden: Luzern schneidet in einer Studie schlecht ab.

VON SIMONE HINNEN
simone.hinnen@neue-lz.ch

Der Kanton Luzern schneidet in der jüngsten Raumplanungsstudie der Denkfabrik Avenir Suisse nicht sehr gut ab. In einem Ranking zur Frage, wie die Kantone das Siedlungswachstum steuern, rangiert Luzern im Mittelfeld.

Daniel Müller-Jentsch, Mitautor der Studie: «Der Kanton Luzern hat mit seinem neuen Richtplan vor allem bei der Entwicklung nach innen vorwärts gemacht.» Trotzdem weise der neue Richtplan in einigen Bereichen noch erhebliche Schwächen auf. Vor allem bei der Bauzonenpolitik stünde man im Kantonsvergleich schlecht da.

Baulandreserven horten

Grösstes Manko gemäss Müller-Jentsch: «Luzern hat mit etwa 20 Prozent grosse Baulandreserven, und trotzdem wird in hohem Tempo weiter eingezont.» Für ihn ist klar: «Der Kanton hat zu wenig griffige Instrumente, um seine Steuerungsaufgaben gegenüber den Gemeinden wahrzunehmen.» So überlasse man laut neuem Richtplan die Festsetzung von Siedlungsbegrenzungslinien den Gemeinden. Dies sei aber Aufgabe des Kantons.

Denn die Gemeindebehörden seien viel zu sehr von lokalen Partikularinteressen geleitet, als dass sie diese Kontrollfunktion selber wahrnehmen könnten. Er verweist in diesem Zusammenhang auf Basel-Stadt sowie auf Gemeinden im Kanton Genf, die in dieser Beziehung über sehr wenig Gemeindeautonomie verfügten. «Eventuell liegt dies daran, dass viele Gemeinderäte im Kantonsrat sitzen und dort eigene Interessen wahrnehmen.»

Gemeinden kooperieren schon

Für Ruedi Amrein, Präsident des Verbandes Luzerner Gemeinden, geht die Kritik zu weit: «Wir haben sehr wohl ein Instrument, die Siedlungsentwicklung auch überregional zu koordinieren: die Entwicklungsträger.» Diese seien auch schon in Aktion getreten, etwa als es darum gegangen sei, im Seetal Gemeinden für Villenzonen festzulegen. «Da hat man sich überregional abgesprochen und nicht nur auf die eigenen Gemeindeinteressen geschaut.» Auch die Kritik, die Gemeinden seien oft befangen, wenn es um die Zuteilung von Bauzonen



Siedlung und Landwirtschaft in der Wiggertal-Ebene.

BILD REPORTAIR.CH

geht, weist er teilweise zurück. «Natürlich ist jede Gemeinde darauf bedacht, sich zu ihrem – auch finanziellen – Vorteil zu entwickeln.» Aber eine ungebremste Zersiedelung drohe nicht: «Es wird für die Gemeinden sehr rasch teuer, wenn sie Gebiete ausserhalb der bestehenden Siedlung erschliessen müssen.»

Wenn man dem eigenen im Richtplan formulierten Anspruch, nämlich den Flächenverbrauch einzudämmen, gerecht werden möchte, muss der Kanton Luzern nach Ansicht von Daniel

Müller-Jentsch noch einige Lücken schliessen. «Wichtig wären etwa Massnahmen zur Baulandmobilisierung. So soll sichergestellt werden, dass vorhandenes Bauland auch verfügbar ist. Denn anscheinend kommts in vielen Luzerner Gemeinden seitens der Bevölkerung zur Hortung von Bauland, ohne dass dieses Land innert nützlicher Frist überbaut wird.» Dies könne zur paradoxen Situation führen, dass Gemeinden trotz erheblicher Baulandreserven effektiv zu wenig verfügbares und überbaubares Land besässen.

EXPRESS

- Gemäss einer Studie von Avenir Suisse lassen viele Luzerner ihr Land unbebaut.
- Dies führt dazu, dass die Gemeinden immer neue Baulandreserven einzonen.
- Die Gemeinden kontern aber die Kritik, die in der Studie dargelegt wird.

STUDIENRESULTATE

Zug hat bessere Instrumente

Die wichtigsten Ergebnisse der Avenir-Suisse-Studie:

- Jedes Jahr wird in der Schweiz eine Fläche von der Grösse des Walensees überbaut.
- Die Einwohnerzahl der Schweiz wird bis 2060 auf bis 11 Millionen Menschen anwachsen.
- Diese Entwicklung wird auch Luzern zu spüren bekommen: Mit der Eröffnung der A4 ist Zürich näher gerückt.
- Mit Ausnahme von Zug nehmen die Zentralschweizer Kantone zu wenig Einfluss auf die Siedlungspolitik in den Gemeinden.
- Luzern hat erst begonnen, planerische Regelungsanpassungen vorzunehmen, unter anderem mittels Totalrevision des Richtplans.
- Zug verfügt seit längerem über die planerischen Instrumente zur Siedlungssteuerung, und diese greifen auch sehr gut.
- Im Kanton Zürich werden jährlich maximal 10 Hektaren Land neu eingezont. Zwischen 1993 und 2007 wurde die Hälfte des Geschossflächenwachstums über innere Reserven realisiert. *red*

Andere Kantone etwa verknüpfen Neueinzonungen mit vertraglicher Bauverpflichtung. In Obwalden verlangt das neue Baugesetz, dass Grundstücke innerhalb von zehn Jahren nach der Groberschliessung überbaut werden. Andernfalls kann die Gemeinde ein Kaufrecht zum Verkehrswert geltend machen.

MITARBEIT LM



Studie: Die Avenir-Suisse-Studie ist einsehbar unter www.zisch.ch/bonus

NACHGEFRAGT



bei
Sven-Erik Zeidler,
Vorsteher
Raumentwicklung
Kanton Luzern

Greift der Kanton zu wenig durch?

Sven-Erik Zeidler, Daniel Müller-Jentsch von Avenir Suisse kommt in seiner Studie zum Schluss: Die Luzerner Bevölkerung hortet zu viel Bauland und bebaut dieses nicht innert nützlicher Frist. Gehen Sie mit der Denkfabrik Avenir Suisse einig?

Sven-Erik Zeidler: Es ist richtig, dass einzelne Gemeinden über Baulandreserven verfügen, die nicht im gewünschten Tempo überbaut werden. Dies ist aber nicht nur ein Luzerner Problem.

Avenir Suisse ist allerdings der Ansicht, die Luzerner Behörden nehmen zu wenig Einfluss auf die Gemeinden in dieser Frage. Einverstanden?

Zeidler: Nein. Der Kanton verlangt unter anderem, dass die Gemeindebehörden bei jeder Teilrevision der Ortsplanung dem Kanton mittels schriftlichen Dokumenten vorlegen, mit welchen Landeigentümern sie Gespräche geführt haben. Dies zum Zweck, dass diese ihr Land schneller überbauen. Des weiteren müssen die Gemeinden gegenüber dem Kanton dokumentieren, welche Massnahmen ergriffen wurden, um Baulandhortung zu vermeiden.

Trotzdem: Ein verbindliches Instrument, das Landeigentümer zwingt, ihr Land innert absehbarer Zeit zu überbauen, gibt es nicht.

Zeidler: Ein verbindliches Instrument gibt es nicht, aber eines, welches den Gemeinden nahelegt, bei neu einzuzonenden Grundstücken sofort mit den Landeigentümern verbindliche Verträge abzuschliessen. Darin steht dann beispielsweise, dass ein Landeigentümer sein Land innert fünf Jahren überbauen muss.

SIMONE HINNEN

«Sonst wird Zug Opfer des Wachstums»

Zug rechnet mit rund 1000 Einwohnern mehr pro Jahr – die Wachstumsquote wird dadurch leicht gesenkt

SILVAN MEIER

Zug schlägt alle Rekorde. Kein anderer Kanton ist in den letzten Jahrzehnten so stark gewachsen. 73 009 Einwohner und Arbeitsplätze gab es im Kanton Zug im Jahr 1960. 191 536 waren es im Jahr 2008. Das entspricht einem Wachstumsfaktor von 2,6. Andere Boom-Kantone wie Schwyz oder Nidwalden erreichen eine Quote von knapp unter 2.

Geht es nach dem Willen der

«Die Zuger wollen das Wachstum bremsen.»

HEINZ TÄNNLER

Regierung, soll damit nun Schluss sein. «Wir können nicht ungebremst weiterwachsen wie seit 1960», erklärt Regierungsrat Heinz Tännler. «Sonst werden wir zu Opfern des Wachstums.»

Die Entwicklungsziele nach unten korrigieren

Bereits jetzt stelle der Boom den Kanton vor Probleme. «Doch wir sind auf einem guten Weg», so Tännler und erinnert an die grossen Investitionen in den Verkehr und die Infrastruktur, die bereits getätigt wurden oder in den nächsten Jahren anstehen (siehe Kasten). All die Anstrengungen würden nutzlos, würde der Kanton weiter in demselben Tempo wachsen, so der Baudirektor.

Der Regierungsrat hat deshalb die Entwicklungsziele des Kantons nach unten korrigiert. Bis anhin rechnete der Kanton mit 127 000 Einwohnern im Jahr 2020. Neu setzen die Planer das Ziel bei 122 500 Einwohnern. Bis im Jahr 2030 sollen es 132 000 sein. «Dieses Wachstum ist überschaubar», erklärt Tännler. «Damit können wir



So wie das Roche-Hochhaus in Rotkreuz in die Höhe wächst, so stieg in den vergangenen Jahren auch die Zahl der Arbeitsplätze und der Einwohner im Kanton Zug.

FOTO DANIEL FRISCHHERZ

umgehen.» Diese Tempodrosselung sei auch im Sinne des Volks, ist Tännler überzeugt. «Die Zuger wollen das quantitative Wachstum bremsen und das qualitative fördern», so Tännler. «Das hört man von links bis rechts.»

Ein Einzonungsstopp für fünf Jahre

Die Revision der Entwicklungsziele hat auch einen Zusammenhang mit der Landschaftsinitiative, die momentan im Parlament beraten wird. Die Initiative fordert, dass die Fläche der Bauzonen für 20 Jahre einge-

froren wird. Einzonungen wären nur noch mit Ausnahmebewilligung des Bundesrats möglich. Für Heinz Tännler geht dieser Vorschlag zu weit. Er war deshalb federführend bei der Ausarbeitung eines Gegenvorschlags der kantonalen Baudirektoren-Konferenz. Das Moratorium soll nur fünf Jahre dauern. Dafür sollen die Kantone verpflichtet werden, ihre richtplanerischen Hausaufgaben zu lösen.

Nutzen der Instrumente wird in Frage gestellt

Der Kanton Zug habe dies weitgehend getan, sagt Tännler.

«Wir haben in einer Studie von Avenir Suisse gut abgeschnitten.» Der liberale Think-Tank hat die Raumplanungen der Kantone verglichen und bewertet und stellt Zug ein gutes Zeugnis aus. «Sowohl Zug als auch Schwyz nutzen ihre Nähe zu Zürich für eine auf starkes Wachstum ausgerichtete Standortpolitik. Aber Zug bemüht sich deutlich stärker, das dadurch bedingte Siedlungswachstum auch in Bahnen zu lenken», stellen die Autoren fest. Zug verfüge über geeignete Instrumente, das Wachstum im Griff zu behalten. Es bestehen

kantonale Vorgaben zur Siedlungsbegrenzung, zur Konzentration der Siedlungsentwicklung und zur Verdichtung. So benötigt Zug pro Einwohner und Arbeitsplatz im Vergleich wenig Fläche.

Dennoch hat der Kanton Zug so viel Fläche überbaut, wie kaum ein anderer Kanton. Die Siedlungsfläche wuchs von 2002 bis 2008 um fast 16 Prozent. Nur der Kanton Tessin wuchs noch intensiver. Weil auch das Bauzonewachstum in den letzten drei Jahren mit drei Prozent das höchste aller Kantone war, stellt Avenir Suis-

se die Wirksamkeit der Instrumente in Frage.

Heinz Tännler wehrt sich gegen diese Vorwürfe. «Wir haben eine gute Raumplanung.» Und diese soll mit den neuen Entwicklungszielen weiter verschärft werden. Wie mögliche Instrumente zur Umsetzung der Ziele aussehen könnten, will Heinz Tännler nicht vorwegnehmen: «Wir werden im Herbst mit den Gemeinden zusammensitzen, um über griffige Massnahmen zu diskutieren, damit die Wachstumsziele erreicht werden können.»

INFRASTRUKTUR

Mit der Stadtbahn, der Nordzufahrt oder dem Kantons-spital wurden in den letzten Jahren mehrere Grossprojekte realisiert. Um mit dem Wachstum Schritt zu halten, plant der Kanton weitere Infrastrukturprojekte, die in den nächsten Jahren realisiert werden:

Hochbauprojekte:

- Umbau des kantonalen Zeughauses für das Obergericht und eine Studienbibliothek (bis Herbst 2012).
- Ausbau des Kantonalen Gymnasiums Menzingen und der Wirtschaftsmittelschule (bis Mitte 2015).
- Neubau des Amts für Verbraucherschutz in Steinhäusen (bis Herbst 2015).
- Ausbau der kantonalen Verwaltung an der Aa in Zug (bis 2018/2020).

Tiefbauprojekte:

- Ausbau der Verbindungsstrasse Grindel-Bibersee (bis Ende 2013).
- Umfahrung Cham-Hünenberg (bis 2017).
- Tangente Zug/Baar (bis 2020).
- Stadttunnel Zug (Zeitpunkt der Fertigstellung noch offen).

(PD)